

Stephan Raabe (Hrsg.)

Christliche Herausforderungen angesichts der Krisen

Aufgaben in Politik, Wirtschafts- und
Sozialordnung, Kultur und Kommunikation

Die Rolle der Katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration

Mit Beiträgen u.a. von:

Leszek Balcerowicz, polnischer Vizepremier a.D.

**Ján Figel, EU-Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung und
Kultur a.D.**

Werner Langen, MdEP

Janusz Lewandowski, EU-Kommissar Finanzplanung und Haushalt

Georg Milbradt, Ministerpräsident a.D.

Donald Tusk, Premierminister Polens

**Günter Verheugen, Vizepräsident der Europäischen Kommission a.D.,
EU-Kommissar zuständig für die EU-Erweiterung a.D.**

Lech Wałęsa, Präsident Polens a.D.

Bogdan Zdrojewski, polnischer Kulturminister



Konrad
Adenauer
Stiftung

Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen

Bei den hier gedruckten Beiträgen handelt es sich um die von uns überarbeiteten und z.T. autorisierten Reden, die im Rahmen der IX. Internationalen Konferenz in der Reihe “Die Rolle der Katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration“ unter dem Titel “ Christliche Herausforderungen angesichts der Krisen. Aufgaben in Politik, Wirtschafts- und Sozialordnung, Kultur und Kommunikation“ gehalten worden sind.

Die Konferenz wurde am 11./12. September 2009 in Krakau gemeinsam von der Johannes-Paul II. Universität Krakau, der Robert-Schuman-Stiftung der Fraktion der Europäischen Volkspartei – Europäische Demokraten im Europaparlament und der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet in Kooperation mit dem Gleiwitzer Verlag “Wokól nas“. Sie stand unter der Schirmherrschaft von Stanisław Kardinal Dziwisz und der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union (COMECE).

Herausgeber der Publikation:

Stephan Raabe, Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen

Redaktion:

Stephan Raabe, Anne Velder, Piotr Womela

Mitarbeit:

Hanna Dmochowska, Thomas Behrens, Daniel Uhrig

Übersetzungen:

Magdalena Kurkowska, Jan Obermeier

Fotos:

Antoni Witwicki, Krzysztof Babulewicz

Grafische Bearbeitung:

Julita Grosser, www.mediakoncept.pl

Gesamtherstellung:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V, Vertretung in Polen

02-561 Warszawa, ul. J. Dąbrowskiego 56

Tel.: +48 22 845 93 30, Fax: +48 848 54 37

E-Mail: kas@kas.pl

©2010, Konrad-Adenauer-Stiftung, Vertretung in Polen

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Printed in Poland. ISBN

Inhalt

	Seite:
Vorwort	
Hans-Gert Pöttering <i>Europa eine Seele geben</i>	5
Weihbischof Tadeusz Pieronek <i>„Wir sollten uns die Krise nicht zu sehr zu Herzen nehmen!“</i>	8
Begrüßung	
Kardinal Stanislaw Dziwisz <i>Ein Gesinnungswandel ist notwendig</i>	11
Jacek Saryusz-Wolski <i>Sozialethische Wegweiser</i>	16
Einführungen	
Premierminister Donald Tusk <i>Lehren aus der „Solidarność“ –Bewegung Grundlagen für ein gemeinsames Handeln in Europa</i>	19
Stephan Raabe <i>Die „Logik des Personalen“ als Antwort auf die Krise</i>	24
Ján Figel’ <i>„Leben und leben helfen“. Die Krise als Chance und Herausforderung</i>	29
Othmar Karas <i>Christliche Werte als Orientierungspunkte in der Krise</i>	36
I. 20 Jahre Neues Europa	
Lech Wałęsa/Jacques Santer <i>Zwei Jahrzehnte des neuen Europas im Rückblick Ein Gespräch zwischen Jacques Santer und Lech Wałęsa</i>	42
Günter Verheugen <i>„Polen ist durch den Haupteingang in die EU eingetreten“. Überlegungen zur Rolle Polens in der EU</i>	63
II. Christliche Herausforderungen angesichts der Krisen	
Herausforderungen in Politik, Wirtschafts- und Sozialordnung, Kultur und Kommunikation	
1. Politische Herausforderungen in Europa	
Prälat Bernhard Fellmberg <i>Politik möglich machen. Schwerpunkte der kirchlichen Arbeit in der EU</i>	70

Mikołaj Dowgielewicz	<i>Die Probleme bei der Ratifizierung des Lissabonner Vertrages – Ausdruck eines Demokratiedefizits?</i>	80
Jan Olbrycht	<i>Chancen für eine Vertiefung der europäischen Integration</i>	82
2. Herausforderungen angesichts der Krise der Wirtschafts - und Sozialordnung		
Leszek Balcerowicz	<i>Ursachen und Lösungen der Krise</i>	88
Janusz Lewandowski	<i>Therapie – Normalisierung – Prophylaxe</i>	
Werner Langen	<i>Europa muss in der Krise die richtige Balance finden</i>	98 105
Georg Milbradt	<i>Die Finanzkrise ist eine politische Krise</i>	112
3. Herausforderungen angesichts der Krise in Kultur und Kommunikation		
Jan Miodek	<i>Aktuelle Herausforderungen angesichts der Krise in Kultur und Kommunikation</i>	121
Bogdan Zdrojewski	<i>Die Kultur angesichts der Krise und die Krise in der Kultur</i>	127
Adam Boniecki	<i>Kommunikation in Kultur und Medienwelt Der Homo videns – ein zeitgemäßes Bild des denkenden Menschen?</i>	131
Michl Ebner	<i>Die Medien in der Krise</i>	135
4. Herausforderungen des Struktur- und Wertewandels in den Medien		
Stanislaw Rodziński	<i>In welchem Zustand befindet sich die Kunst in der Kultur der Gegenwart?</i>	138
Prälat Paul Tighe	<i>Sprache und christliche Verantwortung in der Mediengesellschaft</i>	141
Resümee		
Jarosław Gowin	<i>Die Rückkehr der Geschichte Eine Bewährungsprobe für Politik und Christentum</i>	148
Horst Langes	<i>Polen ist in der Europäischen Union angekommen</i>	153
Jan Dyduch	<i>Schlusswort</i>	157
Konferenzprogramm		159
Autorenverzeichnis		163
Bilder		

Europa eine Seele geben

Hans-Gert Pöttering

„Europa eine Seele geben“ – mit diesem Satz zeigte der ehemalige Präsident der EU-Kommission Jacques Delors zu Beginn der 90er Jahre, dass Europa mehr ist als ein technokratisches Gebilde, mehr als nur Markt und Wettbewerb. Die europäische Identität geht auf eine gemeinsame Kultur und gemeinsame Werte zurück. Die geistigen Wurzeln sind durch die griechisch-römische Antike, die jüdisch-christliche Tradition sowie die Aufklärung geprägt worden.

Daran erinnert auch die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die sich in ihrer Präambel auf das geistig-religiöse und sittliche Erbe bezieht. Zwar ist es nicht gelungen, einen Gottesbezug explizit im Vertrag von Lissabon zu verankern, doch anerkennt Artikel 17 den „besonderen Beitrag“ der Kirchen und ermöglicht, einen „offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog“ zu führen. So können Religionsgemeinschaften und kirchennahe Organisationen zur Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit beitragen.

Obwohl die hier dokumentierte Konferenz in Krakau vor der offiziellen Verabschiedung des Vertrags von Lissabon stattfand, entspricht sie diesem Auftrag. Denn unter dem Titel „Christliche Herausforderungen angesichts der Krisen in Politik, Wirtschafts- und Sozialordnung, Kultur und Kommunikation“ ging es

um die Frage, was Christen und ihre Kirche beitragen können, um gemeinsam in Europa die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bewältigen. Also ganz im Sinne Jacques Delors, der 1992 die Kirchen ausdrücklich einlud, über die wirtschaftlichen und rechtlichen Probleme hinaus eine ethische und philosophische Debatte zu führen.

Die hochrangig besetzte Tagung, die führende Kirchenvertreter, Politiker und Experten aus ganz Europa zusammenführte, zeigte, dass das Christentum eine Quelle der spirituellen und moralischen Werte ist. Sie machte die humane und soziale Dimension deutlich, die nicht allein auf die Ökonomie begrenzt ist.

Um Wege aus der Krise zu finden, bietet insbesondere die Katholische Soziallehre mit ihren sozialetischen Prinzipien einen Beitrag zur Orientierung. Immer wieder wurde die Solidarität genannt, die bedürftige Mitglieder stützt und mit deren Hilfe gemeinsam nach tragfähigen Lösungen gesucht werden kann. Es geht um ein faires Modell von Geben und Nehmen zwischen den ärmeren und den reicheren Regionen der Europäischen Union, aber auch zwischen Europa und anderen Regionen unserer Erde.

Entscheidend für ein europäisches Zusammenwirken ist ein Zusammentreffen der Europäer. Deswegen ist es sehr verdienstvoll, dass die Internationale Konferenz zur Rolle der Katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration nun schon zum neunten Mal stattfinden konnte – denn „Alles wirkliche Leben ist Begegnung“, wie der jüdische Philosoph Martin Buber formulierte.

Ein besonderer Dank gilt unseren europäischen, besonders unseren polnischen Kooperationspartnern, allen voran Erzbischof Tadeusz Pieronek, Vorsitzender des Organisationskomitees, Kardinal Dr. Stanislaw Dziwisz, Erzbischof von Krakau, der zusammen mit der Kommission der Europäischen Bischofskonferenzen Schirmherr des Austauschforums ist, sowie der Universität Johannes Paul II. in Krakau und der Robert-Schuman-Stiftung der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament.

Ich hoffe, dass die Lektüre der vorliegenden Tagungsdokumentation dazu beitragen wird, Impulse und Perspektiven für eine solidarische, an christlichen Werten orientierte Gestaltung Europas zu vermitteln.

Dr. Hans-Gert Pöttering, MdEP Präsident des Europäischen Parlaments a.D.
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

„Wir sollten uns die Krise nicht zu sehr zu Herzen nehmen!“

Weihbischof Tadeusz Pieronek

Der Mensch wird niemals ganz vollkommen sein, obwohl er stets nach der Verwirklichung dieses Zustands streben sollte. Dies bezieht sich auf alle Sphären des menschlichen Lebens, also auch auf das öffentliche Leben in all seinen bunten Facetten. Die in diesem Jahr bereits zum neunten Mal abgehaltene Krakauer Konferenz, die sich grundsätzlich mit der Rolle der Kirche im europäischen Integrationsprozess beschäftigt, erörterte die Bedeutung der Krise, die Europa und die Welt in Politik, Wirtschaft und Kommunikation befallen hat. Dabei wurde zunächst versucht, die spezifischen Merkmale der gegenwärtigen Krise zu beschreiben, um dann Lösungsansätze für deren Überwindung zu entwickeln. Kennzeichnend für diese Konferenz waren vor allem Diskussionsbeiträge christlich-ethischer Natur, was auch kaum verwunderlich ist, da doch christliche Kreise für die Organisation dieser Konferenz verantwortlich waren.

Die ökonomische Krise – die eigentlich als reine Bankenkrise bezeichnet werden könnte -, von der die Welt im Jahre 2009 heimgesucht und die von einigen Medien zusätzlich aufgebauscht wurde, erwies sich als Folge gezielter Manipulationen und Missbräuche ungeahnten Ausmaßes. Denn hinter ihr standen Menschen, die sich ausschließlich von egoistischen Interessen leiten ließen, um Gewinne nicht nur zu Lasten eines einzigen Unternehmens oder einer Korpo-

ration, sondern auf Kosten der gesamten Menschheit zu erzielen. Einen derart verheerenden Sturm auf die Kassen hat es bisher noch nicht gegeben!

Die Konferenz in Krakau sollte nicht dazu dienen, konkrete Anklagen gegen Unternehmer und Politiker zu formulieren oder die öffentlichen Aktivitäten bestimmter Privatpersonen bzw. gesellschaftlicher Vereinigungen an den Pranger zu stellen. Sie bildete vielmehr ein Forum, auf dem alle ihre jeweiligen Standpunkte und Lageeinschätzungen präsentieren konnten. Die Konferenz fungierte weder als eine Art Gesetzgebungsorgan, noch war sie dazu befugt, die eigenen Sichtweisen offiziell zu vertreten. Wir wissen jedoch sehr wohl, dass öffentliche Foren – zu denen auch wir uns zählen – unter aufmerksamer Dauerbeobachtung von Medien und Politik stehen und im Prozess der Rechtsfindung unter Umständen in Betracht gezogen werden.

Generell hat diese Konferenz gezeigt, dass die derzeitige Krisensituation eine Folge gezielter Maßnahmen einzelner Menschen ist, die aus der Krise finanzielles und vielleicht auch politisches Kapital schlagen möchten. Wenn wir dieser Diagnose glauben, müssen wir aus ihr die entsprechenden Schlüsse ziehen. Wir dürfen daher nicht zulassen, bei der Gestaltung des öffentlichen Lebens von denjenigen Werten abzurücken, die als einzige geeignete Bedingungen zur Förderung des Gemeinwohls schaffen.

Im Blick auf die im Laufe der Konferenz gehaltenen Referate können wir uns selbst ein Bild darüber machen, ob bei der Verhinderung der krisenhaften Entwicklung (vor allem im wirtschaftlichen Bereich) wirklich die Nationalstaaten versagt haben, die sich vor drohenden Verlusten schützen wollten, oder ob nicht vielmehr die internationalen Korporationen ungenügend auf diese Eventualität vorbereitet gewesen sind. Oder liegt die Ursache nicht vielmehr im Menschen selbst, der als schwaches Wesen unfähig ist, sich von diversen Begehrlichkeiten und Sinnengelüsten zu befreien. Mit anderen Worten: Wenn die Möglichkeit auftaucht, aus etwas Kapital zu schlagen – warum sollte man nicht diesen Weg gehen? Eben diese Einstellung zeigt sich bereits im Mikrokosmos des Alltagslebens, etwa in der Familie oder am Arbeitsplatz. Dieses Denken offenbart

sich aber auch auf globaler Ebene in den Machtkonstellationen und Verträgen zwischen einzelnen Staaten. Wenn man der liberalen Devise huldigt, wonach alles erlaubt ist, was nicht ausdrücklich verboten ist, müssen wir aufgrund der offensichtlich zu geringen Anzahl an Verboten damit rechnen, die Konsequenzen für unser begrenztes Vorstellungsvermögen zu tragen. Denn wir hätten die drohenden Gefahren ja voraussehen und uns ihnen rechtzeitig entgegenstellen können!

Das sich aus den vielfältigen Krisen ergebende moralische Problem besteht darin, dass wir zu sehr das Erlaubte betonen und zu wenig das Verbotene herausstellen. Der christliche Dekalog stützt sich jedoch vor allem auf das Verbotene. Die Zehn Gebote ziehen unantastbare Grenzen, um für alle Menschen und Situationen maßgebende moralische Werte zu schützen. Wenn wir diese Werte jedoch im Namen einer grenzenlosen Freiheit missachten, tappen wir in eine selbstgestellte Falle. Dies wäre der falsche Weg!

Die in vorliegender Abhandlung publizierten Ergebnisse der Krakauer Konferenz zeigen, dass die Konferenz ein öffentliches Forum bildet, auf dem derartige grundlegende Reflexionen einer breiteren Öffentlichkeit in Europa vorgestellt werden. Wir sind nicht erst seit heute Europäer und sind frei von diesbezüglichen Komplexen. Daher möchten wir in Krakau gerne all denjenigen Gesprächspartnern zuhören, die zum Thema Europa anderer Meinung sind als wir. Umgekehrt haben auch wir das gute Recht, uns für das auszusprechen, was wir für das Wohl des vereinigten Europas als wesentlich erachten.

In der Hoffnung, dass die diesjährige Begegnung nicht die letzte Zusammenkunft im Dienst der europäischen Einheit sein wird, gehen wir in Zukunft von einem noch regeren Interesse für unsere Krakauer Debatten aus.

Krakau, den 31. Oktober 2009

Ein Gesinnungswandel ist notwendig

Kardinal Stanisław Dziwisz

1. Erneut habe ich die Ehre, eine weitere Debatte im Rahmen der internationalen Konferenzreihe zur „Rolle der katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration“ zu eröffnen. Organisiert wird die Konferenz von der uns gut bekannten Robert-Schuman-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen sowie der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament und der Päpstlichen Universität Johannes Paul II. in Krakau. Es freut mich, dass Sie dieser Thematik weiterhin treu bleiben, denn sie ist nicht nur für Ostmitteleuropa, sondern auch für Westeuropa sehr wichtig. Damit Europa mit beiden Lungenflügeln atmen kann – wie es einst Johannes Paul II. forderte – muss Europa für alle seine Bürger die gleichen Entwicklungschancen schaffen. Heute wird dies allmählich möglich, was auch unseren Debatten in Krakau zu verdanken ist, auf denen Probleme aufgegriffen werden, die in Europa und der Welt von wesentlicher Bedeutung sind.

2. In diesem Jahr stehen die Vorträge und Diskussionen unter dem Leitwort der „christlichen Verantwortung angesichts der Krisen“. Ich muss wohl nicht eigens betonen, dass dieses Thema vor dem Hintergrund der derzeitigen Wirtschaftskrise in Europa und der Welt sehr wichtig ist. Von einer näheren Betrachtung der Problematik möchte ich jedoch Abstand nehmen, denn dazu werden sich

hervorragende Experten aus Wirtschaft, Politik, Ethik und Kultur noch äußern. Ich möchte lediglich an die Lehre der Kirche erinnern, die insbesondere in den Sozialenzykliken *Rerum novarum* Leos XIII. (1891)¹, *Populorum progressio* Pauls VI. (1967)², *Sollicitudo rei socialis* Johannes Pauls II. (1987)³ und *Caritas in veritate* Benedikts XVI. (2009)⁴ die Probleme ihrer Zeit aufgegriffen hat.

Die Sorge der Kirche um gesellschaftliche und wirtschaftliche Belange ist gleichbedeutend mit der Sorge um den gläubigen Menschen, der durch sein irdisches Leben in sämtliche ökonomische und politische Angelegenheiten verweben ist, aber zugleich die ewige Erlösung anstrebt. Johannes Paul II. hat oft betont, dass der „Mensch der erste Weg der Kirche“ ist. Daher kann die Kirche das Evangelium Jesu Christi losgelöst von den Realitäten dieser Welt gar nicht verkünden.

3. Angesichts der weltweiten ökonomischen Krise und ihrer spürbaren Folgen sei an die grundlegende Wahrheit über das christliche Verständnis von der Entwicklung der Menschheit erinnert, an das die katholische Soziallehre anknüpft, wenn sie die Botschaft des Evangeliums auf das Leben der Menschen und Völker sowie auf die irdische Wirklichkeit überträgt. Papst Paul VI. richtete in seiner Enzyklika *Populorum progressio* das Augenmerk vor allem darauf, dass die Verkündigung des Evangeliums für den Christen der primäre und entscheidende Faktor für die gedeihliche Fortentwicklung der menschlichen Zivilisation ist. Denn Christus hat durch sein ganzes Leben – durch Leiden, Tod und Auferstehung – der Welt die Fülle des Menschseins sowie die ewige Bestimmung des Menschen zu einem glückseligen Leben in Gott offenbart (vgl. Nr. 3.8).

Die Offenheit für Gott in Jesus Christus bedeutet zugleich totale Offenheit für den Menschen in allen Dimensionen seines Lebens. Wenn die Kirche also

1 Vgl. www.uibk.ac.at/theol/leseraum/texte/320.html

2 Vgl. www.vatican.va/holy_father/paul_vi/encyclicals/documents/hf_p-vi_enc_26031967_populorum_ge.html

3 Vgl. www.vatican.va/edocs/DEU0131/_INDEX.HTM

4 Vgl. www.vatican.va/holy_father/benedict_xvi/encyclicals/documents/hf_ben-xvi_enc_20090629_caritas-in-veritate_ge.html

gesellschaftliche Belange aufgreift, überschreitet sie damit nicht in unbefugter Weise die Grenzen ihrer Sendung, sondern bezieht lediglich die Lehre Christi auf den einzelnen Menschen in seinen konkreten sozioökonomischen und kulturellen Lebenszusammenhängen.

4. In Fortsetzung des Leitgedankens seines Vorgängers sagte Johannes Paul II. in der Enzyklika *Sollicitudo rei socialis* zwar nicht, wie die vielfältigen ökonomischen und sozialen Probleme der Welt von heute konkret gelöst werden können, da sich die Kirche nicht direkt mit dem Bereich der Wirtschaft befasst. Stattdessen wies der Papst auf bestimmte anthropologische Mechanismen hin, die allen Krisen zugrunde liegen. Das eigentliche Problem resultiert demnach aus der Tatsache, dass der durch die Erbsünde und ihre Folgen (Hochmut und Egoismus) geschwächte Mensch sich eher auf bloßen Besitz einstellt als darauf, die ihm zur Verfügung stehenden materiellen und geistlichen Güter mit anderen zu teilen. Auf diese Weise entsteht im Menschen eine eigentümliche Spannung zwischen „Sein“ und „Haben“. In *Sollicitudo rei socialis* heißt es dazu wie folgt: „Da gibt es jene – die wenigen, die viel besitzen -, die nicht wirklich zu »sein« imstande sind, weil sie durch eine Umkehrung der Hierarchie der Werte vom Kult des »Habens« daran gehindert werden; und dann diejenigen – die vielen, die wenig oder nichts besitzen -, die wegen der Entbehrung der elementaren Güter ihre grundlegende menschliche Berufung nicht zu verwirklichen vermögen.“ (*Sollicitudo rei socialis*, Nr. 28) Nach Johannes Paul II. liegt das Übel nicht darin, dass jemand Güter besitzt, sondern darin, dass diese zum alleinigen Ziel statt zum bloßen Instrument seines Handelns werden – und darin, dass der Mensch die „Qualität und Rangordnung“ der Güter nicht berücksichtigt.

Im Blick auf die Ungerechtigkeiten der Welt von heute prangerte Johannes Paul II. die ökonomischen, finanziellen und gesellschaftlichen Wirkmechanismen an, die zur extremen Bereicherung einiger weniger Menschen und zugleich zur zunehmenden Verarmung großer Teile der Menschheit führen: „Solche Mechanismen, von den stärker entwickelten Ländern in direkter oder indirekter Weise gesteuert, begünstigen durch die ihnen eigene Wirkweise die Interessen derer, die über sie verfügen, unterdrücken oder lenken aber schließ-

lich vollständig die Wirtschaftsordnungen der weniger entwickelten Länder.” (*Sollicitudo rei socialis*, Nr. 16) Die Worte des Papstes aus Polen haben sich vor dem Hintergrund der inzwischen weltweit spürbaren Krise geradezu als prophetisch erwiesen. Untrügliche Anzeichen dieser Krise sind die steigende Arbeitslosigkeit, der gravierende Wohnungsmangel und die enorme Kreditverschuldung beim Erwerb von Eigentumswohnungen. Doch nicht nur einzelne Privatpersonen oder Wirtschaftsunternehmen verschulden sich immer mehr, sondern auch ganze Staaten nehmen zunehmend höhere Haushaltsdefizite in Kauf (vgl. *Sollicitudo rei socialis*, Nr. 17–18).

Johannes Paul II. erinnerte wiederholt daran, dass die Christen für die Geschicke der Welt durch ihr soziales und ökonomisches Engagement selbst verantwortlich sind. Christen haben daher die moralische Pflicht, ihre Güter gemäß dem Solidaritätsprinzip mit ärmeren Mitmenschen zu teilen. Der wahre Fortschritt der Menschheit beruht also nicht auf der egoistischen Ansammlung materieller Güter und technischer oder intellektueller Ressourcen, sondern erfordert eine gerechte Aufteilung all dessen, was der Mensch durch eigene Arbeit hervorbringt (vgl. *Sollicitudo rei socialis*, Nr. 9). Die Sorge um eine gedeihliche Entwicklung in Wirtschaft und Kultur entspricht zugleich der Sorge um den Frieden in der Welt.

5. In Kontinuität zu *Populorum progressio* und *Sollicitudo rei socialis* bietet Benedikt XVI. in der gesellschaftlichen Krisen gewidmeten Enzyklika *Caritas in veritate* nicht nur eine realistische Diagnose der gegenwärtigen Wirklichkeit, sondern weist nochmals mit Nachdruck darauf hin, dass der Kampf gegen die Krise darauf beruht, einen tiefgreifenden Wandel im Verhältnis der Nationen zum liberalen Wirtschaftsmodell herbeizuführen. Benedikt XVI. erinnert dabei daran, wie unverzichtbar die Solidarität zwischen Reichen und Armen angesichts des Nord-Süd-Gefälles ist und betont die Notwendigkeit, wirtschaftliche Fragen letztendlich von Gewissensentscheidungen des Menschen abhängig zu machen.

Benedikt XVI. hebt dabei hervor, dass sich die Grundeinstellung gegenüber dem Leben ändern muss. Es geht darum, dass wir alle unseren auf ständig

neue Vergnügungen und endlosen Konsum ausgerichteten Lebensstil revidieren. Dazu heißt es in *Caritas in veritate* wie folgt: „Notwendig ist ein tatsächlicher Gesinnungswandel, der uns dazu anhält, neue Lebensweisen anzunehmen, »in denen die Suche nach dem Wahren, Schönen und Guten und die Gemeinschaft mit den anderen Menschen für ein gemeinsames Wachstum die Elemente sein sollen, die die Entscheidungen für Konsum, Sparen und Investitionen bestimmen.«.” (*Caritas in veritate*, Nr. 51)

Angesichts der globalen Wirtschaftskrise werden immer öfters Stimmen laut, die zur Reflexion über die Qualität und den Sinn des Lebens aufrufen. Abermals wird deutlich, dass eine allein auf den Besitz materieller Güter ausgerichtete Zivilisation ihr Entwicklungspotential rasch ausschöpft. Notwendig erscheint vielmehr die Rückkehr zu unvergänglichen Werten, die dem Fortschritt der Menschheit erst Sinn verleihen und dabei helfen, den gedankenlosen Konsumkult zu überwinden und die transzendente Dimension menschlichen Lebens aufzuzeigen.

Sozialethische Wegweiser

Jacek Saryusz-Wolski

Die vorliegende Publikation dokumentiert eine Debatte, die von 11.-12. September 2009 in Krakau stattfand. Prominente Politiker, Persönlichkeiten aus dem akademischen Leben und Geistliche diskutierten über die Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf Politik und Kultur. Die hochkarätigen Gäste der 9. Europäischen Konferenz zur „Rolle der katholischen Kirche im Prozess der europäischen Integration“ boten jedoch nicht nur Diagnosen über die Ursachen der derzeitigen Krise in Politik, Wirtschaft und Kultur, sondern machten auch konkrete Vorschläge für deren Überwindung. Dabei wurde deutlich, dass dieser Krisensituation letztlich eine weit verbreitete ethische Krise zugrundeliegt. Dem Titel der diesjährigen Konferenz – „christliche Verantwortung angesichts der Krisen“ kommt gegenwärtig eine wesentliche Bedeutung zu. Ich bin fest davon überzeugt, dass man gerade im Ethos der christlichen Verantwortung die Lösung für die globalen Probleme suchen muss, über die auf der Konferenz debattiert wurde. Wie Kardinal Dziwisz zu Recht bemerkte, sollte man vor dem Hintergrund der spürbaren weltweiten Wirtschaftskrise und ihrer Folgen erneut an die fundamentale Wahrheit über das christliche Verständnis der Entwicklung der Menschheit erinnern und dabei an die katholische Soziallehre anknüpfen, die die Botschaft des Evangeliums auf das Leben des Einzelnen und der Gesellschaft sowie auf die irdischen Realitäten überträgt.

Die größte Aufmerksamkeit gilt derzeit den Einbrüchen auf den Finanzmärkten und ihren Folgen für die Weltwirtschaft bzw. nationalen Volkswirtschaften. Die Debatte hat jedoch gezeigt, dass auch die Sphären der Kultur und Politik von einer weniger spektakulären, aber ebenso gefährlichen Krise in Mitleidenschaft gezogen wurden. Eine zutreffende Diagnose lieferte dabei Prof. Jan Miodek, der von einer Krise des Dialogs sprach, die mit Sensationshascherei, Extrembewertungen und einer zunehmenden Brutalisierung der Sprache einhergehe. Die negativen Veränderungen in der zwischenmenschlichen Kommunikation haben auch die Politiker und ihre Profession erfasst, in der die Sprache das grundlegende Handwerkszeug bildet. Die von Prof. Miodek skizzierten Tendenzen wurden z.B. bei den Europäischen Parlamentswahlen von 2009 unübersehbar. Denn während des Wahlkampfes und im Laufe der Abstimmung zeigte sich ganz deutlich, dass die politische Klasse die Fähigkeit zur Verständigung mit den Wählern weitgehend eingebüßt hat. Symptomatisch für diese beunruhigende Entwicklung ist die sehr niedrige Wahlbeteiligung.

In Zusammenhang mit den innerhalb der EU getroffenen Maßnahmen zur raschen Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise sollten zugleich auch neue Fundamente gelegt werden, mit Hilfe derer sich laut Prälat Bernhard Fellmberg „die Kultur der unersättlichen Gewinnsucht in eine Kultur der Demut und Koexistenz umgestaltet“. Wie sehr sich die Europäische Union über die bedeutende Rolle der Kirchen im Ringen mit den oben genannten Krisen bewusst ist, zeigt sich ganz deutlich daran, dass der sog. „Kirchenartikel“ (Art. 17) des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union in den Lissabonner Vertrag aufgenommen wurde. Prälat Fellmberg machte darauf aufmerksam, dass dieser Artikel für die zukünftige Arbeit der Kirchen in Europa wesentlich ist, da er wichtige Hinweise und Regelungen zur Definierung der Beziehungen zwischen der EU und den Kirchen bzw. Religionsgemeinschaften enthält. Gemäß diesen Bestimmungen können die EU-Mitgliedsstaaten ihr Verhältnis zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften völlig frei und autonom festlegen, ohne eine Einmischung seitens der EU befürchten zu müssen.

Aus polnischer Sicht sind die auf europäischer Ebene gemeinsam unternommenen Maßnahmen zur Krisenbewältigung äußerst bedeutsam. Nicht zuletzt deshalb wurde der christlichen Verantwortung für die konkrete Gestalt des sich vereinigenden Europas große Aufmerksamkeit geschenkt. Zutreffend erscheint die Definition des Integrationsprozesses durch den Sejm-Abgordneten der Bürgerplattform, Dr. Jarosław Gowin, der betonte, dass dieser Prozess sehr viel mit der Philosophie des Personalismus gemein habe. Unverzichtbare Elemente einer derart verstandenen Integration sind daher der Dialog und die Achtung der Menschenwürde. Eine fortschreitende Integration ist die Bedingung für Frieden und Wachstum und trägt ferner zur Stärkung der Rolle Europas als politischer Global Player bei.

Ich hoffe, dass Sie mit Hilfe der vorliegenden Publikation die Auffassungen hoch angesehener Persönlichkeiten aus Polen und Europa zu den Bereichen Politik, Wirtschaft, Geschichte, Theologie und Sprachwissenschaft näher kennenlernen und dadurch die vielschichtigen Prozesse, die unser Alltagsleben beeinflussen, besser verstehen können. Außerdem bin ich fest davon überzeugt, dass die dabei aus Sicht der christlichen Ethik vorgeschlagenen Lösungen einen bedeutsamen Wegweiser bilden, der die Antworten auf zahlreiche drängende Fragen der Gegenwart erleichtert.

Einführungen

Lehren aus der „Solidarność“-Bewegung

Grundlagen

für ein gemeinsames Handeln in Europa

Premierminister Donald Tusk

Der heutige Tag lädt zu Reflexionen ein, die genau zur Thematik der diesjährigen Krakauer Konferenz passen. Wir feiern nämlich den 20. Jahrestag der Bildung der ersten nichtkommunistischen Regierung Polens seit 1945 unter Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki. Es ist der Jahrestag eines Ereignisses, das einen weiteren, unerhört wichtigen Schritt auf dem Weg zur Wiederherstellung von Freiheit und Unabhängigkeit darstellte und zugleich den institutionellen Triumph der „Solidarność“-Bewegung über den Kommunismus bedeutete. Wenn es wahr ist – und davon gehen wir ja aus -, dass diese große Gewerkschaftsbewegung *de facto* zur Wiedervereinigung Europas beigetragen hat, so denken wir zugleich daran, dass die christlichen Werte in den Köpfen der Anhänger dieser großen nationalen Solidaritätsbewegung und deren Leitideen derart präsent gewesen sind, dass dies keiner Diskussion bedurfte. Jeder, der an die Rolle des Menschen und die Bedeutung gewisser Schlüsselereignisse in historischen Prozessen glaubt, stimmt der aus polnischer Sicht unbestrittenen These von der maßgeblichen Rolle von Glaube und Kirche in diesem streng politischen, aber auch kulturell-zivilisatorischen Prozess der Einigung Europas sofort zu.

Hier in Krakau müssen wir ferner sagen, dass sich der europäische Integrationsprozess nicht nur zwischen einzelnen Staaten und Völkern abspielt, son-

dern zugleich eine Integration meint, die irgendwo in jedem Einzelnen von uns unaufhörlich voranschreitet. Dieses neue Europa hat also nur dann Sinn, wenn es auf Freiheit und Menschenwürde sowie der Achtung der Tradition und der Kardinaltugenden basiert. Und wir, die wir diesen Weg seit 1980 bis heute zurückgelegt haben, haben zugleich einen Weg zurückgelegt, der mitten durch uns selbst verläuft. Nur ein verrückter oder böswilliger Zeitgenosse würde daran zweifeln, dass das Christentum für diesen erfolgreichen Weg höchst bedeutsam gewesen ist. Gerade hier in Krakau sollte darüber hinaus an die ganz praktische Rolle der Kirche erinnert werden, die ihre amtlichen Repräsentanten beim Vollzug der Integration Polens mit der Europäischen Union gespielt haben. Es ist kein bloßer Akt der Höflichkeit gegenüber dem Organisator und Mitinitiator der diesjährigen Konferenz – Weihbischof Tadeusz Pieronek -, wenn ich daran erinnere, wie viel Arbeit er geleistet hat, um die Integration Polens mit der EU formaljuristisch und politisch zu ermöglichen. Ohne den Glauben und das aktive Eintreten hochrangiger kirchlicher Würdenträger für die Integration Polens mit der Europäischen Union könnten wir uns über den letztendlich erreichten Erfolg auch in seiner rein politischen Dimension keineswegs sicher sein. Mir als Politiker haftet noch ganz gut im Gedächtnis, welche Emotionen und Argumente angesichts des Referendums zum EU-Beitritt hochkamen, und wie groß die Ängste und Befürchtungen vieler meiner Landsleute gegenüber der Integration mit der EU gewesen sind. Daher kann ich heute aus voller Überzeugung sagen, dass dieses für die polnische Staatsräson so günstige, große Ereignis ohne die Worte Johannes Pauls II. und die großartigen Lektionen, die uns der Krakauer Philosoph und Priester Prof. Józef Tischner erteilte, aber auch ohne die hervorragende Arbeit der hier Anwesenden nicht möglich gewesen wäre. Aber lassen Sie mich zum Kern der Sache kommen, der irgendwie auch mit einer ganz persönlichen Erfahrung verbunden ist, die viele von Ihnen wohl teilen werden.

In diversen öffentlichen Debatten kommt mir oftmals ein Schlüsselereignis meines persönlichen Lebensweges in Erinnerung – die Begegnung mit Papst Johannes Paul II. im Jahre 1987 in Danzig-Zasp. Ich war damals wie viele andere Vertreter meiner Generation ein recht radikaler „Solidarność“-Aktivist im Untergrund. Wir alle wissen sicherlich noch, wie schwierig dieses Jahr für die-

jenigen gewesen ist, die an die Zukunft der „Solidarność“ fest geglaubt haben. Und in Danzig-Zasp bekamen wir damals Worte zu hören, die heute tatsächlich den Rang einer geistigen Verfassung der Europäischen Union einnehmen. Damals hat diese Worte kaum jemand richtig verstanden. Wenn ich sage kaum jemand, so meine ich die Formation der jungen Leute aus der „Solidarność“, die damals gegen den kommunistischen Staat konspirierten. Denn diese Worte interpretierten das Wesen der „Solidarność“-Idee auf ganz neue Weise. Als wir nämlich dort in Danzig-Zasp mit unseren eingeschmuggelten Standarten und „Solidarność“-Transparenten dastanden und auf heißblütige, kämpferische Worte warteten, hörten wir vom Papst statt dessen etwas ganz Verblüffendes: Solidarität bedeutet, dass „einer des anderen Last trägt“. Solidarität darf niemals dazu führen, dass sich einer gegen den anderen erhebt. Ehrlich gesagt habe ich bei diesen Worten wie viele meiner Kollegen meinen ethischen Kompass verloren, denn wir haben damals in naiver Weise geglaubt, dass sich die Begegnung mit dem Hl. Vater in Danzig-Zasp gegen jemanden richten müsse. Wir wollten damals unbedingt einen gemeinsamen Feind haben und gaben uns sogar der völlig unberechtigten Hoffnung hin, dass der Papst eines Tages an der Spitze dieser Bewegung stehen würde. Es musste allerdings einige Zeit verstreichen, ehe meine Generation begriff, was für eine große Bedeutung diese Worte gehabt hatten, die derart gegen den *main stream* unserer Gefühlslage liefen. Warum widme ich dieser persönlichen Erfahrung derart breiten Raum? Weil ich meine, dass angesichts der derzeitigen Wirtschaftskrise in Europa, deren Bedeutung nicht überschätzt werden sollte – wir haben doch schon schwerere Krisenzeiten in der EU erlebt, die an die Fundamente unserer Zivilisation gingen! –, das Fortleben dieser 1987 in Danzig erteilten päpstlichen Lehre in unseren Köpfen und Herzen der Schlüssel für eine gedeihliche Zukunft Europas ist. Denn nur die weise Deutung der Lehren aus der „Solidarność“-Bewegung kann eine reale Grundlage für das gemeinsame Handeln auf unserem Kontinent sein, dessen Nationen eine komplizierte Vergangenheit und vielfältige Konfessionen aufweisen, wobei nationale Interessen sich häufig überschneiden und nur selten parallel verlaufen. Ohne echte Solidarität wird die Europäische Union eine politische Fiktion bleiben. Ohne Solidarität wird unsere Zivilisation, die auf christlichen Grundsätzen beruht, strategisch betrachtet permanent bedroht sein. Denn Soli-

darität im Sinne Johannes Pauls II. bedeutet ein aktives Vorgehen, das Europa vor Kriegen schützen, die Menschen vor Armut bewahren, aber sie auch vor Aggressionen und Herrschaftsgelüsten sowie der staatlichen Dominanz gegenüber dem Bürger bzw. dem Vormachtstreben einzelner Völker schützen kann.

Auf der Suche nach den eigentlichen Ursachen der heutigen Krise in Europa, die Polen im Vergleich zu anderen Nationen vielleicht etwas weniger zusetzt – aber auch wir haben die Folgen der Krise zu spüren bekommen -, erkennt man deutlich, dass das völlige Abrücken von elementaren Prinzipien christlichen Verhaltens ein entscheidender Grund für die anhaltende Wirtschaftskrise ist. Diese Ansicht vertreten keineswegs nur gläubige Christen! Diese Ansicht findet vielmehr unter Experten, Wissenschaftlern, Ökonomen und Politikern eine immer zahlreichere Anhängerschaft, da man in diesen Kreisen versteht, dass es ohne das treue Festhalten an christlichen Grundwerten keine gesunde Volkswirtschaft, keine echte Subsidiarität und keine praktizierte Solidarität gibt. Gestatten Sie mir am Ende meiner Überlegungen noch ein Wort in Zusammenhang mit der zivilisatorischen Dimension der Wirtschaftskrise. Ich meine ein Problem, das oftmals in Umbruchszeiten auftaucht, zu denen mit Sicherheit auch die Integration Polens mit der Europäischen Union gehört hat. Es geht darum, dass Menschen und Institutionen ihre eigentlichen Funktionen auf richtige Weise erfüllen. Wir wissen doch nur allzu gut, wieviel Unglück es geben kann, wenn wesentliche Akteure des öffentlichen Lebens ihre ureigene Rolle verwechseln. Wie oft haben wir es mit Politikern zu tun gehabt, die andere bekehren wollten – und mit Priestern, die das Land zu regieren versuchten! Dieser Rollentausch hat immer üble Folgen. Vor dem Hintergrund globaler und insbesondere auch europäischer Entwicklungen besteht gerade in Polen die starke Hoffnung, ein bestimmtes negatives Phänomen nach Möglichkeit zu vermeiden. Ich möchte nämlich kurz auf ein gefährliches Dilemma bzw. eine falsche Alternative hinweisen, die sich derzeit abzeichnet: Einerseits zeigt sich die Tendenz der völligen Abwendung von Glauben und Kirche, was in Europa auch die Form eines Kirchenkampfes annimmt. Aber zugleich sieht man ganz deutlich, dass einige von einer Politik träumen, die derart stark an ein bestimmtes religiöses Bekenntnis gekoppelt ist, dass dies zur Bedrohung für einzelne Völker oder die ganze Welt wird.

Polen hat heute dank der aus der christlichen „Solidarność“-Bewegung gezogenen Lehren die große Chance zu zeigen, dass dieses Dilemma so nicht existieren muss. Denn wenn alle Seiten ihre ureigenen Rollen richtig verstehen und die Politik sich nicht am Prozess der Eliminierung der Kirche und der christlichen Werte aus dem öffentlichen Leben beteiligt – und wenn umgekehrt die Kirchen oder Religionsgemeinschaften nicht den Status politischer Herrscher anstreben, kann das verwirklicht werden, was in unserem nationalen Recht verankert ist und worauf die Hoffnungen auf eine gute Staatsverfassung beruhen: gegenseitige Achtung autonomer Entscheidungsbereiche, Bereitschaft zur Zusammenarbeit sowie die Fähigkeit zur freundschaftlichen Lösung von Problemen, bei der niemand einem anderen mit Gewalt oder brutaler Überzeugungskunst etwas beweisen muss – und zwar deshalb, weil jede Seite bestrebt ist, die ihr zukommende Rolle gut zu verstehen. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Polen in der Lage sind, die Lektionen einer vernunftgeleiteten Solidarität, Liebe und gegenseitigen Achtung für die umsichtige Gestaltung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche gut zu nutzen. Diese Aufgabe lässt sich nie ganz erfüllen, sondern wird stets ein fortlaufender Prozess sein. Aber genügend guten Willen haben wir wohl, um die Idee der gegenseitigen Achtung institutioneller Autonomien, aber auch die Bereitschaft zu Kooperation und Dialog zur Richtschnur unseres gesamten Handelns zu machen. Eben darauf setze ich sehr!

Die „Logik des Personalen“ als Antwort auf die Krise

Stephan Raabe

Bankenkrise und Wirtschaftskrise – sie bestimmen den politischen Diskurs. Der Egoismus ist als eine Ursache schnell ausgemacht. Aber es geht bei der Fixierung auf das ICH um mehr, nämlich um seine Hegemonie, die ein Nährboden für die Krisen ist. Es braucht einen neuen Blick vom Anderen her.

Das Thema unserer Konferenz sind in diesem Jahr (2009) die aktuellen Krisen in Wirtschaft, Politik und Kultur. Dabei will es mir scheinen, dass gerade diejenigen, die die Krisen im Kommunismus, beim Zusammenbruch des Kommunismus und bei der damit verbundenen gesellschaftlichen Umwandlung gemeistert haben, mit einer gehörigen Portion Gelassenheit und mit einem gewissen Selbstbewusstsein den aktuellen Krisen begegnen können, denn sie haben schon ganz anderes erlebt und bewältigt.

Zudem haben wir dieses Jahr ein vielfältiges Gedenkjahr, in dem wir unter anderem 20 Jahre zurückschauen auf den friedlichen Umbruch von 1989, aber auch auf den 70. Jahrestag des von Deutschland verschuldeten Zweiten Weltkrieges. So groß die Freude über und die Dankbarkeit für das Gelingen der friedlichen Revolution von 1989 ist, mit der sich untrennbar der Name Lech Wałęsas verbindet, so groß – und noch viel, viel größer – ist die tiefe Scham

und das abgrundtiefe Erschrecken über all das, was sich an den 1. September 1939 anschloss: Die notwendige Erinnerung an die unzähligen Menschen, die dem deutschen Größenwahn und einer Menschen verachtenden Ideologie, dem Nationalsozialismus, zum Opfer gefallen sind, belastet noch heute. Wie könnte es auch anders sein, wenn man wachen Auges und offenen Herzens wahrnimmt, was in dieser Zeit im deutschen Namen geschehen ist, gerade auch gegenüber Polen geschehen ist, gerade auch hier in Krakau und seiner Umgebung. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dies bei dem internationalen Gedenken zum 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges auf der Westerplatte in Danzig im deutschen Namen in hervorragender Weise zum Ausdruck gebracht. Das, was damals in diesem Krieg geschah, bezeichnet eine unendlich größere Krise, die uns noch heute und immer wieder von neuem zwei existenziell entscheidende Fragen aufgibt: Wie war dies möglich? Und wie können wir solches künftig verhindern?

Wer andere missachtet, verunmenschlicht sich selbst

Wenn wir uns hier in Krakau – fast in Sichtweite zu Auschwitz – seit nunmehr schon neun Jahren immer Mitte September treffen, um als Christen und christliche Demokraten über die Gestaltung Europas nachzudenken und zu diskutieren, dann tun wir dies gewiss mit einem hoffnungsvollen Blick in die Zukunft, weil die Hoffnung ein wesentliches Merkmal des Christentums ist: eine der drei göttlichen Tugenden neben dem Glauben und der Liebe. Wir tun dies aber immer auch vor dem Hintergrund der Geschichte, die es in Erinnerung zu behalten gilt – ohne wenn und aber!

Der französische Philosoph Emanuel Lévinas, in Litauen geboren als Sohn jüdischer Eltern, die – wie die gesamte Familie – im Zweiten Weltkrieg von den Deutschen ermordet wurden, dieser Lévinas hat Zeit seines Lebens auf philosophischem Wege zu ergründen versucht, wie „es“ – das eigentlich Unfassbare – möglich war. In sehr einfachen Worten und damit notwendiger Weise sehr verkürzt kann man ein wesentliches Ergebnis seiner Denkarbeit folgendermaßen beschreiben: Lévinas setzt an die Stelle einer Philosophie oder einer Ideologie,

die sich jenseits von Ethik bewegt, eine Ethik jenseits der bisherigen Philosophie. Denn der politische Totalitarismus wird von Lévinas nicht historisch oder soziologisch gedeutet – was man natürlich auch tun kann und muss –, sondern er gilt Lévinas als eine Folge einer bestimmten hergebrachten Philosophie. In dieser Philosophie wird im Wesentlichen vom „Ich“ oder vom kollektivem Ich her gedacht. Auch die dritte Person – Sie, Er, der oder die Andere werden stets primär über die erste Person, über das „Ich“ eingeführt oder eben über das kollektive Ich eingeführt. Der Andere wird in dieser Denkweise vom Ich vereinnahmt und eingeordnet empirisch und logisch, rechtlich und moralisch. Es ist eine große Errungenschaft der westlichen Kultur, dass der Mensch uns auch rechtlich und moralisch als gleichwertig gilt und deshalb gleich behandelt werden soll. Es war dagegen ein Rückfall in dunkelste archaische Zeiten, dass die Ideologie des Nationalsozialismus – wie auch des Kommunismus – die Existenz bestimmter Menschen nur auf eine empirische Akzeptanz reduzierte. Der Nationalsozialismus nahm bestimmte Menschen zwar als anwesend wahr, ohne aber ihre Gleichwertigkeit festzustellen. Aus ideologischen Gründen erklärte er vielmehr bestimmte Menschenleben ausdrücklich zu „unwertem“ Leben, das ohne weiteres vernichtet werden konnte.

Diejenigen, die so dachten und handelten, haben sich damit selbst verunmenschlicht. Sie haben sich zu Unmenschlichen entwickelt, indem sie das Menschsein anderer missachteten, mit Füßen traten und auslöschten. Ein Stück dieser unmenschlichen Denkart findet sich jedoch in jeder Gewaltherrschaft. Deshalb ist es von so existenzieller Bedeutung, auf der rechtlichen wie auf der moralischen Akzeptanz des Menschen, jedes Menschen zu bestehen, von seiner Empfängnis an bis zu seinem Tod. Lévinas setzt gegen diese Denkweise, die grundsätzlich vom Ich ausgeht – oder vom kollektivem Ich – und damit einen Gewaltzusammenhang beschreibt, eine neue Denkweise, die von dem Anderen ausgeht. Die erste Person, das „Ich“, und die zweite Person, das „Du“, werden über den immer schon gegebenen Anderen eingeführt. In diesem Anderen scheint uns ein „Jenseits des Seins“, ein „Jenseits meines Seins“ auf und eine „Vorstellung des Unendlichen in mir“. In der Denkweise von Lévinas macht der „mir“ begehrende Andere „mich“ erst zu einem moralischen Subjekt.

Vom Anderen her denken

Warum mute ich Ihnen diesen philosophischen Gedankengang hier und heute am Anfang unserer Konferenz zu? Weil dieser Gedankengang, der philosophisch an gewisse Grenzen stoßen mag, uns geradewegs zum christlichen Glauben führt. Im christlichen Glauben ist es nämlich der Mensch gewordene Gott, der uns ein „Jenseits unseres Seins“ und eine Vorstellung von „der Unendlichkeit in uns“ offenbart. Im christlichen Glauben ist der andere Mensch gerade keine bloße „Nummer“, sondern ein von Gott beim Namen genanntes und geliebtes Geschöpf. Im christlichen Glauben erscheint uns Gott selbst vor allem in dem Anderen, in jedem Anderen, egal welcher Herkunft oder Nationalität er ist oder welchen Glauben er hat. Diesen Anderen, den Mensch gewordenen Gott wie den Mitmenschen, die sich uns zeigen, entsprechend wahrzunehmen, von diesem Anderen her zu denken und zu glauben, das ist die erste und grundlegende Antwort auf die Krise, die im Zweiten Weltkrieg und bereits zuvor in den Totalitarismen des Nationalsozialismus und Kommunismus aufgelodert ist. Diese Lehre, dieser grundlegende Perspektivwechsel gibt uns die wichtigste Antwort auf die beiden Fragen, wie „es“ möglich war und wie wir „es“ künftig verhindern können.

Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, was das in letzter Konsequenz bedeuten kann. Wenn ich mich, wenn wir uns durch die Beziehung zum Anderen erst wirklich gewinnen, wir erst wirklich werden und sind durch den Anderen, dann ist die Selbstverleugnung um des anderen Willen, die Substitution für den Anderen, das ersatzweise Eintreten für den Anderen die letzte mögliche Konsequenz. Das haben uns Jesus selbst und Menschen wie Pater Maximilian Kolbe oder Edith Stein als Schwester Theresia Benedikta vom Kreuz vorgemacht als sie in den Tod gegangen sind, die beiden Letztgenannten unweit von Krakau entfernt in Auschwitz. Aber dieser extreme Humanismus, dieses Denken vom Anderen her und das Eintreten für den Anderen spielt gerade auch im Alltag, in der Gesellschaft, in der Wirtschaft und in der Politik eine entscheidende Rolle. Nur wenn die dort handelnden Personen, vor allem die Führungskräfte, den ethischen Perspektivwechsel vom Ich zum Anderen vollziehen, können Sie der

bleibende Gefahr egozentrischer Herrschaft und monopolisierter Ansprüche auf Wahrheit und Macht oder auf Geld entgehen. Wer dagegen nur oder vor allem seine eigenen Interessen verfolgt, vor allem an der Mehrheit oder an pekuniären Boni, am Gewinn Maß nimmt, der verfehlt den eigentlichen Beruf zur Politik, zum Unternehmer, zur Führung, der verfehlt das Bonum, das „Gute“ ebenso wie die bonté, die „Güte“.

Nach der großen Krise am Anfang des 20. Jahrhunderts, dem Ersten Weltkrieg, hielt der Soziologe Max Weber seine berühmte Rede zum Thema „Politik als Beruf“. Darin benannte er vornehmlich drei für den Politiker entscheidende Qualitäten: die „leidenschaftliche Hingabe an eine Sache“, die „Verantwortlichkeit gegenüber ebendieser Sache“ und das rechte „Augenmaß“, die Realitäten auf sich wirken zu lassen. Nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts tun wir gut daran eine weitere Qualität, die wichtigste und grundlegendste Qualität zu ergänzen: Mit den Worten der heiligen Edith Stein ist das die Beachtung der „Logik des Personalen“, worin der Mensch wie die höchste Person, Gott selbst, einbegriffen sind. Die Person lässt sich nicht allein vom Sein, aber auch nicht allein vom Erkennen her aufbauen, sondern wesentlich von der Begegnung mit dem Anderen.

Diese „Logik des Personalen“ gilt es im 21. Jahrhundert zu beherzigen, wenn wir es menschlicher gestalten wollen. Sie ist die Grundlage für sachliche Leidenschaft, Verantwortlichkeit und Augenmaß im Eintreten für den Anderen; sie ist die Grundlage der Solidarität, für die Menschen wie der große Papst Johannes Paul II. und der Gewerkschaftsführer und spätere polnische Staatspräsident Lech Wałęsa, der heute unter uns ist, beispielhaft stehen.

„Leben und leben helfen“

Die Krise als Chance und Herausforderung

Ján Figel'

In oder in der Nähe von Krakau zu sein bedeutet, von der Geschichte zu lernen. Wir besitzen eine lange gemeinsame, polnische und europäische Geschichte, in der sich viele Antworten finden lassen. Natürlich wiederholt Geschichte sich nicht, aber es gibt generelle Lehren, die wir aus ihr ziehen können. Für mich war Karol Wojtyła, der Papst Johannes Paul II., einer der größten Europäer, den wir jemals treffen, erleben oder von dem wir lernen konnten – ebenso wie von den polnischen Nationalhelden, Tadeusz Kościuszko oder seinem Zeitgenossen Marschall Józef Poniatowski. Sie können als Beispiele und Vorbilder für einen erfolgreichen Kampf für Menschenwürde, Freiheit, die Zukunft ihrer Nation und den Staat gelten.

Botschaften der Hoffnung

Im September dieses Jahres erinnern wir uns an den Beginn des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren. Das 20. Jahrhundert hat uns eine Menge negative Lektionen beschert; es lehrte uns technisches Babarentum und eine skeptische Einstellung in Bezug auf die Weiterentwicklung des Menschen. Man denke an Auschwitz, Hiroshima, die Gräueltaten der Roten Khmer in Kambodscha oder die Terroranschläge von Al Kaida am 11. September 2001. Die Geschichte

des 20. Jahrhunderts könnte, ebenso wie unsere eigenen Erfahrungen, unsere Zukunftsvisionen für die Welt als ein schwarzes, negatives Bild malen. Dem gegenüber sollten wir uns bewusst werden, dass die Hoffnung überwiegt.

Wir müssen uns heute, mehr als je zuvor, an die verschiedenen Botschaften der Hoffnung erinnern. Karol Wojtyła rief in seiner Rede auf dem Petersplatz in Rom den Massen zu: „Habt keine Angst!“. Die Hoffnung geht über unsere Grenzen hinaus, sie übersteigt diese, sie durchbricht die Beschränkungen der menschlichen Natur. Hoffnung überwindet auch die Grenzen unserer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen. Wir haben die Grausamkeiten des Zweiten Weltkrieges erlebt, aber ebenso die Hoffnung, die der Schuman-Plan mit sich brachte und seine Früchte. Dieser Plan war nicht nur sehr vorausschauend, sondern eine äußerst starke Zusage an die Menschenwürde und an die Einheit der Nationen in Freiheit. In der Geschichte wurden mehrere Versuche unternommen, diese Einheit ohne Freiheit zu erreichen, aber sie alle waren letztendlich unmenschlich. Glücklicherweise sind sie vorüber, auch wenn die Versuchung weiterhin existiert. Ich will betonen, dass Europa es geschafft hat, nach dem Krieg, der weitaus mehr war als eine Krise, eine Region der Hoffnung zu werden. Nach dem Kalten Krieg kam die Erweiterung der Europäischen Union und damit wurde wiederum neue Hoffnung geschöpft. Vor kurzer Zeit besuchte ich Skopje, davor Belgrad. Man konnte hören, sehen, fühlen und riechen, wie viel Hoffnung die Menschen dort dem Prozess der europäischen Integration entgegenbringen. Wirkliche Hoffnung verbunden mit wirklichen Erwartungen. Mit dem Beitritt Polens, der Slowakei und der anderen ehemaligen „Ostblockstaaten“ zur EU wurde diese mehr europäisch, als sie es vorher war. Sie ist nun vollständiger, ausgeglichener, mit einem besseren Gedächtnis versehen, das nicht nur der Verbrechen im Westen, sondern auch der im Osten gemeinsam gedenken kann. Europa sollte nun besser in der Lage sein, gemeinsam zu Handeln.

Ein hervortretendes Moment von Krise ist stets die Möglichkeit, etwas zu ändern, innovativ zu sein. Die EU ist die deutlichste, ich würde sogar sagen verheißungsvollste geopolitische Neuerung, seit der Westfälische Friede 1648

das ständig wachsende System souveräner Staaten schuf. Wir bedürfen dieser Art von Innovationen, wir müssen ganz konkret die Hoffnung schüren und unumstößliche Zeugnisse schaffen. Aus diesem Grund sprechen wir so gerne über unsere Gründerväter und –mütter und erinnern uns an ihre Ideen und ihr Schaffen. Die derzeitige Krise hat zahlreiche Dimensionen: finanzielle, soziale, wirtschaftliche und politische. Mindestens zwei davon trafen zusammen und verschärften die Situation auf den Finanzmärkten. Auf der einen Seite Profit um des Profits willen, Wachstum um des Wachstums willen. Handel mit Derivaten, abgeleitet aus Derivaten von Derivaten. Dies alles führte zu enorm steigenden Risiken. Keine oder zu wenig Transparenz. Zu viel Gier, keine wirkliche Haftung und Verantwortung. Goldene Handschläge, goldene Fallschirme für zusammenbrechende Institute. Auf der anderen Seite Konsumkredite und Kredite für Kredite. Konsum um des Konsums willen. Meines Erachtens zu viel Konsum, der eine schlechtere oder sogar keine Zukunft bedeutet. Die Antwort einiger Länder, einiger Regierungen, einiger Parteien auf die Krise war ökonomischer Patriotismus, der eine neue Form des Nationalismus darstellt und damit eine sehr konkrete Form von staatlichem Egoismus. Die sozialen Konsequenzen sind nicht nur Arbeitslosigkeit, sondern auch Polarisierung und Radikalisierung. Insgesamt eine Zunahme von Extremen. Dies stellt uns vor neue politische Herausforderungen. Eine höhere Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft, extreme Ideen, Vorschläge und Angebote, radikale Stimmen und Forderungen, Populismus. All das wiederum birgt unvorhersehbare und unkontrollierbare Konsequenzen in sich.

Personalismus und Kultur

Wir befinden uns in einer Situation, in der wir einerseits seit 20 Jahren in Frieden leben, andererseits in einigen Ländern, speziell im Westen, eine neue Generation herangewachsen ist, die wir als „la generation tout de suite“, „la generazione tutto subito“, „wszystko zaraz“, „alles sogleich“ bezeichnen. Die Kosten hierfür müssen von der nachfolgenden Generation, der unserer Kinder, getragen werden. Es gibt nichts umsonst. Deswegen benötigen wir das Verhalten und die Mentalität unserer Gründerväter und -mütter. Wir müssen an die nachfolgenden

Generationen denken, nicht nur an die zukünftigen Umfragen und die öffentliche Meinung. Es wäre nicht nur bedauernswert, sondern eine wahre Tragödie, wie ein Pendel vom Kommunismus zum Konsumismus, vom Kollektivismus zum Individualismus zu schwingen. Es existiert auch ein Mittelweg, eine Balance, eine verantwortungsvolle Strategie. Hierbei spielt die Menschenwürde eine Hauptrolle. „Personalismus“ ist meiner Ansicht nach die beste Antwort auf diese Versuchungen. Wir benötigen nicht ein mehr an Regulierung, sondern eine bessere, effektivere Regulierung unserer Wirtschaft. Nicht ein mehr an Staat, sondern einen aktiveren, handlungsfähigeren Staat. Wir benötigen mehr Aufgeschlossenheit unseres Verstandes und müssen lernen über die uns begrenzenden, oftmals sehr egoistischen Interessen hinaus zu denken. Diese Krise ist nicht die erste, die wir erleben und wird wahrscheinlich auch nicht die letzte sein. Aus diesem Grund sollten wir für die Zukunft vorbereitet sein, um den kommenden schwierigen Herausforderungen entgegenzutreten zu können. In Bezug auf Fragen der EU-Erweiterung, Energiepolitik, wirtschaftlichen Entwicklung und Gesellschaft gibt es keine einfachen Antworten mehr. Aber wir sollten die Krise als Chance und Herausforderung begreifen. Es wird uns teuer zu stehen kommen, falls wir die sich uns bietenden Möglichkeiten, Kooperationen zu verstärken und zu größerer Reife zu gelangen, verpassen würden.

Auf einen mir besonders wichtigen Punkt möchte ich hinweisen: die Kultur. Kulturelle Werte gedeihen zumeist individuell und gemeinsam innerhalb einer Gesellschaft. Die entstandene Kultur regeneriert darauf basierend Werte, denn unsere Kultur definiert unsere Beziehungen zueinander, sie bestimmt, wie wir unsere Umwelt wahrnehmen und wie wir den Menschen als solchen verstehen. Somit ist Kultur entscheidend für unsere Wahrnehmung und unser Handeln. Der höchste Wert, der uns in der EU, ebenso wie in jeder Mikro- oder Makrogemeinschaft vereint, ist die Menschenwürde. Menschenwürde, die jedem Menschen überall innewohnt. Hieraus ergibt sich meines Erachtens eine allumfassende Geschwisterlichkeit. In nur toleranten Gesellschaften gilt zumeist der Leitsatz „Leben und leben lassen“. In einer geschwisterlichen, christlichen und solidarischen Gesellschaft hingegen lautet die Botschaft: „Leben und leben helfen.“ Wenn der höchste Wert, der uns vereint, in Frage gestellt und relativiert wird,

schwächt dies auch die Bedeutung aller anderen Werte, letztendlich auch die Menschenrechte. Ich fordere daher eine Kultur der menschlichen Würde, eine Ethik der Verantwortung. Über Rechte zu sprechen heißt dann, gleichzeitig auch die hiermit verbundenen Pflichten und beider Verbindlichkeit zu benennen. Wir sind immer auch verantwortlich für die zweite Seite der Medaille. Irgendwer muss immer die Verantwortung und die daraus entstehenden Konsequenzen tragen.

Im Rahmen dieser Konferenz wurde oftmals das Thema „Integration“ angesprochen. Integration bedeutet niemals Absorption oder Assimilation. Die europäische Integration sollte hier als Synonym für das Zusammenwirken als gleichberechtigte Partner gelten. Als Beispiel dafür, dass alle Betroffenen gleichberechtigt sind, nicht nur Premierminister, Parlamentsmitglieder oder EU-Kommissare. Die Rolle von Kultur in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ist hierbei essentiell. Wir brauchen in diesem Sinne mehr Kultur. Keine spezielle Feiertagskultur, sondern eine für das alltägliche Leben, für jeden Bereich des Lebens. Denn, wo Kultur nicht vorhanden ist, mangelt es an vielem, etwa an Respekt und Verantwortung. Es besteht dabei kein Gegensatz zwischen Wirtschaft und Kultur. Die eine handelt von Profiten, die andere von Zeremonien und Feierlichkeiten. Kultur kreiert und gibt. Konsum oder Konsumismus hingegen ist keine Kultur. Kultur ist ein Katalysator für Kreativität und Innovation. Wir alle haben Teil an den Geschenken der Freiheit, an den Möglichkeiten des Lernens und Schaffens.

Wissen, Verantwortung, Offenheit

Das Jahr 2009 wurde zum europäischen Jahr der Kreativität und Innovation erklärt. Mir hat einmal ein kluger Professor gesagt, dass eine kreative Gesellschaft drei Dinge miteinander kombiniert: Talent, Technologie und Toleranz. Prinzipiell besitzt jeder Talent. Hinter dem Begriff der Technologie verbergen sich Grundfertigkeiten, Grundbedürfnisse der Ausbildung, Weiterbildung und des Trainings der Talente. Toleranz meint, dass wir alle hierin einbeziehen müssen. Auch die scheinbar weniger Talentierten, die Ausgegrenzten und Gehinderten.

Wie ich schon betont habe, jeder besitzt Talent, und eine kreative Gesellschaft wird durch einen jeden integrierenden Ansatz stärker. Wir besitzen eine Menge großartiger Beispiele für die Anwendung von Wissen und Innovation. Ich denke, dass wir genau diese benötigen, wenn wir gestärkt und schneller aus dieser Krise herausfinden wollen. Ein besseres, breiteres Wissen ist die Lösung für die Probleme, die diese Krise mit sich bringt. Dies bedeutet, dass wir Sorge dafür tragen müssen, dass alle Zugang zu Bildung erhalten. Die Ausbildung muss zudem verknüpft werden mit Forschung und Wirtschaft. Denn genau dies produziert neue Innovation. Aber alleine ein Angebot schaffen reicht nicht. Ziel unserer Bemühungen muss es sein, von der Informationsgesellschaft zu einer „Weisen Gesellschaft“ zu gelangen. Dafür müssen wir notwendigerweise den Weg zu einer Wissensgesellschaft beschreiten. Pure Information hingegen ist nicht ausreichend. Mein Vater war weise, obgleich er keinen Hochschulabschluss besaß, er hatte nie die Chance gehabt eine Universität zu besuchen. Weise Menschen verbinden ihr Wissen mit Werten. Und die Werte sind das, was dabei am meisten zählt.

Bei genauer Betrachtung der Zeitgeschichte lassen sich viele Paradoxien erkennen, die uns direkt in die Krise geführt haben: immer größere Häuser, kleinere Familien, Missachtung der Umwelt etc.. Wir verbrauchen die Ressourcen unserer Kinder. Es gibt hier so viele Beispiele, die ich anführen könnte: schnellere Computer, schnellere Handys, schnellere Autos, aber weniger Zeit für Beziehungen, für wirklich menschliche Beziehungen. Wir verfügen über mehr Informationen, aber vielleicht weniger Vernunft. Um diese Paradoxien zu durchbrechen, müssen wir wissen, dass wir lernen können und sollten. In diesem Kontext kommt eine der großartigsten Botschaften von Papst Benedikt XVI. In seiner Sozialenzyklika „Caritas in veritate“ (die Liebe in der Wahrheit), die diesen Sommer (2009) erschienen ist, schreibt er: Die Kirche könne keine praktischen Lösungen für die ökonomische Krise liefern. Aber sie könne zu Verantwortungsbewusstsein, zur Wahrheit, zu einer Ethik, die sowohl das menschliche Individuum, als auch die gesamte Menschheit respektiert, erziehen. Die Kirche könne außerdem, zusammen mit Staat und Zivilgesellschaft, die bedürftigsten Menschen unterstützen sowie uns alle dazu anhalten, unser

natürliches und kulturelles Erbe zu schützen und zu pflegen. Der interkulturelle und interreligiöse Dialog könne zudem Hilfe und Unterstützung bei der Entwicklung einer globalen Zivilgesellschaft und der gemeinsamen Werte der Menschheitsfamilie bieten.

Die Welt wird nach der Krise noch globaler, komplexer und konkurrenzbezogen sein als zuvor. Auf der einen Seite werden wir ein Teil dieser neuen Welt sein, auf der anderen Seite aber sollten wir diese neue Welt mitgestalten. Europa besitzt hierfür ein immenses Potential. Inspiriert durch Karol Wojtyła will ich eine letzte Idee vorstellen: Europa sollte ein Synonym werden für Offenheit. Offenheit verbindet Aufgeschlossenheit und Offenherzigkeit. Ein offener Geist bezieht sich auf die Kompetenz, konkurrenzfähige, rational logische Antworten zu Fragen der Finanzwelt, Wirtschaft und Umwelt zu finden. Doch dies alleine reicht nicht aus. Ebenso benötigen wir Herz, das bedeutet Empathie, Sympathie und Solidarität mit den anderen, mit allen. Ich wünsche uns, der Europäischen Gemeinschaft, eine solche Gemeinschaft zu werden.

Christliche Werte

als Orientierungspunkte in der Krise

Othmar Karas

Wir sprechen heute über Krisen, aber eigentlich ist heute für uns alle ein guter Tag, ein Tag der Demut und der Nachdenklichkeit, auch ein Tag des Optimismus, wenn wir 20 Jahre zurückschauen auf den 24. August 1989, an dem Tadeusz Mazowiecki vom Sejm zum ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten nach 1945 in Polen gewählt wurde. Heute ist ein Pole, Jerzy Buzek, Präsident des Europäischen Parlaments, früher ein führender Solidarność-Repräsentant und Premierminister von Polen. Wer hätte sich das vor 20 Jahren gedacht? Europa hat sich weiterentwickelt. Die europäische Integration hat sich positiv entwickelt. Wir stehen heute besser, stärker, menschlicher, demokratischer, gerechter und erfolgreicher da, als vor 20 Jahren. Aus dieser Entwicklung der letzten 20 Jahre sollten wir auch die Kraft, den Optimismus und den Mut nehmen, dass wir die Krisen, über die wir jetzt diskutieren werden, positiv bewältigen und als Chance für Veränderung begreifen können.

Krakau, die ehemalige Hauptstadt Polens im Herzen Europas, ist reich an Geschichte, an polnischer und an europäischer sowie an christlicher Kultur. Krakau ist eine Stadt, aus welcher Söhne und Töchter von globaler Bedeutung erwachsen sind, wie Papst Johannes Paul II., der im nahe gelegenen Wadowice geboren wurde und zunächst als Erzbischof dieser Stadt diente. Man kann an ihm nicht

vorbei, weil es nicht zuletzt seinem unermesslichen Einsatz, dem Beispiel, das er vermittelte, und seiner Courage zu verdanken ist, dass wir den Eisernen Vorhang, den menschenverachtenden Kommunismus und die gewaltsame Teilung unseres gemeinsamen Kontinents überwinden konnten. Seit damals, vor 20 Jahren, lernt Europa wieder, mit beiden Lungenflügeln zu atmen. Sein Appell „Habt keine Angst!“ hat vielen Menschen den Mut und die Kraft gegeben, unbeeindruckt, konsequent, entschlossen, trotz aller Widerstände das Richtige zu tun. Und wir haben zu wenige Menschen, die Verantwortung tragen im Geiste von „Habt keine Angst!“. Viel zu viele machen Angst. Viel zu viele spielen mit der Angst. Viel zu viele fürchten sich und machen die Angst zur Ausrede dafür, warum sie nichts tun. Wo sind heute unsere Vorbilder, die uns sagen können: „Habt keine Angst! Traut Euch etwas! Tut das, was Ihr für richtig erachtet!“? Führung ist gefragt, nicht Verführung.

Als Mitglied der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) möchte ich besonders auf das Attribut „christlich“, das sich in unserem Namen verbirgt, aufmerksam machen. Mit der Vereinigung Europas haben wir unseren Namen wieder gefunden und hoffentlich auch unsere Identität. Wir sind wieder die Europäische Volkspartei mit dem Zusatz „Christdemokraten“ und ohne Beigeschmack. Das ist gut so. Heute jährt sich auch auf den Tag genau zum achten Mal der Terrorangriff auf das ehemalige Wirtschaftszentrum der Vereinigten Staaten von Amerika, auf die Twin Towers des World Trade Centers in New York. Ich trauere um die Opfer dieser fundamentalistischen Aggression, aber auch um jene, welche in den darauf folgenden Kriegen und Anschlägen der Gewalt zum Opfer gefallen sind. Dieses damals noch utopisch – ich hab kein anderes Wort gefunden – anmaßende Ereignis unserer Geschichte, hatte ein weltweites Gefühl des Schreckens, der Betroffenheit, der Unsicherheit ausgelöst und unbestreitbar unsere Welt verändert. Ich war damals im Europaparlament als Berichterstatter für die Erstellung eines Berichts verantwortlich, welcher sich mit den wirtschaftlichen Auswirkungen der Anschläge, nicht mit den Ursachen der Anschläge beschäftigt hat. Schon damals, 2001, wussten wir, dass es Zeit zum Handeln ist. Wir waren uns darüber einig, dass neue, einschneidende Maßnahmen zur Reaktion und Prävention nötig sind. Wir fühlten aber auch, dass der

Kampf gegen den Terrorismus nicht nur ein entschlossener Kampf gegen die Taliban, für mehr Sicherheitsvorkehrungen an den Flughäfen oder einen besseren Datenaustausch sein kann. Daher beauftragten wir die Erarbeitung eines Global Marshall Plans, um die soziale Kluft zwischen Besitzenden und Besitzlosen abzubauen. Außerdem wollten wir neue Regulierungen und unverzügliche Reformen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank einleiten. Mit den logistischen Maßnahmen sind wir derzeit viel weiter als mit dem Global Marshall Plan, dem Abbau von Armut und Diskriminierung auf dieser Welt.

Eine positive Kultur des Wandels

Heute, 2009, stellen wir uns ähnliche Fragen wie 2001. Was tun wir und wie reagieren wir auf den globalen Kollaps der Finanzmärkte und seine Auswirkungen auf unsere Wirtschaft? Es ist wieder an der Zeit, nicht nur über Lösungsvorschläge, sondern vor allem auch über die Ursachen und Fehlentwicklungen, die zur Krise geführt haben, nachzudenken. Damals wie heute ist es mit kurzfristigen Aufräumungsarbeiten und dem Schließen von Regelungslücken alleine nicht getan. Das gilt auch für die Feuerbrände in Griechenland, die Wasserfluten in Istanbul, für den Hunger auf der Welt, für Armut und AIDS. All diese Probleme, Krisen, selbst der Klimawandel haben vieles gemein. Ich habe ein sehr schönes Zitat gefunden aus einem Buch von Warnfried Dettling. In seinem Artikel „Vom Wert der Werte oder: Der Standortdebatte zweiter Teil“ schreibt er: „Werte werden nicht schon dadurch widerlegt, dass Menschen ihnen nicht entsprechen, ganz im Gegenteil: Sie erhalten ihre Bedeutung und erweisen ihre Stärke als soziale Normen gerade auch dann, wenn sie verletzt werden, weil sie es überhaupt erst möglich machen, konkretes Handeln und konkrete Zustände zu kritisieren -und zu verändern.“ Viel wichtiger als technische Maßnahmen bzw. präventive gesetzliche Regelungen ist daher etwas anderes. Wir müssen die Ursachen analysieren, verstehen und brauchen eine neue Bewusstseinsbildung. Es fehlt aus meiner Sicht eine positive Kultur des Wandels, die Veränderung als Chance begreift. Es fehlt ein kollektives Selbstbewusstsein auch in Staat und Gesellschaft, die Dinge nachhaltig zum Besseren zu wenden und nicht nur kurzfristige Korrekturen vorzunehmen. Der Markt ist kein Selbstzweck und er

existiert auch nicht von Natur aus. Der Markt ist von Menschen geschaffen, wird von ihnen beeinflusst und muss letztendlich auch für die Menschen da sein. Er ist Mittel zum Zweck, und wir müssen ihn als Instrument betrachten, nicht als Heilslehre. Maßlosigkeit, Egoismus, Gier, Rücksichtslosigkeit, mangelnde Kontrolle und Transparenz sowie Kurzsichtigkeit als Auswüchse menschlichen Handelns sind die wirklichen Ursachen der Krise.

Bischof Wolfgang Huber, der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, schreibt in seinem Beitrag „Renaissance des Glaubens“ in dem Buch „Werte. Was die Gesellschaft zusammenhält“: „Es entsteht ein neues Gespür dafür, dass ein komplett diesseitiges, rein wirtschaftstaumeliges und radikal konsumzentriertes Leben zu banal, zu äußerlich und zu oberflächlich ist. Je unerbittlicher die europäische Welt auf die globalisierte Wirtschaft ausgerichtet wird, je strikter Markt und Finanzkraft, Lohnnebenkosten und Konkurrenzkampf das Leben aller bestimmen sollen, desto stärker wird nach Gegenkräften gefragt. Die meisten spüren, dass Konsum allein nicht Halt gibt, dass Wirtschaft allein nicht Sinn schenkt, dass Funktionieren allein nicht Bedeutung verleiht.“ Die Suche nach Antworten auf die Krisen fordert uns alle. Viele Antworten können wir aber gerade in der christlichen Soziallehre finden, aus welcher sich die Soziale Marktwirtschaft maßgeblich ableitet. Mit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages wird diese nun zur offiziellen ordnungspolitischen Leitlinie der Europäischen Union. Nicht nur deswegen brauchten und wollten wir den Lissabonner Vertrag.

Ebenfalls finden wir Antworten in der neuen Sozialenzyklika „Caritas in veritate“ (Die Liebe in der Wahrheit) des Heiligen Vaters Papst Benedikt XVI., die er einen Monat nach der Europawahl Ende Juni dieses Jahres (2009) veröffentlicht hat. In seiner dritten Enzyklika geht das Oberhaupt der Römisch-Katholischen Kirche auf die aktuelle Krise ein und sieht hierin eine Chance für ein radikales Umdenken. Die in der Wahrheit verankerte Liebe für das gesamte gesellschaftliche Handeln, insbesondere in der ganzheitlich-menschlichen Entwicklung der Gesellschaft, kann Leitbild, ja muss Leitbild für eine neue Art des Denkens in der heutigen Wirtschaftswelt und des Handelns der politisch Verantwortlichen sein. Mit Optimismus und performativen Aussagen begegnet die Enzyklika der

hochaktuellen Problematik der Globalisierung. Der Heilige Vater geht von der theologischen Vorgeschichte aus und würdigt dabei die visionären Gedanken von Papst Paul VI. über ein Marktwirtschaftsmodell mit potentieller Beteiligung aller Völker als eine universelle Ausdehnung der Forderung der Enzyklika „Rerum Novarum“ (1891) von Papst Leo XIII. Benedikt XVI. bekräftigt diese Ansichten und fügt aus heutiger Sicht hinzu, dass der Prozess der Globalisierung, der eine Explosion der weltweiten gegenseitigen Abhängigkeiten bedeute, aber auch eine noch nie da gewesene Interaktivität der Menschen brächte, also auch viele positive Seiten habe und Entwicklungsmöglichkeiten biete.

Personalität, Solidarität und Subsidiarität im Denken und Handeln

Genau diese Entwicklungsmöglichkeiten und Chancen müssen angesichts der jetzigen Krisen als Auftrag an die Politik verstanden werden, nicht nur zu regeln, nicht nur Lücken zu schließen, sondern die Entwicklung grundsätzlich zu hinterfragen und neu zu orientieren. Ich sehe es als einen meiner Aufträge, der Aufträge der EVP-Fraktion an, diese Debatte mit unseren Wählern zu führen. Verbote alleine bringen uns nicht weiter. Was wir brauchen, sind Gebote und damit verbundene Bewusstseinsbildungen. Christliche Werte und die Katholische Soziallehre können und sollen dabei richtungweisend für uns sein. Ginge es uns nicht viel besser, würde das christlich-humanistische Personalitätsprinzip, wie wir es verstehen, gelebt werden? Würde das Solidaritätsprinzip, wie wir es verstehen, die Solidarität auf der Welt bestimmen? Würde das Subsidiaritätsprinzip von allen angewandt werden?

Ich möchte Ihnen aber Mut machen. Noch nie ist in einem Vertrag der Europäischen Union der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ vorgekommen. Noch nie sind die Worte „Würde des Menschen“ und „Respekt vor der Würde des Menschen“ vorgekommen. Jetzt steht es im Grundlagenvertrag der EU. Noch nie wurde auf europäischer Ebene so intensiv auf Personalität, Solidarität, Subsidiarität und die Soziale Marktwirtschaft hingewiesen wie im Vertrag von Lissabon. Ich meine damit auch, dass wir uns mit dem Begriff Freiheit verstärkt auseinandersetzen müssen, da wir Christen die Freiheit als Aufgabe des Men-

schen verstehen, als dem allgemeinen Wohl dienend. Viel zu viele verstehen Freiheit ausschließlich als Wahlfreiheit zwischen gleich geordneten Angeboten, Produkten oder Eigenschaften. Freiheit jedoch hat immer einen Bezug, und der Bezug ist der Mensch. Auch der andere Mensch, der Mensch neben mir ist damit angesprochen, nicht nur ich selbst.

Ich halte es daher mit Richard von Weizsäcker, der einmal sagte: „Soziale Marktwirtschaft vollzieht sich nicht in Gesetzbüchern, sondern im Denken und Handeln der Menschen“. Ich erweitere dies: Personalität, Solidarität und Subsidiarität, der Respekt vor der Würde des Menschen vollziehen sich nicht in Gesetzbüchern, sondern im Denken und Handeln der Menschen. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dann werden wir auch die aktuellen Krisen bewältigen.

20 Jahre Neues Europa

Zwei Jahrzehnte

des neuen Europas im Rückblick

Ein Gespräch

zwischen Jacques Santer und Lech Wałęsa

Lech Wałęsa/Jacques Santer

Lech Wałęsa:

Ich unterscheide mich von Ihnen allen, meine Damen und Herren, dadurch, dass ich ein „körperlich arbeitender Mensch“ bin und stets aus der Praxis heraus leben und konkrete Probleme lösen musste. Später musste ich pragmatisch kämpfen und die Probleme lösen, die dieser Kampf mit sich brachte. Und dies spielte sich oftmals an anderer unbedeutender Stelle ab, was allgemein gar nicht wahrgenommen wurde. Ein Beispiel: Heute feiern wir die außerordentliche gute Regierung von Ministerpräsident Mazowiecki. Auch ich bin dieser Ansicht. Aber hat sich einer von Ihnen einmal Gedanken darüber gemacht, dass wir damals nur 35% der Macht besaßen, aber unsere Gegner 65%? Ist jemandem aufgefallen, dass der Hauptfeind bereits damals General Czesław Kiszczak auf den Ministerpräsidenten gehetzt hatte? Haben Sie sich einmal überlegt, warum er dies tat und was er damit erreichen wollte? Wie einfach das doch ist und niemand hat sich bis heute darüber Gedanken gemacht! So hat man Kiszczak zu

einem ganz bestimmten Zeitpunkt als Trumpfkarte eingesetzt, damit wir – wenn wir in die Irre laufen – auf jemand anderen setzen können, der uns Freude macht, weil er eben nicht mit Kiszczak identisch ist. Und das können wir aushalten. Eine Minute später wären die Geschicke ganz anders verlaufen! Und dann der heute so spöttisch belächelte „Krieg an der Spitze“! Ihr alle habt geglaubt, dass diese Auseinandersetzung ein Fehler gewesen war. Meine Lieben – das soll ein Fehler gewesen sein? Wenn es ein Fehler gewesen war, dann war es Euer Fehler – nicht meiner! Wenn ich das damals nicht gemacht hätte... Fragt doch heute General Jaruzelski danach, der damals alleine die Entscheidung traf. Herr Mazowiecki ist ein anständiger Mensch gewesen, der ihm nicht in die Quere gekommen wäre. Wenn Staatspräsident Jaruzelski damals noch fünf Jahre länger im Amt gewesen wäre – fragt ihn doch danach! – wäre er dann etwa aus dem Warschauer Pakt ausgestiegen und hätte uns in Richtung Europäische Union, also in den Westen geführt? Was wäre gewesen, wenn wir noch weitere fünf Jahre so ausgehalten hätten? Glaubt Ihr wirklich, dass Russland dann mit einem Austritt Polens aus dem Warschauer Pakt einverstanden gewesen wäre? Macht keine Scherze! Und daher freue ich mich, dass ich heute hier sein kann, wo ich hervorragende Theoretiker – sehr weise Menschen – sehe. Aber hört Euch auch an, was die Praktiker zu sagen haben und ladet sie auf diese Treffen ein. Denn der Blick aus der Praxis unterscheidet sich von Euren Betrachtungen erheblich. Ich zweifle alle diese schönen Lehren und Konzeptionen natürlich nicht an – keine Frage, das kann man nicht miteinander vergleichen. Ich möchte auch gar nicht darüber diskutieren, weil ich gar keine Chance hätte. Aber in ihren Diagnosen kommen sowohl die Theoretiker als auch die Praktiker zu den gleichen Ergebnissen – nur die Therapie ist aus praktischer Sicht etwas anders.

Und nochmals eine ganz praktische Anmerkung: Was wäre, wenn wir keine Verkehrszeichen und keine Verkehrsordnung hätten? Dann hätten wir das, was wir heute in Europa und auf der Welt haben. Wenn diese Diagnose stimmt, was wäre dann konkret zu tun, um die Dinge gemäß den Herausforderungen der Gegenwart in Ordnung zu bringen? Kurz gesagt, wir brauchen eine Bereinigung dieser Unterschiede, die sich durch Ländergrenzen ausgebildet haben. Wir müssen mindestens drei Dimensionen neu ordnen und brauchen Regelungen

auf globaler, kontinentaler und staatlicher Ebene – und später vielleicht auch eine regionale Ordnung, die sich aber bereits auf andere Bereiche erstreckt. Und solange wir die Vorschriften der Verkehrsordnung in einigen ökonomischen Fragen nicht gemeinsam absprechen, werden wir so wie bisher auch weiterhin in diesem Getöse herumfahren. Das zweite Problem liegt in der gemeinsamen Regelung an sich. Linke, Kommunisten und Faschisten – alle sprechen von Werten, nur jeder blickt auf diese Werte auf ganz andere Weise. Solange wir nicht festlegen, was wir unter diesen Werten genau verstehen, wird eine echte Verständigung unmöglich sein.

Ich versuche derzeit, im „Rat der Weisen“ und in der „Reflexionsgruppe“ ein wenig mitzumischen. Dort sind die meisten Vertreter links orientiert, aber es fehlt ihnen nicht an gutem Willen. Sie stimmen mit mir überein, dass Werte unbedingt nötig sind. Es stellt sich nur die Frage, wie man diese Werte am besten fixieren sollte, damit sie realisiert werden können. Wir haben uns dabei etwas ausgedacht. Wir sollten die Werte in die Grundrechts-Charta hineinschreiben, aber sie zugleich untereinander abklären und festlegen, dass alles, was sich weltweit aus der EU ergibt und aus einzelnen Vorschriften oder Verhaltensweisen hervorgeht, mit diesen Werten in Einklang stehen muss. Und bei jeder Abkehr von diesen Vereinbarungen werden Gerichte und ähnliche Dinge auf den Plan treten. Was würdet Ihr dazu sagen: Ist das eine gute Idee? Gebt Anregungen, welche Punkte bestimmte Werte enthalten und auf welche Weise sie fixiert werden sollten, damit sie in unserem Tun auch Anwendung finden? Das ist kein purer Idealismus, sondern liegt ganz nahe an dieser Debatte und allen anderen Debatten, die unsere Lösungsmöglichkeiten verbessern werden. Denn wenn wir das nicht tun, werden wir es immer wieder mit Krisen zu tun haben. Die Bankenkrise sehe ich als Praxismensch übrigens ganz anders. Denn wir haben immer noch nicht bemerkt, dass das Bankenproblem eine globale Angelegenheit ist. Wenn die Banken nicht bestimmten Kontrollen ausgesetzt sind, werden sie uns allen übel mitspielen. Dabei stellt sich die Frage: Was wird nun folgen, was wird sich weltweit insgeheim abspielen? Wenn wir das nicht bemerken, kommt es zum Zuge und betrifft uns alle. Keine einzige Generation vor uns hatte wie wir die Chance, zerstrittene Länder auf höherer Ebene unter einem

Dach zu organisieren – europaweit und sogar global! Doch wir müssen endlich verstehen, dass das, was einst für Staaten, Blöcke und Systeme als Programm gut war, heute nicht mehr passt, da es diese Staaten und Blöcke nicht mehr gibt. Man muss vielmehr so schnell wie möglich das ökonomische System reparieren. Wenn wir in der „Reflexionsgruppe“ über diese Dinge diskutieren, bekomme ich zu hören, dass doch die Reichen etwas von ihrem Überfluss den Armen abgeben und mit ihnen solidarisch sein sollten. Dem kann ich nicht zustimmen! Ich komme aus dem Arbeitermilieu. Ich bin Arbeiter und lehne dies ab. Stattdessen sage ich: Ihr Lieben, wir müssen mehr reiche Leute und Kapitalisten hervorbringen! Für dieses Jahrhundert dreimal so viele wie bisher, Familien und Beschäftigten mit eingerechnet. Denn die Reichen werden dieses System retten. Es stellt sich also die schlichte Frage: Werden sich Eure Familien verdreifachen, und falls nicht – werdet Ihr andere Menschen dazu führen, dass es in diesem Jahrhundert dreimal so viele Firmeninhaber gibt wie früher? Das Rechtssystem muss dies zulassen, dann wird es uns besser gehen. Eure sozialen Anreize usw. werden dann nicht mehr nötig sein.

Unsere Generation lebte zwischen den Epochen und trat schließlich von der Epoche der Grenzen, Blöcke und Systeme zur Ära des Intellekts, der Informationsgesellschaft und der Globalisierung über. Diese Einfälle sind an sich weder gut noch schlecht. Alles hängt davon ab, wie wir sie konkret mit Leben erfüllen. Ob wir z.B. festhalten, dass wir gegen Ende des zweiten Jahrtausends ein Geschenk des Himmels in Gestalt des Hl. Vaters [Johannes Pauls II.] erhalten haben. Aber nicht er war es, der mit dem Kommunismus kämpfte. Er rüttelte lediglich das polnische Volk und andere Nationen wach, indem er sprach: „Fürchtet Euch nicht!“ Die wachgerüttelten Völker ließen sich durch Organisationen, Streiks und Demonstrationen zur Freiheit führen. Wenn Johannes Paul II. diese Worte so gesprochen hätte, wie dies auf Kuba geschehen ist, wären sie wirkungslos im Winde verpufft. Denn dort ist es eben nicht gelungen, sie in die Tat umzusetzen. Wir sollten daraus die Schlussfolgerung ziehen, dass jetzt ein drittes, noch völlig unberührtes Jahrtausend vor uns steht, das nach Möglichkeit gut eingerichtet werden muss. Dazu sind die derzeitigen Rechtsvorschriften, Strukturen und Programme zu verbessern. Es ist wirklich nicht viel nötig. Man

sollte die Dinge nur verbessern – dann haben wir tatsächlich gute Chancen, zu Frieden, Wachstum und Wohlstand zu gelangen.

Es gibt in Europa derzeit nur zwei Aufgaben: Es gilt zunächst, das Entwicklungsniveau über alle Grenzen hinweg wechselseitig anzugleichen, so dass es für jedermann rentabel ist. Rentabilität heißt, sich Gedanken darüber zu machen, welche Richtung einzuschlagen ist: vielleicht Verkehrswege oder gar Telefonnetze? Lasst uns beginnen – alle haben ein Interesse daran und wir können weitere Dinge unternehmen! Einerseits ist also das jeweilige Niveau anzugleichen und zweitens sollte man sehen, dass ganz Europa auch uns gehört – der Herrgott hat Europa nur ungleich unter uns verteilt! Wenn der Herrgott uns Europa also deshalb geschenkt hat, damit es insgesamt weiser und besser zugeht und wir uns schöne Dinge leisten können – aber andererseits auch diese Ungleichheiten existieren -, sollten wir verstehen, dass alle die gleiche Chance haben, dies zu erreichen.

Jeder einzelne Bürger wird dazu unbedingt gebraucht. Wir müssen nur entsprechende Entwicklungsmöglichkeiten schaffen und wenn jemand dies nicht will, sollten wir ihm sagen: Wenn du ständig nur den allerschlechtesten Ackerboden bestellen möchtest, wirst Du nie wettbewerbsfähig werden und niemals richtig Geld verdienen. Wenn Du jedoch uns und den Analysen der Computers folgst, werden wir Dir helfen und sagen Dir, wo Du etwas machen solltest. Dann wirst Du für uns rentabel sein und auch wir werden für Dich rentabel sein – im Interesse Europas und der Welt. Dies sind die Aufgaben und Herausforderungen aus praktischer Sicht. Lassen Sie uns alles tun, um Praxis und Theorie miteinander zu verbinden – dann werden wir vorankommen!

Jacques Santer:

Ich denke, dass Sie als Mensch der Praxis einen großen Beitrag zu der Diskussion geliefert haben, die zuvor unter der Leitung des EU-Abgeordneten Jacek Saryusz-Wolski hier stattgefunden hat. Wichtig ist auch, dass Sie den Begriff der Solidarität auf schlichte Weise skizziert haben. Denn Solidarität ist einer

der großen Werte, mit denen wir eng verbunden sind. Ich glaube, dass Sie dem Begriff der Solidarität nicht nur durch Ihr gesamtes Leben und Ihre Leistungen konkreten Inhalt verliehen haben, sondern auch durch das, was Sie eben gesagt haben. Zu Europa: Wir ziehen bereits einen gewissen Nutzen aus der Tatsache, dass der Lissabonner Vertrag bald zu seinem glücklichen Finale kommt, bei dem bestimmte Werte, von denen Sie eben gesprochen haben, bereits definiert sind. Das allein ist schon ein gewisser Fortschritt, der sicherlich noch verbessert und weiter ausgebaut werden muss. Ich weiß sehr wohl, wie schwierig das ist. Der gesamte Bereich der Werte konnte überhaupt nur sehr schwer definiert werden, wobei einige Mitgliedsländer von vorneherein eine ablehnende Haltung zeigten. Dennoch müssen wir darauf hoffen und uns darum kümmern, dass der EU-Reformvertrag tatsächlich in Kraft tritt, da Europa durch diesen Vertrag eine andere Position in der Welt haben wird. Es ist so, wie Sie gesagt haben: Wir leben in einer globalisierten Welt. Nach dem Ende der derzeitigen Krise werden wir in einer Welt leben, die an Multipolarität weiter zunimmt. Die USA werden ihren Einfluss auf die Geschehnisse der Welt mit Sicherheit reduzieren müssen. Auch in der Währungspolitik tauchen inzwischen weitere Global Player auf: China, Russland, Brasilien und überhaupt ganz Lateinamerika. Die Welt wird also zunehmend multipolarer, so dass Europa seine Einflussphären erweitern muss, um sich gegenüber der globalen Konkurrenz zu behaupten. Es ist so, wie Sie sagten: Europa wird dann Chancen bekommen, sich international zu behaupten und seine Standpunkte zu bekräftigen, wenn es über Werte verfügt, die in dieser globalisierten, multipolaren Welt klar und nachhaltig zum Ausdruck kommen. Das ist wohl der entscheidende Punkt. Von einem solchen Europa sind wir im Moment noch entfernt und eben daran müssen wir arbeiten.

Der EU-Reformvertrag enthält ferner vielfältige Akzente bezüglich der Religionen, die ihren Dialog untereinander ähnlich wie zwischen Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften unterstützen sollen. Ich stimme Ihnen völlig zu, dass das gesamte EU-Recht den Bürgern in Europa dazu dienen sollte, alle Grundrechte einer Zivilgesellschaft zu nutzen, wie z.B. Bekenntnisfreiheit oder wirtschaftliche Freiheit. EU-Kommissar Figel sprach eben vom interkonfessionellen und interkulturellen Dialog. Es wurde inzwischen das „Jahr des Interkon-

fessionellen und Interkulturellen Dialogs” ausgerufen. Vor wenigen Tagen fand hier in Krakau ein großer Friedensgipfel mit zahlreichen Vertretern verschiedenster Religionen statt. Den Kirchen und Religionsgemeinschaften kommt in der Tat eine bedeutende Rolle bei der Erfüllung der vorab skizzierten Aufgaben zu. Wenn wir von der Würde der menschlichen Person sprechen, betrachten wir den Menschen als ganzheitliches, geistig-körperliches Wesen. Aber dies ist eine Sphäre, um die wir Europäer ständig kämpfen müssen, wobei wir danach streben sollten, dass die interreligiösen Beziehungen in Europa permanente Unterstützung finden. Alle Religionen und Konfessionen haben zur Fortentwicklung der europäischen Identität einen Beitrag geleistet, so dass man für deren Wohl unentwegt Sorge tragen muss. Dies ist sicherlich ein wichtiges Ziel, wobei es mich sehr freut, dass dieser Gedanke auch vor einigen Tagen in Krakau von den Repräsentanten der Religionen deutlich zum Ausdruck kam. Und zwar auch auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz, was für mich ein sehr bedeutendes Erlebnis gewesen ist. Der religiöse Bereich bildet jedoch kein Element der EU-Gesetzgebung. Diese beiden Sphären dürfen in keinsten Weise miteinander verbunden werden, wie das beim jüngsten Referendum in Irland geschah. Jedes Land und jede Nation besitzt das absolute Recht, über den religiösen Bereich gemäß den eigenen Überzeugungen zu entscheiden. Dies betrifft auch Fragen zur Stellung der Familie, also das Familien- und Eherecht. In meinem Heimatland z.B. wäre diese Art von Einheitszwang auch auf breiten Widerstand und Protest gestoßen.

Wir sind Gründungsmitglied der heutigen Europäischen Union, aber niemals hätte unser Land derartige Regulierungsbestrebungen hingenommen. In diesem sensiblen Bereich muss natürlich der Grundsatz der Subsidiarität konsequent angewandt werden. Einer meiner Vorredner hat davon gesprochen, dass die Prinzipien Subsidiarität, Solidarität, Personalismus und die Subjekthaftigkeit des Menschen unbedingt praktischen Ausdruck finden müssen, aber man diese Grundsätze nicht mit der Europäischen Union in einen Topf werfen sollte, wie das derzeit häufig geschieht. Was hingegen das sog. „neue Europa” und seine 27 Mitgliedsstaaten anbelangt, so nehme ich die Stimmen der einzelnen Länder aufmerksam zur Kenntnis. Auch Premierminister Donald Tusk hat heute bereits

davon gesprochen, dass derzeit in einigen EU-Staaten nationalistische Töne zu vernehmen sind, die über den rein wirtschaftlichen Bereich hinausgehen. Das stimmt mich sehr nachdenklich. Ich denke dabei z.B. an das, was gegenwärtig in Ungarn geschieht, und zwar im Bereich der Beziehungen zur Slowakei. Man sollte sich darüber bewusst sein, dass Europa ein Friedensprojekt ist, das auf Vergebung und Versöhnung beruht. Es war kein purer Zufall, dass Robert Schuman und Konrad Adenauer vier Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges die Grundlagen der europäischen Integration definierten. Knapp fünf Jahre nach Kriegsende, als unsere Länder noch in Schutt und Asche lagen, entstand die Europäische Gemeinschaft vor dem Hintergrund des europäischen Einheitsgedankens, der auf der Vergebung und Aussöhnung zwischen einstmaligen erbitterten Feinden basierte. Als gebürtiger Luxemburger weiß ich, dass wir als Pufferstaat zwischen Deutschland und Frankreich sämtliche Kriege zwischen diesen beiden Ländern auch selbst durchmachen mussten. Erst als es zur deutsch-französischen Aussöhnung kam, zeichnete sich die längste Friedensperiode unserer bisherigen Geschichte ab. Der Gedanke der Völkerversöhnung sollte daher im erweiterten Europa ganz deutlich zum Ausdruck kommen. Denn dann werden auch die vielfältigen Nationalismen verschwinden, die auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene sichtbar sind. Ich meine genau das, was Sie über die Arbeitslosigkeit gesagt haben: Einzelne Maßnahmen in einem Land dürfen nicht zur Steigerung der Arbeitslosigkeit in anderen Ländern führen, darauf gilt es zu achten! Die Europäische Union muss eine stärkere soziale Ader aufweisen, um eben diese Fragen auf die Tagesordnung zu bringen. Das Problem liegt wohl darin, dass die Bürgerinnen und Bürger in Europa unmittelbar mit dieser Thematik zu tun haben. Es geht nicht um einzelne Diskussionen oder Institutionen. Denn die Institutionen sind für die Bürger geschaffen worden, damit diese in Freiheit und Frieden und hoffentlich auch in Wohlstand leben können. Das muss tatsächlich so zum Ausdruck gebracht werden, weil dies wesentlich ist!

Sie sprachen vorhin auch über die Grundsätze einer weltweiten „Verkehrsordnung“. Dabei ist wichtig, dass die EU im Sinne des Lissabonner Vertrages geeignete Institutionen ins Leben ruft, die diesen Aufgaben wirklich gerecht werden. Ich stimme Ihnen völlig zu, Herr Wałęsa! Denn bereits auf dem EU-Konvent

war klar, dass der Reformvertrag nicht sämtlichen Vorstellungen aller Beteiligten entsprechen würde. Wenn ich selbst – oder wir beide – diesen Vertrag geschrieben hätten, hätten wir sicherlich etwas andere Dinge darin festgehalten. Nun, wir sind jedoch auf Kompromisse angewiesen und diese Kompromisse sind derzeit mit diversen Problemen verbunden, die in diesem Vertrag existieren. Wie Sie aber ganz richtig bemerkt haben, müssen wir den Vertrag zuerst einmal unter Dach und Fach haben, um ihn dann „von innen heraus“ korrigieren zu können. Europa verdankte sein Wachstum und seine gedeihliche Entwicklung stets bestimmten Krisen. Das war in der Vergangenheit immer so. Europa erlebte z.B. im Jahre 1935 eine große Wirtschaftskrise, in den 1970er Jahren kam es zur weltweiten Erdölkrise usw. Aber nach all diesen Krisen ist es stets gelungen, positive Schritte in die Zukunft zu unternehmen. Jetzt stehen wir erneut vor der Notwendigkeit, einen großen Schritt nach vorne zu machen. Und wenn wir die von Ihnen erwähnte „Verkehrsordnung“ endlich haben, müssen wir sie von innen heraus so ausfeilen, dass sie immer besser funktioniert. Aber jetzt muss man die Position Europas in der Welt stärken und dabei zugleich den Menschen, die an Europa glauben – das sind nicht nur die Europäer! – auch außerhalb unseres Kontinents klarmachen, dass das Europa, das sie derzeit sehen, ein Europa mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ist. Dies ist im Lissabonner Vertrag ausdrücklich festgehalten. Und das ist gut so! Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik muss jedoch einen bestimmten Inhalt haben, so dass Europa mit einer Stimme nach außen sprechen kann.

Diese Einstimmigkeit fehlt aber bereits im Bereich der Währungs- und Geldpolitik. Sie sprachen vorhin zu Recht die Bankenkrise an. Dabei stimme ich Ihnen voll zu. Ja, wir brauchen ethisch fundierte Wirtschaftskonzeptionen. Doch wie oft gelingt es uns nicht einmal unter den 16 Euro-Staaten, auf internationalen Foren wie IWF, Weltbank oder G20 sowie in zahlreichen anderen internationalen Gremien mit einer Stimme zu sprechen! Denn stets tauchen partikuläre Interessen einzelner Länder auf. Dennoch verfügt die EU über eine Wirtschafts- und Währungsunion, wenngleich wir in dieser Hinsicht noch viel arbeiten müssen, um etwas zu erreichen. Daher brauchen wir starke Institutionen. Ich war immer ein Anhänger von starken Institutionen, aber ich weiß ebenso gut, dass sich die

Bürger durch Institutionen allein nicht motivieren lassen. Das ist unmöglich, man muss vielmehr konkrete Inhalte haben. Nichtsdestotrotz benötigen wir geeignete institutionelle Rahmenbedingungen für eine aktive Politik. Davon sind wir aber noch weit entfernt, genau daran müssen wir arbeiten.

Lech Wałęsa:

Zu zwei Themen möchte ich Stellung nehmen.

Was den Lissabonner Vertrag anbelangt, so muss ich mit Bedauern feststellen, dass er mir in vielen Punkten nicht passt. Aber man muss ihn heute annehmen und morgen korrigieren. Besser ist es, ihn von innen heraus zu korrigieren als von außen. Deshalb werde ich nach Irland fahren und mich der Kritik wegen der Tomaten und vieler anderer Dinge aussetzen. Aber zugleich werde ich kämpfen und zu beweisen versuchen, dass auch der schlechteste Fahrer immer noch besser ist als gar kein Fahrer! Europa braucht eine kontrollierte Lenkung. Man denke an China, Russland – all die Herausforderungen, z.B. die Ökologie. Wir müssen lenkbar sein, doch wie weit – das ist die Frage! Geht die Lenkung durch diesen Vertrag nicht zu weit? Einige Themen erfordern es, global zu sein. Aber es gibt auch Themen, in denen wir globales Denken nicht mehr erlauben dürfen.

Wie oft habe ich schon gesagt, dass ich meine Frau Danuta nicht globalisieren lasse. Zurück zum Beispiel Auto. Wir können beinahe auf der ganzen Welt mit dem Auto fahren, aber warum? Weil wir überall ganz ähnliche Vorschriften und Verkehrszeichen haben. Schauen Sie, sogar bei uns in Krakau fahren alle – Schwarze und Weiße, Deutsche und Juden! Das Gleiche brauchen wir in der Ökonomie und in verschiedenen Rechtsbereichen. Heute hat beinahe jeder ein anderes Rechtssystem. Daher müssten wir uns alle dafür entscheiden, z.B. das Rechtssystem Deutschlands oder Frankreichs – vielleicht nicht den gesamten Korpus, aber zumindest den Grundkanon – zu übernehmen. Denn sonst entwickeln wir uns zunehmend auseinander und haben dann auch unterschiedliche Werte. Wenn jetzt die Grenzen immer mehr fallen, zeigt sich ein enormes Chaos. Es ist so, wie Sie vorhin sagten – hier erhält die Werft keine zusätzlichen Gelder

und an anderer Stelle werden die Löhne ausbezahlt. Es kann nicht angehen, dass Produktionsbetriebe nur deshalb verlegt werden, weil anderswo die Arbeitskräfte billiger sind. Das ist für Europa unrentabel. Man sollte verstehen, dass dort Arbeitslosigkeit herrscht. Man muss den Menschen daher zeigen, wo es Arbeit gibt und ihnen diese Arbeit verschaffen. Aber man darf die Betriebe nicht sinnlos verlegen, denn dies führt nur zu steigenden Autopreisen.

Wir müssen also anfangen, an Europa als Ganzes zu denken und verstehen, dass wirklich alle Menschen gebraucht werden. Denn wenn einer nicht arbeitet, muss ein anderer für ihn Steuern zahlen. Dadurch kann dieser andere keine Waren aus Europa kaufen und zettelt nebenbei noch eine Revolution an. Das rentiert sich für uns nicht! Denken wir lieber so: Für unseren Kontinent brauchen wir ein Minimum an Gemeinsamkeiten, aber in gewissen Fragen – wie etwa der Ökologie – müssen wir global denken und handeln. Denn sonst überleben wir nicht. Für all diese Dinge sind gemeinsame Grundlagen erforderlich, auf die wir uns verständigen müssen. Ich möchte an dieser Stelle besonders an die Religionen Europas appellieren: Ihr müsst uns führen und inhaltliche Vorgaben geben, in welchen Rechtsvorschriften sich alle Religionen einig sind. Diese Bestimmungen kann man heute als Fundament der Einigung Europas betrachten. In naher Zukunft könnte sich herausstellen, dass wir bereits an weiteren Vorschriften basteln. Die größte Erfahrung besitzen bei uns die Kirchen und Glaubensgemeinschaften. Denn sie haben uns großgezogen. Daher sollten sie zwingend deutlich machen, in welchen Bereichen Einigkeit herrscht. Die Laien sollten dies als gemeinsame Basis akzeptieren – dann wird das europäische Bauwerk von Bestand sein.

Jacques Santer:

In diesem Sinne meine ich, dass der EU-Reformvertrag verschiedene nützliche Akzente setzt – auch in Zusammenhang mit den Religionsgemeinschaften, deren Dialog gefördert werden soll. Übrigens nach ähnlichen Grundsätzen, wie dies z.B. bei den Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften geschieht. In diesem Punkt stimme ich mit Ihnen völlig überein – alle haben das gleiche

Recht, mit der Zivilgesellschaft in Kontakt zu treten, die es stets zu fördern gilt. Das ist die Grundlage und jede Religionsgemeinschaft sollte diese Möglichkeit haben. EU-Kommissar [Ján Figel] unterstützte im letzten Jahr die Begegnung zur Förderung des Dialogs zwischen den Religionen. Auch in diesem Jahr fand hier in Krakau ein Tag der Weltreligionen statt. Ich glaube, dass wir in dieser Materie noch gewisse Aufgaben erfüllen und eine ganz bestimmte Rolle spielen müssen. Denn wenn wir von der Würde des Menschen sprechen, sollten wir ein ganzheitliches Menschenbild vor Augen haben, das gerade auch die geistige Dimension voll berücksichtigt. Diese Überzeugung klang heute vormittag in vielen Reden durch. Gerade heute müssen wir als Europäer fordern, dass die interreligiösen und interkulturellen Beziehungen, aber auch alle Formen des Dialogs in Europa breite Unterstützung finden. Denn jede Religion hat etwas zur Identität Europas beigetragen, so dass wir alles daran setzen sollten, diesen Beitrag weiter zu fördern. Genau darin liegt unser gemeinsames Interesse, wobei es mich sehr freut, dass dieser Dialog unlängst in Krakau stattgefunden hat. Dabei haben alle Weltreligionen sich zum gemeinsamen Gebet versammelt – auch in Auschwitz, was mich ungeheuer beeindruckt hat.

Lech Wałęsa:

Ja, so ist es! Aber bei der Herausbildung dieses einheitlichen Rechts gelangen wir manchmal auf völlig unbeabsichtigte Zielgeraden. Wir sagen z.B., dass alle das Recht haben, sich zu organisieren und einen Bund zu schließen. Das klingt zunächst ganz toll. Aber nicht alle können z.B. den Ehebund miteinander eingehen. Wir geben ihnen jedoch das Recht dazu, obwohl ein Ehebund stets aus Mann und Frau besteht. Nur weil man gewisse Rechte hat, kann man doch nicht etwas kaputtmachen, was seit Adam und Eva gilt! Daher sollte man im EU-Recht hinzufügen, dass zwar alle in diesem Bereich das gleiche Recht haben, aber dabei nicht etwas zerstört werden darf, was seit Jahrhunderten gilt. Doch daran hat bisher noch niemand gedacht und deshalb wurde dies auch noch nicht in Angriff genommen. Es gibt zahlreiche Dinge, die nicht in Ordnung sind. Die Familien werden zerschlagen, darum möchten viele den Reformbestrebungen der EU nicht zustimmen. Wahrscheinlich verweigern auch die Iren

den geplanten Reformverträgen ihre Zustimmung, weil sie unpräzise sind und etwas zersetzen, was seit ewigen Zeiten traditionelle Praxis ist. Die Familie ist das Fundament allen Lebens.

Jacques Santer:

Gleichwohl sollte man darauf hinweisen, dass dies keine Frage ist, mit der sich die Europäische Union befasst. Denn jedes Land und Volk hat ein eigenes, autonomes Recht darüber zu entscheiden, wie das Zusammenleben der Geschlechter aussehen soll und wie die Familie definiert werden muss. Auch in meinem Heimatland, das zum Kreis der Gründerstaaten der Europäischen Gemeinschaft zählt, würde eine solche Vereinheitlichung auf Widerstand stoßen. In dieser Frage muss man das Subsidiaritätsprinzip in seiner ganzen Bandbreite aufrechterhalten. Mein Vorredner hat eben schon daran erinnert, dass diese Grundsätze harmonisieren müssen – Subsidiarität, Solidarität, personaler Individualismus – all dies ist eng miteinander verbunden. Das darf also nicht mit der Europäischen Union insgesamt in einen Topf geworfen werden, was viele Zeitgenossen tun.

Unter den 27 EU-Mitgliedsstaaten leben derzeit bestimmte Nationalismen wieder auf. Das gibt mir stark zu denken! Ich denke etwa an die Probleme zwischen Ungarn und der Slowakei. Angesichts dieser Situation muss man sich bewusst machen, dass Europa ein Friedensprojekt ist, das auf Vergebung und Versöhnung basiert. Es ist doch kein Zufall, dass fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Robert Schuman und Konrad Adenauer die Idee eines vereinigten Europas entwickelten! Damals lagen unsere Länder noch in Schutt und Asche. Das vereinigte Europa errichteten wir also auf den Trümmerhaufen unserer Städte und Dörfer. Eben diese europäische Idee stützte sich zunächst auf die bilaterale Aussöhnung zwischen zwei ewig verfeindeten Nachbarn – Frankreich und Deutschland. Ich als Luxemburger – und Luxemburg diente stets als Pufferzone zwischen Deutschland und Frankreich –, der all diese Konflikte und Kriege am eigenen Leibe miterlebt hat, empfand die Wirklichkeit gewordene Aussöhnung zwischen diesen beiden Völkern als eigentümliche Befreiung. Von diesem Zeitpunkt an dürfen wir uns der längsten Friedensperiode in der europä-

ischen Geschichte erfreuen. Daher meine ich, dass der Gedanke der Vergebung und Versöhnung im erweiterten Europa noch weitaus sichtbarer werden muss als bisher. Denn dies wird die wirtschaftlichen und sozialen Nationalismen schwächen.

Nicht zuletzt deshalb müsste man Europa auch eine größere gesellschaftliche Dimension verleihen. Dieses Problem geht wohl unmittelbar alle Bürger Europas an. Denn die europäischen Institutionen wurden ja im Blick auf die Menschen geschaffen, so dass sie ihre jeweiligen Lebenspläne in Frieden und Freiheit – und hoffentlich auch in Wohlstand! – verwirklichen können.

Lech Wałęsa:

Wir gebrauchen häufig das Wort „Solidarität“. Weil ich viel in der Welt herumkomme, weiß ich jedoch, dass zahlreiche Länder bei gewissen Themen nichts von Solidarität hören wollen. Ich denke z.B. an die Menschenrechtsverstöße bei den jüngsten Olympischen Spielen in China usw. Was wäre, wenn Europa wirklich solidarisch wäre? Wir wollen ja keinen Krieg mit China! Wir möchten lediglich, dass die Chinesen ihr Verständnis der Menschenrechte und ihre Vorgehensweise ein wenig an uns anpassen. Dazu müssten sie den einheimischen Arbeitern aber etwas höhere Löhne zahlen, denn wir werden gegenüber China niemals konkurrenzfähig sein und stets verlieren. Derzeit unterhält China mit einigen Ländern Handelsbeziehungen, mit anderen aber nicht – auf diese Weise werden die Chinesen uns irgendwann erledigen. Daher müssen wir in den EU-Verträgen festhalten, dass wir im Verhältnis zu Russland in einigen Punkten solidarisch sind. Aber diese Solidarität muss auch gegenüber China gelten. Dann werden wir diese Welt verändern können! Die Sache ist heute deshalb umso ernster, weil wir inzwischen in europäischen, geschweige denn globalen Kategorien denken. Solange es Grenzen und Blöcke gegeben hat und solange Faschismus, Kommunismus und andere Ängste unter den Nachbarstaaten geherrscht haben, hat doch jeder in seinem Staat mit ganz bestimmten Dingen gerechnet und sich dementsprechend zurückgehalten. Heute hingegen gibt es keine offiziellen Feinde mehr. Daher haben wir wohl allen Grund zum Feiern, die Hölle von damals

existiert nicht mehr – wovor sollten wir also noch Angst haben? Aber zugleich bemerken wir gravierende Ungleichgewichte und nicht bezahlte Schulden nach kriegerischen Konflikten. Es liegt daher nahe, die offenen Rechnungen endlich zu begleichen. Nationalismus, Populismus und Demagogie sind dabei wohl unabweichlich. Es sei denn, dass es uns gelänge, zu einigen Themen die Grundsätze einer „Verkehrsordnung“ auszuarbeiten, die klar und unmissverständlich auf Solidarität und Gerechtigkeit abzielen. Dies sind die großen Herausforderungen und Gefahren, die ich als Praxismensch derzeit sehe.

An diesen Dingen arbeite ich hart und suche nach bestimmten Anregungen, damit wir gemeinsam die heutigen Chancen und Gefahren erkennen. Damit wir nicht vorgeben, solidarisch zu sein, aber es in Wirklichkeit gar nicht sind. Damit wir das Ganze irgendwie finanzieren und so konstruieren, dass man sich davor nicht drücken kann, damit Kontrolle und Transparenz herrschen. In frühere EU-Verträge wurden ja bereits Vereinbarungen aufgenommen, laut derer die Familie nicht kaputtgemacht werden darf. Und dennoch hat Irland vor allem deshalb gegen den Lissabonner Vertrag gestimmt, weil es befürchtete, dass gewisse Minderheiten das Recht erhalten, der Mehrheit auf die Füße zu treten. Darum müssen wir diese Vereinbarungen im Blick auf die christliche Tradition so klar formulieren, dass wir uns nicht bedroht fühlen und uns keiner öffentlich vorführt: Ein kleiner Wicht zeigt mir Dinge, die mit unserer jahrtausendealten Tradition nicht in Einklang stehen und sagt, dass er das Recht dazu hat. Darauf sage ich: „Du hast das Recht dazu, aber geh fort, weil ich nicht will, dass Du mein Recht und meine Familie schlechtredest!“ Und dennoch kommt diese Minderheit mir bewusst dort in die Quere, wo die meisten Kinder sind und zeigt öffentlich, dass auch sie existiert. Das kann nicht sein! So kann man nicht vorgehen, die bisherigen EU-Vereinbarungen wurden also schlecht formuliert. Man muss das unmissverständlich formulieren: „Du darfst Dich in Deinen Ansichten von mir unterscheiden, aber komme mir nicht dort in die Quere, wo ich Dich nicht sehen will! Ich gehe nicht in Deine Richtung, aber komme auch Du mir nicht zu nahe! Komme mir nicht dort in die Quere, wo Gotteshäuser stehen und Kinder erzogen werden, da ich das nicht wünsche! Ich befinde mich in der Mehrheit – ich gestatte Dir, eigene Ansichten zu haben, aber

komme mir damit nicht in die Quere!" Diese Dinge wurden in den bisherigen Verträgen so nicht formuliert.

Jacques Santer:

Herr Wałęsa sprach bereits von den Veränderungen der institutionellen und prozeduralen Ordnung der EU. Die Europäische Union erhält durch den Lissabonner Vertrag neue Institutionen, um den aktuellen Aufgaben gerecht zu werden. Dabei stimme ich ganz mit Herrn Wałęsa überein, dass der Reformvertrag nicht allen unseren Vorstellungen und Wünschen – auch nicht den meinen! – entspricht. Denn wenn ich oder meine Fachkollegen den Vertrag selbst geschrieben hätten, hätten wir es mit einem völlig anderen Dokument zu tun. Aber wir hatten nun einmal nicht die Möglichkeit, den Vertragstext individuell zu gestalten und mussten daher bestimmte Kompromisse eingehen, die unter zahlreichen Schwierigkeiten im Vertragswerk verankert worden sind. Aber wie Sie schon richtig sagten, zuerst müssen wir den Reformvertrag unter Dach und Fach haben, und erst dann können wir gleichsam von innen heraus bestimmte Korrekturen an ihm vornehmen.

Europa ist an seinen Krisen stets gewachsen und hat dabei immer einen Schritt nach vorne gemacht. Diese Krisen haben sich in den 50er, 60er und Anfang der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts ereignet, wobei Europa daraus stets gestärkt hervorgegangen ist. Auch jetzt müssen wir einen Schritt nach vorne gehen. Später, wenn wir die neue Verfahrensordnung bereits haben, können wir analysieren, was noch zu verbessern wäre. Aber das, was wir hier und jetzt benötigen, um die Stellung Europas in der Welt zu festigen und damit zugleich die Anhänger Europas außerhalb seiner Grenzen zu unterstützen, ist eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Wir müssen die im Lissabonner Vertrag verankerte gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nun mit konkreten Inhalten ausfüllen. Diese Politik hat derzeit Priorität, damit Europa mit einer Stimme sprechen kann. Daran mangelt es auch in Zusammenhang mit der gemeinsamen Währungszone immer noch. Sie haben ferner mit Recht an die Bankenkrise erinnert. Ich stimme völlig mit Ihnen darüber überein, dass wir in diesem Bereich neue ethisch fun-

dierte Konzeptionen benötigen. Aber leider gelingt es uns nicht einmal innerhalb der 16 Staaten der 330 Mio. Bürger umfassenden Euro-Zone, in internationalen Gremien wie IWF, Weltbank oder G20 mit einer Stimme zu sprechen. Obwohl es Europa natürlich gelang, eine gemeinsame Währungsunion zu schaffen, steht eine gemeinsame Wirtschaftsunion immer noch in weiter Ferne. In letzterem Bereich müssen wir also noch enorme Anstrengungen unternehmen, wenn wir etwas erreichen wollen. Daher brauchen wir starke Institutionen. Ich habe mich stets für starke Institutionen ausgesprochen, aber ich weiß auch, dass wir unsere Bürger durch Institutionen allein nicht zum Handeln motivieren können. Nötig sind vielmehr konkrete Inhalte, aber in erster Linie müssen institutionelle Rahmenbedingungen für eine aktive Politik geschaffen werden.

Lech Wałęsa:

Aus praktischer Sicht schaue ich zunächst, was zu tun ist und suche mir erst dann die geeigneten Organisationen oder Strukturen aus, bevor ich mich an die Arbeit mache. In der EU ist es hingegen umgekehrt – zuerst ruft man ein Gremium ins Leben und dann überlegt man sich, was man damit eigentlich machen möchte. Aber vielleicht muss das ja in diesen höheren Sphären der Macht so sein. Als ich vor 25 Jahren sagte, dass Europa in Zukunft seinen eigenen Präsidenten haben muss und dass das auch durchgeführt werden wird, hat man mich 20 Jahre lang nur ausgelacht. Schließlich sagte ich: „Und da das mein Einfall ist, werde ich auch Präsident werden. Wenn wir die Vereinigten Staaten von Europa schaffen, werde ich diese später als Präsident mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu einem föderalen Bund zusammenschließen und werde dann wieder Präsident, da dies meine Idee ist. Dann wird Asien seine Vereinigten Staaten von Asien schaffen und auch dieses Gebilde werde ich mit anderen föderieren. Und so werde ich abermals Präsident... Das alles reicht für 150 Jahre Arbeit und auch die Globalisierung werde ich in dieser Zeit durchführen. Diesen Vorschlag habe ich gemacht, als ich [nach 1989] zum ersten Mal in Deutschland war. [Als ich 2009 in Berlin an den Jubiläumsfeierlichkeiten zum Fall der Mauer teilnahm], fragte ich die Anwesenden, wer sich noch daran erinnert, dass ich es gewesen bin, der über diese Föderationspläne zum ersten Mal gesprochen hat. Ich hatte Glück, ein

Mensch konnte sich noch daran erinnern. Daraufhin sagte ich zu ihm: „Sehen Sie, 20 Jahre lang habt Ihr mich ausgelacht und was tun wir die ganze Zeit über? Wir machen doch genau das, was ich Euch damals angekündigt habe!“ Darauf entgegnete man mir in Deutschland: „Herr Wałęsa, Sie säten damals guten Weizen, aber er fiel auf schneebedeckten Boden. Es war zu früh, Sie hätten den Frühling abwarten müssen!“ Aber ich habe damals nicht gewartet. Und jetzt sage ich Ihnen ganz klar: Ich weiß, dass ich mich Ihrer Kritik aussetze. Bereits zu Beginn meines Kampfes um die EU-Verfassung und den Lissabonner Vertrag habe ich gesagt: „Liebe Welt! Wenn Du diese Idee ablehnst, werde ich mich auf den Kopf stellen, fünf europäische Staaten in die erste Reihe bitten und ihnen sagen: ‘Ihr Lieben, lasst uns eine Verfassung oder einen Reformvertrag ausarbeiten, egal wie wir das nennen!’ Und dann werden wir fragen, wer sich uns anschließen möchte. Wer nicht möchte, dem sagen wir Adios, der muss einen anderen Weg gehen. Denn das Ganze muss gelenkt werden. Und wenn Du Dir die Sache überlegst und später vielleicht eintreten möchtest – schön, dann nehmen wir Dich eben auf, aber Entscheidungsgewalt wirst Du erst mit zunehmender Probezeit bekommen. Nein, Du wirst nicht einfach eintreten und Europa sofort kaputtmachen! Erst kommt eine Probezeit – nach zwei Jahren darfst Du dies und nach drei Jahren jenes!“. Auf diese Weise beherrschen wir Europa durch Weisheit und Organisation. Denn die europäische Einigung darf uns keine Rechte wegnehmen, sie soll uns helfen. Sie soll uns absichern und nicht tyrannisieren oder quälen. Daher warne ich all diejenigen, die gegen dieses Europa sind. Denn ich bin für Siege zuständig und werde ihnen ein solches Bündnis schmieden! Dabei gehe ich mit einem Programm auf ein weise regiertes, vereintes Europa zu, das sicher und wohlhabend sein soll – egal, ob jemand dieses Vorhaben zunichte machen will. Bei einigen Staaten habe ich übrigens den Verdacht, dass sie uns mit ihren hausgemachten Problemen bewusst überhäufen, damit wir uns ständig streiten und gegenseitig durcheinander bringen – denn sie sind gegen die europäische Einheit!

Jacques Santer:

Sicherlich haben Sie Recht, wenn Sie von einem Kerneuropa sprechen. Dieses Modell hat seine Befürworter, aber eben aus Gründen der Solidarität haben wir

bislang versucht, auch andere Länder darin einzubinden und niemanden davon auszuschließen. Aber jetzt sind wir an einem Wendepunkt angelangt, an dem es zu fragen gilt, wie Sie das klar sagten: „Wer möchte weiter gehen und den Reformvertrag annehmen – und wer nicht?“ Dann müssen wir weiter sehen! Ich hoffe sehr, dass der Vertrag nach dem Referendum in Irland in Kraft treten kann. Auch die Deutschen haben inzwischen einen Ausweg gefunden. Ich denke, dass auch unsere Freunde in der Tschechischen Republik und hier in Polen den Vertrag unterschreiben – und dann wird er in Kraft treten. Aber mit diesem Vertrag ist die Sache noch längst nicht zu Ende. Denn die eigentliche Arbeit beginnt erst und dann wird man die Weichen neu stellen können.

Mein Traum ist es, dass Europa in einer globalisierten, multipolaren Welt eine starke Stellung einnimmt, um den Erwartungen der Bürger gerecht zu werden. Genau darum geht es! Viele Bürger möchten mehr Europa, was die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Einwanderungspolitik angeht. Dem muss Rechnung getragen werden.

Auch in Zukunft wird es zahlreiche Erwartungen an die Adresse Europas geben. Herr Wałęsa, Sie kommen viel in der Welt herum – ich reise auch ein bisschen, aber wohl nicht so viel wie Sie. Dort, im fernen Ausland bekomme ich zu spüren, dass man Europa stets als Ganzes betrachtet und vielfältige Erwartungen an diesen Kontinent hegt, die wir wohl nicht ganz erfüllen können.

Lech Wałęsa:

Natürlich ist das so! Europa ist in allen Kriegen und übrigens auch in Revolutionen eine führende Macht gewesen. Aber Europa hat unglaubliche Dinge vollbracht! Denn was wäre, wenn ich heute meinen Vater aus dem Grabe holen und ihm sagen würde: „Papa, weißt Du, wie Europa heute aussieht? Es gibt fast keine Grenzen mehr. Weißt Du, dass zwischen Deutschland und Polen keine Soldaten mehr stationiert sind?“ Meinem Vater würde wohl vor Verblüffung das Herz still stehen! Dieses Europa ist jedoch im Moment nur eine Chance. Die bestehenden Ungleichheiten sind derart groß, das Durcheinander in den Rechts-

systemen so stark und die technischen Lösungsansätze so unterschiedlich, dass man heute rasch damit beginnen sollte, die nationalen Standards aneinander anzugleichen und das Recht neu zu ordnen. Es geht nicht darum, anderen etwas wegzunehmen, sondern eine weise Ordnung der Dinge zu schaffen. Wir wollen doch alle frei sein. Aber man muss auch darüber diskutieren, in welchen Bereichen wir ein Stück von unserer Freiheit abgeben. Es stellt sich etwa die Frage, ob wir nicht von den Vorschriften der Straßenverkehrsordnung verklavt werden. Man befiehlt mir, linksspurig zu fahren oder man lässt mich nicht mit 200 Stundenkilometer auf der Autobahn dahinbrausen. Auch das ist eine Einschränkung der Freiheit. Aber in einigen anderen Fragen müssen wir die Freiheit tatsächlich begrenzen. Denn wenn keine weltweiten Kontrollmechanismen im ökologischen Bereich eingeführt werden, wird uns Weißrussland oder Nordkorea irgendwann in die Luft jagen! Wir müssen uns alle einer globalen Kontrolle unterziehen. Darum würde ich als Praktiker das wiederum anders festlegen. Denn ich würde zunächst weise Menschen und Völker fragen, was wir für unser Glück, Wachstum und unsere Sicherheit gemeinsam brauchen: Welche fünf Punkte müssen global geregelt werden? Wenn wir diese fünf Punkte – nur fünf globale Gebote! – anerkennen und in unsere nationale Verfassungen aufnehmen würden, könnten wir bereits eine Stufe niedriger gehen: Welche zehn Punkte muss unser europäischer Kontinent akzeptieren, da alle Europäer ihnen zustimmen? Und Asien hätte auch zehn gemeinsame Gebote, die von den europäischen Punkten ein bisschen abweichen – aber in fünf globalen Punkten würde es mit den anderen Kontinenten übereinstimmen. Gehen wir noch einen Schritt zurück auf die Ebene des Nationalstaates: Jeder Staat würde nun seine eigenen Gebote hinzufügen, aber die zehn europäischen und fünf globalen Punkte hätte er mit allen anderen Staaten gemein. Insgesamt wäre das ein Fahrplan für das weitere Vorgehen. Das wären unsere Bestimmungen für eine gemeinsame Verkehrsordnung.

Derzeit herrscht jedoch ein großes Durcheinander. Jeder hat andere Vorschriften. Aber das ist normal, da bislang der Staat am wichtigsten war – und heute ist Europa am wichtigsten. Und das ist keine Frage der guten Laune, ob wir beitreten möchten oder nicht. Wir haben einfach keine andere Wahl! Die neuen

Technologien haben uns auf derartige Höhen geführt, dass es in unseren eigenen Ländern zu eng geworden ist. Die Frage ist, in welchen Bereichen es zu eng geworden ist. In der Ökologie ganz bestimmt. Auch im Flugverkehr ist für uns alle kein Platz mehr.

Weißrussland hat die polnische Regierung bereits einmal nicht durch sein Territorium gelassen, so dass wir außen herumfahren mussten. Aber was wird sein, wenn sich alle in Europa nicht mehr gegenseitig hindurchlassen? Sogar Flugzeuge sollen wir nicht mehr haben? Das ist doch unmöglich! Ein Flugzeug verkehrt nicht nur auf dem Gebiet eines einzigen Staates. Wir müssten also auf Flugzeuge generell verzichten, das kann nicht angehen! Unser Wachstum und unsere Sicherheit erfordern es, von der rein nationalstaatlichen Ebene auf kontinentales und globales Denken umzuschalten. Aber in welchen Bereichen? Denn wir haben die Leute bislang nicht danach gefragt, was ihrer Meinung nach europäisch geregelt werden müsste und was nicht. Statt dessen haben wir uns den europäischen Vorschriften ungefragt zu beugen. Und hier liegt wohl der entscheidende Fehler. Wir haben zu sehr von oben begonnen und die Nationen von oben beglückt, daher spüren sie nicht, dass das Ganze zu ihrem eigenen Wohl geschieht. Die Menschen in Europa spüren nicht, dass an Europa gebaut wird. Diesen Eindruck muss man schleunigst korrigieren!

Jacques Santer:

Herr Wałęsa, lassen Sie mich zum Schluss aus einem Artikel zitieren, den ich einer guten polnischen Tageszeitung entnahm: „Optimismus ohne Krisenangst in Warschau. Ich habe meinen Augen nicht getraut, als ich die Ergebnisse der neuesten Untersuchung las – gesteht der Psychologe Janusz Czapliński“. Derart glückliche Polen hat es wohl noch nie gegeben, und das trotz der Wirtschaftskrise! Eben dies wünsche ich den Polen, aber auch allen anderen Europäern. Ich danke Ihnen für das Gespräch, Herr Wałęsa!

„Polen ist durch den Haupteingang in die EU eingetreten“

Überlegungen zur Rolle Polens in der EU

Günter Verheugen

Für mich ist es eine besondere Freude, zum Ende meiner zehnjährigen Amtszeit als EU-Kommissar hier in Polen darüber zu sprechen, was nun eigentlich aus unserem großen gemeinsamen Projekt geworden ist, wo wir fünf Jahre nach dem historischen Ereignis von 2004, dem Beitritt Polens zur Europäischen Union, stehen. Des Weiteren bin ich froh, Teil dieser Veranstaltung zu sein, weil ich hier in Krakau nicht in den Reihen meiner eigenen politischen Familie auftrete. Dies ist mir deshalb wichtig, weil das, worüber ich sprechen möchte, niemals in den engen Grenzen von Parteipolitik gesehen werden darf. Die großen strategischen, historischen und moralischen Fragen der europäischen Integration sollten immer mit einer gewissen Unabhängigkeit von unserer jeweiligen parteipolitischen Verortung geführt werden. Dies ist jedenfalls das Prinzip, das mich während meiner Amtszeit als Kommissar für die EU-Erweiterung geleitet hat.

Es begann in Polen

Der Weg Polens in die Europäische Union ist inzwischen so häufig beschrieben worden, dass ich ihn nicht in Gänze wiederholen muss. Nur einige Stichworte möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen: Die demokratische Revolution in Mittel- und Osteuropa, die es möglich gemacht hat, dass wir heute hier zu-

sammensitzen und über Europa diskutieren, begann in Polen. Das dürfen wir nie vergessen! Polen war das Land, unter den Ländern, die nach dem Zweiten Weltkrieg das Unglück hatten, unter sowjetische Vorherrschaft zu geraten, welches 1989 die erste demokratisch gewählte Regierung besaß. Der Fall der Mauer in Berlin war nicht der Beginn der großen revolutionären Veränderungen, sondern bereits ein Ergebnis der Veränderungen und der großen Leistung, die hier in Polen erbracht worden ist. Ich betone dies deshalb, weil nicht allen, die sich heute mit europäischer Politik beschäftigen, ausreichend bewusst ist, wo eigentlich die Wurzel dessen liegt, was uns zu dem gemacht hat, was wir heute sind. Es ist auch wichtig festzuhalten, dass unmittelbar nach dem Erfolg der demokratischen Revolution in Polen das Land seine traditionelle Westorientierung sofort wieder aufgenommen hat. Es gab überhaupt keine große Kontroverse darüber, wo Polen seine Zukunft sehen wollte. Diese war fest verankert in der Familie der demokratischen Nationen Europas und der westlichen Welt. Polen hat daher seinen Blick sofort nach Westen gewandt, und ich bin froh darüber, dass es dabei von Anfang an große Unterstützung gegeben hat, nicht nur auf der anderen Seite des Atlantiks, sondern auch im „alten“ Europa. Besonders bemerkenswert hierbei, und darum möchte ich es der Vergessenheit entreißen, ist, dass die erste europäische Regierung, die sich bereits 1990 für den Beitritt der neuen Demokratien in Ost- und Mitteleuropa und besonders für den Beitritt Polens zur Europäischen Union ausgesprochen hatte, die erste und einzige frei gewählte demokratische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik war. Diese regierte nur eine kurze Zeit, aber Polens Beitritt zur EU war Teil ihres Regierungsprogramms. Diesen Punkt hat sie übertragen können auf die Politik der Bundesrepublik Deutschland. Aus diesem Grund ist die Frage der Integration Polens in die EU auch ganz eng und untrennbar verbunden mit der deutsch-polnischen Aussöhnung und einer tief greifenden Veränderung im deutsch-polnischen Verhältnis, die ihren letzten und wichtigsten Ausdruck darin gefunden hat, dass die Probleme der Vergangenheit nun in der gemeinsamen Zukunft in der EU aufgehoben wurden, einschließlich der Grenzproblematik, der Frage von Gebietsansprüchen. Als ich vor ein paar Monaten in Masuren war, hat es mich dann doch ein bisschen überrascht, wie viele Menschen dort immer noch in der Angst leben, es könnte einen neuen deutschen Revanchismus

geben, der den Menschen, die dort hingekommen sind, ihre Heimat nimmt. Ich glaube auch hier ausdrücken zu dürfen: Diese Angst ist unbegründet, auch wenn es gelegentlich Taktlosigkeiten und Ungeschicklichkeiten sowie politische Verbohrtheit in Deutschland gibt. Ich bin mir sicher, dass solche Entgleisungen nichts sind, was die Politik dieses Landes in irgendeiner Weise beeinflusst. Wir können es als gesichert ansehen, dass zwischen Deutschen und Polen keine Konflikte solcher Art mehr entstehen werden.

Hoffnungen und Ängste

Was nun den EU-Beitritt anging, da gab es damals natürlich sehr unterschiedliche Auffassungen. Es gab eine bürokratisch-technokratische Auffassung, die besonders stark in der Europäischen Kommission verwurzelt war. Dieser Auffassung nach war ein schneller Beitritt schier unmöglich. Wirtschaftlich seien die Bewerberländer und die „alten“ Mitgliedsländer viel zu weit voneinander entfernt, da müsse erst Konvergenz hergestellt werden. In den frühen 1990er Jahren war die vorherrschende Auffassung in Brüssel, dass man über einen Beitritt vielleicht in 20 oder 25 Jahren reden könne. Doch es gab auch die anderen Staatsmänner, Männer und Frauen mit Weitblick und mit Mut, es gab sie hier in Polen ebenso wie in den anderen Mitgliedsländern, die gesagt haben: Nein, wir stehen jetzt vor der Aufgabe, ein Problem zu lösen und eine Chance zu nutzen, die die geschichtliche Entwicklung geschaffen hat. Meine eigene Meinung war: Die Geschichte wartet nicht darauf, wann wir fertig sind, irgendetwas zu tun, oder wann es uns gerade passt. Die Geschichte erlegt uns diese Aufgabe auf, und uns war die Aufgabe auferlegt, die politischen Konsequenzen aus dem zu ziehen, was die Völker in Mittel- und Osteuropa gewollt und erkämpft hatten. Der ganze Prozess war mit Ängsten und Sorgen und Befürchtungen auf beiden Seiten verbunden, aber auch mit großen Hoffnungen. In Polen herrschte die Angst vor, es könne die polnische Industrie, das polnische Gewerbe vollkommen überrannt werden von westlichen Unternehmen. Die ländliche Bevölkerung Polens befürchtete zugleich, sie würde sich in der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik nicht wiederfinden können, sondern würde übernommen werden von westeuropäischen Agrarkonzernen. Und auch

im polnischen Episkopat hatte man Angst, die europäische Integration würde die von der Katholischen Kirche Polens vertretenen Werte in Gefahr bringen. Über diesen Punkt führte ich ein sehr intensives Gespräch mit Kardinal Glemp, dem Primas von Polen, und ich habe diese Sorgen auch sehr ernst genommen. Meine Antwort darauf war immer: Es wird Sache der Polen selber sein, dafür zu sorgen, dass ihre Werte nicht in Gefahr geraten. Wenn sie stark für ihre eigenen Werte eintreten, dann wird ihnen das auch gelingen.

Die Ängste auf der anderen Seite sahen wie folgt aus: Millionen von Polen werden kommen und uns unsere Arbeitsplätze wegnehmen, Billigarbeit bei uns anbieten, die offenen Grenzen werden zu einem Überschwappen von Kriminalität führen. Nichts davon war realistisch, dennoch war es notwendig, diese Befürchtungen politisch ernst zu nehmen. Gerade aus diesem Grund war die intensive Vorbereitung auf den EU-Beitritt das Entscheidende. Fünf Jahre danach lege ich Wert auf die Feststellung: Polen ist im Jahre 2004 Mitglied der Europäischen Union geworden, weil es ohne jede Einschränkung die Kriterien, Bedingungen und Voraussetzungen dazu erfüllt hat. Polen ist durch den Haupteingang in die EU eingetreten und nicht von irgendwem durch die Hintertür reingeschmuggelt worden. Polen hat es geschafft, aus eigener Kraft und aufgrund eigener Leistung. Ich könnte viele nennen, die daran mitgewirkt haben, ich möchte einen davon hier hervorheben, der mir ein guter Freund geworden ist, Jerzy Buzek, der heutige Präsident des Europäischen Parlaments. Ich finde es großartig, dass er diesen Weg nehmen konnte. Jerzy Buzek war es, der als polnischer Ministerpräsident erkannt hatte, dass Polen seinen Beitritt in die EU nicht ausschließlich auf politische Zusagen und politische Interessen stützen kann. Es gab das Versprechen, Polen würde bereits im Jahr 2000 beitreten können. Der Beitritt des Landes wäre niemals gelungen, wenn Polen nicht die Vorbereitungen ernst genommen hätte. Das Referendum hat deshalb einen so überzeugenden Ausgang genommen, weil die ältere Generation in Polen davon überzeugt war, das Richtige für die jüngere zu tun. Nur, dass die Älteren überhaupt nicht damit gerechnet hatten, dass sie selber noch so viele von den Vorteilen der EU erleben würden. Ich habe ältere Menschen erlebt, die mir gesagt haben: Ich mache das für meine Enkelkinder. Heute sage ich Ihnen, das war die richtige Entscheidung für die Älteren wie für ihre Enkel.

Der polnische Beitrag in der EU

Fünf Jahre nach dem Beitritt ist Polen von den neuen Mitgliedsländern in jeder Hinsicht das stärkste und bedeutendste und wurde damit den hohen Erwartungen, die sich auf Polen richteten, gerecht. Polen fällt automatisch, ob es das will oder nicht, in der EU eine Führungsrolle zu. Wir müssen ein bisschen Geduld haben. Es dauert seine Zeit, bis ein großes Land seinen Platz in diesem schwierigen politischen Geflecht findet, aber ich bin diesbezüglich ganz optimistisch. Ich sehe, dass Polen seinen Weg geht und seine Rolle als ein großes Mitgliedsland in der EU zunehmend versteht und auch zunehmend ausfüllt. Es ist nicht richtig, wenn gelegentlich behauptet wird, die Polen seien in den ersten fünf Jahren ihrer Mitgliedschaft „Troublemaker“ gewesen, Verursacher von Ärger. Ich kann nicht erkennen, dass es irgendein großes oder wichtiges europäisches Projekt gegeben hätte, das am polnischen Widerstand gescheitert wäre. Ich kann aber eine ganze Menge wichtiger Projekte nennen, die durch polnische Mitwirkung möglich geworden sind und auch verträglich und besser geworden sind. Ich habe, wie viele andere, von Polen erwartet, dass es die Erfahrungen seiner Vergangenheit in die Politik der EU einbringt. Ebendies macht Polen auch. Ich denke, dass überall, wo wir über europäische Verantwortung in der Welt sprechen, wo wir über unsere Rolle in der Welt sprechen, der polnische Beitrag besonders wichtig ist, weil er immer geprägt sein wird von der eigenen leidvollen Geschichte und der leidvollen Erfahrung eines Landes, das über Jahrhunderte hinweg Opfer von Betrug, Verrat und schließlich auch von Verbrechen unvorstellbaren Ausmaßes geworden war. Neben diesen negativen historischen Erfahrungen, die Polen in die EU einbringt, sollten wir uns aber auch ein Beispiel an seiner Reform- und Anpassungsbereitschaft nehmen. Zu nennen sind hier Wirtschaftsreformen, Sozialreformen, politische Reformen. Die Polen sind in den letzten 20 Jahren durch so viel Transformation gegangen, haben so viel auf sich genommen, haben so viele gute Entscheidungen getroffen, dass sie mit Recht sagen können: Was ist das für eine Aufregung in den alten Mitgliedsländern, wenn sie sich nun in einer wirtschaftlichen Krise etwas anpassen müssen. Ich halte das für einen sehr wichtigen Gesichtspunkt, dass mit unseren neuen Mitgliedsländern und ganz besonders mit Polen, eine größere Offenheit zur

Notwendigkeit von Veränderungen in unsere Politik gekommen ist.

Es ist von Polen auch erwartet worden, dass es außenpolitisch den Blick der EU auf zwei unserer wichtigsten Partner beeinflussen würde: Nämlich den Blick auf die USA und den Blick auf Russland. Beides ist eingetreten. Der polnische Beitrag hat mit dazu geführt, dass der in einigen Teilen der europäischen Institutionen vorherrschende, manchmal reflexhafte Antiamerikanismus einer nüchternen und realistischeren Betrachtung weicht: nämlich der Sichtweise, dass bei allen Meinungsverschiedenheiten, die es im Einzelnen geben mag, die entscheidende strategische Allianz für das 21. Jahrhundert die europäisch-amerikanische sein muss. In Bezug auf Russland, wissen die Polen besser als andere, dass man sich seine Nachbarn nicht aussuchen kann und dass es deshalb wichtig ist, mit Nachbarn ein Verhältnis zu entwickeln, das auf gegenseitigem Respekt und Anerkennung der gegenseitigen Interessen gegründet ist. Es bedarf eines Verhältnisses, das nicht von allzu idealistischen Überzeugungen oder Auffassungen getrübt ist, sondern das die Dinge realistisch betrachtet. Meines Erachtens hat gerade in den Krisen der jüngsten Zeit die polnische Diplomatie und der polnische Einfluss uns sehr geholfen, ein Verhältnis zu Russland zu entwickeln, das in der Tat bestimmt ist von dem Wunsch einer strategischen Partnerschaft, das aber auch ganz klar davon bestimmt ist, unsere Interessen und unsere Wertvorstellungen gegenüber dem russischen Nachbarn nicht unter den Tisch fallen zu lassen. Womit ich ein bisschen unzufrieden bin – aber das ist kein Vorwurf an die polnische Politik, sondern an andere – ist, dass die Achse Paris-Berlin-Warschau nicht so stark geworden ist, wie manche es erhofft hatten und wie man das wünschen sollte. Es hat wichtige Versuche gegeben, dieses so genannte Weimarer Dreieck zu beleben. Aber wir alle wissen, dass es zu häufig vorgekommen ist, insbesondere im Verhältnis der Deutschen und im Verhältnis der Franzosen und manchmal im Verhältnis der Deutschen und Franzosen gemeinsam zu Russland, dass Absprachen getroffen wurden oder Initiativen geschaffen wurden, ohne dass Polen einbezogen wurde. Dies bezeichne ich als mehr als eine politische Dummheit. Es ist ein ganz schwerer politischer Fehler. Niemals darf man in Europa etwas unternehmen, was in Polen das Gefühl erweckt, wieder einmal das Opfer der Verständigung der westlichen und der

östlichen Nachbarn zu sein. Wie tief dieses historische Trauma sitzt, muss ein westlicher Politiker wissen, das muss man verlangen können, dass er das weiß, und entsprechend muss auch sein Verhalten sein.

Die wirtschaftlichen Erwartungen haben sich erfüllt

Über die rein materiellen Erwartungen, die 2004 an den Beitritt geknüpft waren, brauche ich nicht viel zu sagen. Die versprochene Win-Win-Situation ist eingetreten. Beide Seiten haben sehr schnell wirtschaftlich von diesem Beitritt profitiert. Es gab ein schnelles Wachstum und eine schnelle wirtschaftliche Entwicklung in Polen, aber auch die große Nachfrage in Polen als Wachstumstreiber insbesondere für Deutschland. Die Deutschen sollten das nicht vergessen. Ich könnte vorrechnen, wie viel zusätzliches Bruttosozialprodukt in Deutschland durch den Beitritt Polens zur EU entstanden ist. Kurzum, die wirtschaftlichen Erwartungen haben sich vollständig erfüllt und ich finde es äußerst interessant, dass wir in dieser Krise sehen, dass Polen sich deutlich besser behauptet als andere. Dies kann als Indikator dafür gelten, dass Polen die zurückliegenden fünf Jahre und auch die aus Europa fließenden Mittel in einer klugen Weise genutzt hat. Zusammenfassend komme ich zu dem Urteil, dass Polen seinen Platz in der Europäischen Union gefunden hat. Schlussendlich sehe ich, dass die Transformation in diesem Land unwiderruflich ist und der Staat Polen zum ersten Mal in seiner Geschichte seit einigen hundert Jahren ohne Angst leben kann, ohne die Furcht, von außen in seiner Entwicklung gehindert zu werden. Zum ersten Mal seit einigen hundert Jahren wird dem polnischen Volk mit seinen großen Fähigkeiten, seinen großen Talenten und mit seinem großen Intellekt die Chance gegeben, der übrigen Welt und Europa zu zeigen, was es kann und zu leisten vermag.

II. Christliche Herausforderungen angesichts der Krisen

Herausforderungen in Politik, Wirtschafts- und Sozialordnung, Kultur und Kommunikation

1. Politische Herausforderungen in Europa

Politik möglich machen

Schwerpunkte

der kirchlichen Arbeit in der EU

Prälat Bernhard Felmberg

Zwei Sätze vorweg zu meinem europäischen Erlebnis an diesem Tage. Heute Morgen bin ich in Südfrankreich, in Nizza, gestartet. Ich hatte einige Tage Urlaub, war gestern im Kloster Rosaire der Dominikanerinnen in Vence an der Riviera und freue mich, jetzt bei Ihnen in Krakau sein zu dürfen. Dass dies fast alles an einem Tag möglich ist, das ist auch ein Zeichen europäischer Vereinigung und auch ein Zeichen der christlichen Prägung dieses europäischen Vorhabens, das jetzt doch schon so weit fortgeschritten ist und uns alle immer wieder beschäftigt. Im Folgenden werde ich mich mit den aktuellen politischen Herausforderungen in Europa beschäftigen.

Selbstverständlich sehen sich die Kirchen für die politische Ausgestaltung des europäischen Integrationsprozesses in einer gesellschaftlichen Mitverantwortung. Dass ich häufig von Kirchen spreche, ist Ausdruck dessen, dass wir in Deutschland eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen evangelischer und katholischer Kirche haben. Ich weiß, dass auch in Polen diesbezüglich gute Beziehungen herrschen. Grundlage und Legitimation für eine konstruktiv-kritische Begleitung der Politik ist der Öffentlichkeitsauftrag der Kirchen, sei es auf nationaler oder europäischer Ebene. So ergibt sich die Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung aus evangelischer Sicht zunächst aus dem Verkündigungsauftrag. Die Verkündigung des Evangeliums ist nicht auf den Gottesdienst beschränkt, sondern soll auch im öffentlichen Raum für alle klar vernehmbar und deutlich erfolgen. Die Aufgabe der Kirche ist es dabei nicht, Politik zu machen, sondern Politik möglich zu machen. Gesellschaft und Staat sind darauf angewiesen, dass am Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppen auch die beteiligt sind, die kein Eigeninteresse verfolgen. Zur Aufgabe der Kirche gehört es dabei, Staat und Gesellschaft immer wieder auf das Gemeinwohl zu verpflichten. In diesem Sinne sind die Kirchen auch auf europäischer Ebene aufgerufen, sich um Gottes Willen politisch einzumischen. Mit welchen Herausforderungen haben wir es dabei aktuell zu tun? Ich will versuchen, die vielfältigen und komplexen politischen Herausforderungen, vor denen sich die EU am Beginn der neuen Legislaturperiode befindet, auf vier Bereiche zu konzentrieren, die meines Erachtens des besonderen Augenmerks der Kirchen bedürfen: 1. Nachhaltige Antworten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise; 2. Die Bekämpfung des Klimawandels; 3. Der Schutz von Flüchtlingen und Migranten; 4. Die Umsetzung des Vertrags von Lissabon, insbesondere die Ausgestaltung des Dialogs zwischen Kirchen und EU-Institutionen.

Nachhaltige Antworten auf die Finanz- und Wirtschaftskrise.

Am 1. Juli 2009 hat Schweden unter dem Motto „Wir stellen und den Herausforderungen“ die Ratspräsidentschaft in der EU übernommen. Oberste Priorität im nächsten halben Jahr räumt die Präsidentschaft der Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise ein. Dabei ist es weiterhin von großer Bedeu-

tung, wieder funktionierende Finanzmärkte herzustellen und neues Vertrauen zu schaffen, durch eine bessere Finanzmarktaufsicht und die rasche Rückkehr zu den Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Außerdem will die Präsidentschaft aktiv gegen Massenarbeitslosigkeit vorgehen und zu den Vorbereitungen der Reform der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung beitragen, die 2010 auf dem Frühjahrsgipfel angenommen werden soll. Die Europäische Kommission setzt weiterhin auf die Lissabon-Strategie aus dem Jahr 2000 als übergreifenden Rahmen für die Wirtschafts-, Arbeits- und Sozial- wie später auch Umweltpolitik der EU. Ursprünglich war die Strategie darauf angelegt, die Europäische Union bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten, wissensbasiertesten, dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Bislang war sie jedoch recht einseitig an Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet, ohne den Menschen als Ganzes in den Blick zu nehmen, etwa im Bereich Beruf und Bildung, oder Politiken zur Förderung des sozialen Zusammenhalts aufzulegen. Wir Kirchen sind in diesen Zeiten der Unsicherheit, der Rezession und der Angst vor Arbeitsplatzverlust und sozialem Abstieg besonders gefordert, uns politisch einzumischen und Wege der Umkehr aufzuzeigen. Wie der Ratsvorsitzende der evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Wolfgang Huber, in seiner Rede „Freiheit braucht Verantwortung – Verantwortung braucht Vertrauen. Wege aus der Krise“ zum Johannisempfang in der Französischen Friedrichstadtkirche zu Berlin ausgeführt hat, bietet die Kirche nicht die besseren politischen und ökonomischen Konzepte an, aber: „Die Motive, die den Glauben bestimmen, können uns Wege zu einer verantwortbaren Gestaltung der Zukunft weisen. Die Motive der Schöpfung, der Umkehr, der Liebe und der Hoffnung wecken in uns Zuversicht statt Resignation. Sie verpflichten uns auf nachhaltiges Wirtschaften statt auf kurzfristigen Profit. Sie halten dazu an, dass wir Gemeinwohl und Eigennutz in eine neue Balance bringen.“ Ähnliche Sätze finden sich auch in der fast gleichzeitig veröffentlichten Sozialenzyklika Papst Benedikt XVI. „Caritas in veritate“.

Was wir also brauchen, ist eine ethische Neuorientierung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Wir brauchen nicht nur neue Regeln für die Finanzmärkte, sondern auch neue Regeln für das persönliche Verhalten jedes Einzelnen, eben-

so in der Wirtschaft als auch in der Gesellschaft. Uns ist es wichtig, dass die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wieder ernst genommen und im Sinne nachhaltigen Wirtschaftens weiterentwickelt werden. Dabei kommt es nicht darauf an, ob der Staat reguliert, sondern wie er so klug reguliert, dass er seine soziale Schutzfunktion mit der Dynamik von Marktprozessen möglichst optimal verbindet. Die Kultur unersättlicher Profitgier muss von einer Kultur der Demut und des Miteinanders abgelöst werden. Daneben muss der Grundsatz der Solidarität zwischen Arm und Reich, Ost und West, Nord und Süd zum Leitmotiv werden. Die Europäische Kommission hat 2010 als Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen. Das ist das richtige Signal, sind es doch gerade die Armen, die von der Wirtschaftskrise am härtesten getroffen werden und zwar im nationalen wie im globalen Kontext. Der Mensch selbst darf als Adressat der Politik nicht aus dem Fokus geraten. Die evangelische Sozialethik bemüht sich daher um eine Gesellschaftsordnung, die die Würde des Einzelnen respektiert, durch eine gestaltete Wettbewerbsordnung für eine effiziente Wirtschaft sorgt und gleichzeitig durch eine stabile Sozialordnung gesellschaftlichen Frieden gewährleistet. Indem die Kirche dem Öffentlichkeitsauftrag des Evangeliums folgt und in angemessener Form ihre Verkündigung auch in den kirchenfernen und kirchenfremden Strukturen gesellschaftlichen und politischen Lebens zur Geltung bringt, wirkt sie auf Bürger und Entscheidungsträger ein. Die Verkündigung ist nach evangelischem Verständnis nämlich der Punkt, an dem Menschen zur ethischen Neuorientierung befähigt werden.

Das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2009 enthält insofern einen bemerkens- und begrüßenswerten Kurswechsel, als dass die europäische Wirtschaft sich auf die zentralen europäischen Werte von Solidarität und Nachhaltigkeit gründen soll. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, der gestärkt und weiter konkretisiert werden muss. Darüber hinaus gilt es auch, darauf hinzuwirken, dass Bildung und Ausbildung nicht ausschließlich in den Dienst der Wirtschaft gestellt werden. Aus protestantischer Sicht ist Bildungswissen mehr als bloßes Verfügungswissen. Es umfasst zugleich die Frage nach den Zielen von Wissen und Lernen, ist also Orientierungswissen. Eine einseitige Ausrichtung an ökonomischen und funktionalen Interessen

vernachlässigt die tatsächlichen menschlichen Bedürfnisse. Gleiches gilt für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Hier zählt nicht allein die Quantität, sondern auch die Qualität. Was wir anstreben müssen, ist gute Arbeit, sind gute Jobs, die den Lebensunterhalt der Beschäftigten sichern. Auch die Ausweitung des EU-Krisenfonds, um strauchelnden EU-Wirtschaften unter die Arme zu greifen, ist als innereuropäische Solidaritätserklärung zu begrüßen. Denn schon werden Stimmen laut, die insbesondere die Osterweiterung 2004 als wirtschaftspolitischen Fehler brandmarken. Hier dürfen wir uns in Europa nicht entsolidarisieren lassen. Für uns als Kirche ist und bleibt die Osterweiterung prägnanter Ausdruck der politischen Entschlossenheit, die Teilung des Eisernen Vorhangs endgültig zu überwinden. Auch die Finanz- und Wirtschaftskrise wird Europa, das zu seinem Glück vereint ist, nicht auseinanderdividieren.

Die Bekämpfung des Klimawandels

Die Bekämpfung des Klimawandels stellt uns gleichsam vor enorme politische Herausforderungen. Es muss sichergestellt werden, dass die EU nicht aufgrund der Wirtschaftskrise von ihren Klimaschutzzielen abrückt. Stattdessen müssen wir alle dazu beitragen, den Gedanken zu verfestigen, dass effizienter und nachhaltiger Klimaschutz neue Wirtschaftszweige erschließt und somit Arbeit schafft. Dementsprechend begrüße ich es sehr, dass das Konjunkturprogramm der EU-Kommission zur Belebung der europäischen Wirtschaft insbesondere auf eine stärkere ökologische Ausrichtung der EU-Investitionen setzt. Im Dezember soll in Kopenhagen ein Nachfolgeprotokoll zum Kyoto-Protokoll, das 2012 ausläuft, beschlossen werden. Die EU hat dazu mit ihrem Klimapakete Voraussetzungen geschaffen, die jetzt auch noch verbessert werden müssen. Zu oft wird vergessen, dass nachhaltiges Arbeiten für das weltweite Allgemeinwohl und die Bewahrung von Gottes Schöpfung keine Alternativen sind. Gemeint ist ein und dasselbe. Deshalb müssen wir Kirchen mit gutem Beispiel vorangehen und uns in unserem Umfeld für Umweltschutz und einen Bewusstseinswandel stark machen, damit auch nachkommenden Generationen die Schöpfung Gottes erhalten bleibt.

Der Schutz von Flüchtlingen und Migranten

Neben der Suche nach Antworten auf die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise und auf die Herausforderungen des Klimawandels ist die Gestaltung der europäischen Einwanderungs- und Asylpolitik ein Prüfstein für den Schutz der Menschenrechte in der EU. Leider sind wir immer noch weit von einer menschenwürdigen Asyl- und Einwanderungspolitik entfernt, die der EU zur Ehre gereichen würde, wie uns jüngste Berichte über unzumutbare Haftbedingungen für unbegleitete Minderjährige auf der griechischen Insel Lesbos oder die stetigen Meldungen über Todesfälle im Mittelmeer nachdrücklich vor Augen halten. Für mich ist die Ausgestaltung der europäischen Asyl- und Einwanderungspolitik im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention ein weiteres Thema, das es wert ist, von Kirche und Politik gemeinsam stark gemacht zu werden. In diesem Zusammenhang sehe ich der schwedischen Ratspräsidentschaft mit Erwartungen der Hoffnung entgegen, hat sie doch angekündigt, der Neuansiedlung von Flüchtlingen besonderes Augenmerk zu schenken und weitere Staaten der EU für dieses Konzept des internationalen Flüchtlingsschutzes zu gewinnen. Bislang verfügen nur zehn Mitgliedstaaten über ein etabliertes Neuansiedlungsprogramm mit einer jährlichen Aufnahmequote. Als Ergänzung zu den bestehenden Asylsystemen ist die Neuansiedlung ein zusätzliches Instrument des internationalen Flüchtlingsschutzes, das besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen, die weder in ihre Heimat zurückkehren noch in ihrem Aufnahmeland integriert werden können, eine dauerhafte Perspektive aufzeigen kann. Auch in Deutschland setzt sich die evangelische Kirche dafür ein, dass die unlängst beschlossene Aufnahme von 2.500 irakischen Flüchtlingen kein einmaliges Zeichen der Solidarität bleibt. Wir werben dafür, dass die Bundesrepublik, zum Beispiel im Rahmen eines europäischen Neuansiedlungsprogramms, regelmäßig Flüchtlingen dauerhaft einen Neuanfang ermöglicht, so wie es bei unseren skandinavischen Nachbarn seit Jahrzehnten Gang und Gäbe ist. Deshalb begrüße ich, dass sich die schwedische Ratspräsidentschaft mehr Solidarität mit Erstaufnahmeländern zum Ziel gesetzt hat und klar betont, dass das Streben nach einer gerechteren Verantwortungsteilung im Umgang mit Migranten und Asylsuchenden innerhalb der EU nicht auf Kosten des Engagements für Flüchtlinge außerhalb der EU gehen

darf. Es wird nun darauf ankommen, die politisch Verantwortlichen von der Einrichtung eines Neuansiedlungsprogramms zu überzeugen, das Programm der Öffentlichkeit weiter bekannt zu machen und sie für eine Unterstützung der besonders schutzbedürftigen Flüchtlinge zu gewinnen. Schon heute spielen die Kirchen eine wichtige Rolle bei der Integration von Neuankömmlingen, um es mit den Worten des europäischen Kommissars für Justiz, Freiheit und Sicherheit, Jacques Barrot, zu sagen: „Die Kirchen können die Seelen der Menschen erziehen und ihre Herzen aktivieren.“

Die Umsetzung des Vertrags von Lissabon und seines Kirchenartikels

Wir hoffen, dass die Iren am 2. Oktober 2009 beim EU-Referendum in Irland mit einem klaren „Ja“-Votum den Weg für die endgültige Ratifikation des Vertrags von Lissabon freimachen werden (späteres Ergebnis: 67,13 % ja; 32,87 % nein, 59 % Wahlbeteiligung – Anm. d. R.). Deshalb wird die Frage nach der Ausgestaltung des Dialogs zwischen Kirchen und EU-Institutionen politisch wieder relevanter. Ein besonderer Erfolg für die Kirchen in Europa war und ist die Aufnahme des so genannten Kirchenartikels, nunmehr Artikel 17 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU, in den Vertrag von Lissabon. Er ist für Ihre weitere Arbeit sehr bedeutsam, enthält er doch wichtige Richtungsentscheidungen für die Bestimmung des Verhältnisses der EU zu den Kirchen und den Religionsgemeinschaften. Absatz 1 erkennt die Vielfalt der europäischen Staatskirchensysteme an und akzeptiert damit die nationale Kompetenz für das Verhältnis zwischen Staat und Kirche. Die Mitgliedstaaten sind danach frei, ihr Verhältnis zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften selbstständig zu bestimmen, ohne dass die EU dieses beeinträchtigen würde. Dieser Vorschrift kommt beispielsweise in der Debatte um die europäische Gesetzgebung zur Bekämpfung von Diskriminierung eine wichtige Rolle zu. Zwar ist diese in Artikel 17 Absatz 1 verbrieft Achtung des kirchlichen Status auch im 11. Zusatzprotokoll zum Amsterdamer Vertrag von 1999 niedergelegt, allerdings lediglich als bloße Interpretationshilfe. In Absatz 3 schafft Artikel 17 mit der Anerkennung der spezifischen Identität der Kirchen und ihres besonderen Beitrags zudem eine wesentliche Grundlage für die aktive Beteiligung von Kirchen und Religions-

gemeinschaften bei der Ausgestaltung der europäischen Politik. Dieser Artikel ist eine Parallelnorm zu Artikel 11 des Vertrags über die Europäische Union, der den Dialog mit der Zivilgesellschaft regelt. Die Tatsache, dass der Vertrag von Lissabon zwei unterschiedliche Dialogartikel umfasst, unterstreicht den unterschiedlichen Status, den Kirchen und Religionsgesellschaften gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen genießen.

Natürlich findet der Dialog zwischen Kirchen und EU-Institutionen in der Praxis tagtäglich auf verschiedenen Ebenen statt. Zu nennen sind einmal das alljährliche hochrangige Treffen zwischen religiösen Führern der EU und dem EU-Kommissionspräsidenten, seit 2006 erweitert um den Präsidenten des Europäischen Parlaments und die amtierende Ratspräsidentschaft, bei dem über aktuelle politische Fragen diskutiert werden kann. Zweitens gibt es die so genannten Dialogseminare, die circa zweimal im Jahr zwischen der EU-Kommission und den christlichen Kirchen stattfinden und ausgewählte Themen, wie zum Beispiel kürzlich den Klimawandel, in den Mittelpunkt stellen. Schließlich können sich die Kirchen in Europa auf eigene Initiative allein oder in Zusammenschlüssen an Konsultationen der EU-Kommission beteiligen und auf der Arbeitsebene Kontakte in die Institutionen pflegen.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich die gute Zusammenarbeit der Kirchen und kirchlichen Verbände in Brüssel über die verschiedenen Konfessionsgrenzen hinweg hervorheben, sei es mit der Konferenz europäischer Kirchen oder insbesondere mit der COMECE, der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft. Der Austausch und die Abstimmung untereinander haben sich bewährt, wie sich zuletzt an der Debatte um den Kommissionsvorschlag für eine zivilrechtliche Antidiskriminierungsrichtlinie gezeigt hat. In gemeinsamen Stellungnahmen und Eingaben an Parlamentarier haben wir unsere Bedenken bezüglich mangelnder Rechtsklarheit und unscharfer Kompetenzabgrenzung, teilweise zu Lasten grundrechtlich geschützter Güter, insbesondere der Religionsfreiheit, dargelegt. Tatsächlich scheint die schwedische Ratspräsidentschaft diesen Bedenken nun in Bezug auf die Regelung des Zugangs zu religiösen Bildungseinrichtungen Rechnung zu tragen. Durch das

Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon ist zudem eindrucksvoll unterstrichen worden, dass neben dem Bildungsbereich auch das Verhältnis von Staat und Kirche zu den Kernbereichen staatlicher Souveränität und Identität zählen und dementsprechend eine enge Auslegung europäischer Vorschriften erforderlich ist. Nichtsdestotrotz ist es natürlich ein Unterschied, ob der Austausch aufgrund eingespielter Traditionen abläuft oder ins Primärrecht überführt und damit rechtsverbindlich ist. Nun wird es darauf ankommen, Artikel 17 als ein wirksames Instrument des politischen Zusammenspiels zu nutzen. Die Kirchen legen Wert darauf, dass keine bestimmte Stelle im institutionellen Apparat der Union zu einem „Single-Entry-Point“, einem einzelnen Anlaufpunkt für die Kirchen wird, sondern sie sich mit ihren jeweiligen Anliegen direkt an die fachlich zuständigen Stellen wenden können. Die Kirchen stehen gemeinsam für „Many-Entry-Points“, für viele Anlaufpunkte auf der europäischen politischen Ebene ein. Europäisches Engagement bietet den Kirchen also nicht nur die Chance, den politischen Prozess im Sinne partizipativer Demokratie mit zu gestalten, sondern eröffnet auch die Möglichkeit, den Dialog untereinander und mit anderen Religionen zu pflegen. Damit leisten die Kirchen einen wichtigen Beitrag zum europäischen Integrationsprozess, der nicht nur die Integration von Staaten zu einer Union, sondern auch die Integration verschiedener Völker und Traditionen zu einem Kulturraum versöhnter Verschiedenheit umfasst. Sowohl die Union als auch die Kirchen und Religionsgemeinschaften haben ein Interesse an diesem Dialog. Der EU geht es dabei um das Wertefundament, das sie selber nicht generieren kann, auf das sie aber angewiesen ist.

Jacques Delors, der frühere EU-Kommissionspräsident, prägte den Ausspruch von der Seele Europas. Die Union ist auf die integrative, zugleich identitätsstiftende, die Völker verbindende Kraft gemeinsamer Glaubensüberzeugungen auf der einen und auf die Vermeidung religiöser Konflikte auf der anderen Seite zwingend angewiesen. Zu Recht schätzt die EU den Beitrag der Kirchen und Religionsgemeinschaften zum sozialen und kulturellen Leben Europas deshalb hoch ein. Auch, dass die EU die Kirchen als Multiplikatoren des europäischen Gedankens wahrnimmt, ist richtig. Wir, die Kirchen, von der Ortsgemeinde bis

hin zu europäischen und globalen Zusammenschlüssen, bejahen das europäische Projekt, das Frieden, Solidarität und Nachhaltigkeit realisiert. Es ist uns als Kirche daran gelegen, unsere Stimme in Europa hörbar zu machen, damit wir unseren Beitrag zur Wertefindung und Wertevermittlung zu einer sozialen und gerechten Gesellschaft leisten können. Dazu bedarf es auch der Achtung der Religionsfreiheit, der kirchlichen Autonomie und der nationalen Identität im nationalen Staatskirchenrecht. Unangemessene europäische Harmonisierungen darf es nicht geben, auch dafür treten wir im Dialog ein. Hoffen wir also, dass die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon im zweiten Anlauf gelingt. Dies wäre nicht nur ein wichtiger Schritt hin zu mehr Demokratie, Transparenz und Handlungsfähigkeit innerhalb der EU, sondern auch ein Meilenstein für die Akzeptanz der Kirchen als Akteure auf der europäischen Ebene.

Die Probleme bei der Ratifizierung des Lissabonner Vertrages – Ausdruck eines Demokratiedefizits?

Mikołaj Dowgielewicz

Bei der Antwort auf die Frage von Prof. Piotr Mazurkiewicz zu den Ursachen der Probleme bei der Ratifizierung des Lissabonner Vertrages ist zunächst daran zu erinnern, wie die Lage ausgesehen hat, als über die europäische Verfassung in nationalen Volksbefragungen abgestimmt wurde. Denn denken Sie daran, dass das Ergebnis des Referendums in zwei Ländern positiv ausfiel, nämlich in Luxemburg und Spanien. Dagegen lehnten die Bürger der Niederlande und Frankreichs die geplante EU-Verfassung ab. Dabei ist ein Phänomen äußerst bemerkenswert: Sogar in den Ländern, in denen die Verfassung im Referendum angenommen wurde – also in Luxemburg und Spanien –, gingen drei Viertel aller jungen Leute bis 30 Jahre gar nicht zur Wahl. Ihre französischen und holländischen Altersgenossen begaben sich zwar zur Wahlurne, sprachen sich aber zu ca. 75% gegen die Verfassung aus. Dieses Abstimmungsverhalten war sehr bezeichnend und hätte sich vielleicht auch in anderen Ländern wiederholt, wenn es dort zu Volksbefragungen gekommen wäre. In Wirklichkeit ging es bei der Abstimmung wohl nicht um sachliche Inhalte der geplanten EU-Verfassung, da diese insgesamt einen großen Kompromiss darstellte.

Die Europäische Union ist ein großer Schmelztiegel, in dem sehr oft schwierige Kompromisse ausgearbeitet werden müssen. Sowohl der Verfassungsvertrag

als auch der Lissabonner Vertrag waren das Ergebnis äußerst komplizierter politischer Kompromisse. Daher denke ich, dass nicht die Vertragsinhalte das eigentliche Problem bildeten, sondern das mangelnde Vertrauen in die politischen Eliten und Regierungen der Länder, in denen der Verfassungsvertrag abgelehnt wurde. Die Tatsache, dass junge Menschen gegen den Vertrag stimmten oder überhaupt nicht wählen gingen, deutet darauf hin, wie tief das Misstrauen der EU-Bürger gegenüber den Konzepten der politischen Eliten für die Zukunft der EU immer noch ist. So wie der EU-Abgeordnete Jan Olbrycht möchte ich lediglich darauf aufmerksam machen, dass der Verfassungsvertrag derzeit wirklich nicht das eigentliche Problem ist. Das Problem sind vielmehr die divergierenden Vorstellungen über die Funktionsweise der Europäischen Union und die Stärkung ihrer Glaubwürdigkeit in den nächsten Jahren und Jahrzehnten. Welche politischen Projekte werden die Bürger in Europa vom dauerhaften Erfolg der Europäischen Union und der Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit ihrer Gremien überzeugen? Ein solches Projekt wird in den nächsten Jahren die Außenpolitik sein, falls der Lissabonner Vertrag in Kraft tritt. Auf dem morgigen Panel wird sicherlich viel von den wirtschaftlichen Nationalismen, Gefahren und Versuchungen für den gemeinsamen Binnenmarkt und den Grundsätzen der ökonomischen Zusammenarbeit in Europa die Rede sein. Ein solches Gebiet, das den Europäern in größerem Maße die Herausforderungen für das heutige Europa bewusst machen wird, bildet eben die gemeinsame Außenpolitik. Es gibt jedoch noch mehr Politikfelder und Projekte, bei denen wir etwas Neues schaffen müssen. Es sei an dieser Stelle nur an die Energiepolitik erinnert, aber das ist bereits ein anderes Thema.

Chancen für eine Vertiefung der europäischen Integration

Jan Olbrycht

Die derzeitige politische Lage in Europa ist recht kompliziert, parallel dazu lässt die Ratifizierung des Lissabonner Vertrages immer noch auf sich warten. Darüber hinaus zeigen sich weitere beunruhigende Phänomene, auf die ich im Folgenden etwas näher eingehen möchte. Wenn man über die Krise in der Politik spricht, stellt sich die Frage, ob das jemand von außen tun sollte, der eine gewisse Distanz zu den Dingen hat, oder ob nicht die Innenansichten eines Politikers angebrachter wären. Ich befinde mich mitten in der Politik und äußere mich als Person, die am politischen Willensbildungsprozess direkt beteiligt ist. Erstens meine ich, dass es tatsächlich eine Krise der Politik gibt, sie betrifft aber nicht nur Europa! Die Krise erstreckt sich vielmehr auf die ganze Welt und ist Ausdruck einer gewissen Enttäuschung. Der Enttäuschung darüber, dass bestimmte – durchaus funktionstaugliche – Mechanismen aus sich heraus nicht die gewünschten positiven Effekte erzeugen. Das ist so wie in der Finanzkrise – einige wirtschaftliche Phänomene führen trotz ihrer marktwirtschaftlichen Verankerung nicht automatisch zu günstigen Effekten. In der Politik verhält es sich ganz ähnlich. Die feste Überzeugung, dass demokratische Wirkmechanismen – z.B. freie Wahlen – ganz automatisch die besten, klügsten und ehrlichsten Menschen hervorbringen, und zwar nur deshalb, weil die Mechanismen demokratischen Prinzipien und Rechtsgrundsätzen entsprechen, erweist sich auf globaler Ebene

als trügerisch. Denn es zeigt sich, dass diese prächtigen Mechanismen – das kennen wir ja bereits aus einer jahrhundertealten Geschichte! – leider auch Menschen hervorbringen, die überhaupt nicht vertrauenswürdig sind und in unserem Namen unter dem Deckmantel ihrer politischen Legitimation teilweise völlig unerwünschte Maßnahmen treffen. Dies löst riesengroße Enttäuschung aus, die wir jedoch später oftmals leicht vergessen, um erneut darauf zu vertrauen, dass die demokratischen Strukturen diesmal tatsächlich die besten Leute an die Macht bringen. Dieser Prozess erstreckt sich auf den gesamten Globus, wobei man derartige Erfahrungen bereits in verschiedenen Teilen der Welt gemacht hat. In anderen Regionen dürften diese Erfahrungen hingegen noch neu sein. Die Demokratie ist inzwischen in fast alle Winkel der Erde vorgedrungen. Dies zeigt eindeutig, dass demokratische Mechanismen allein – ohne Verankerung in einem bestimmten Wertesystem – nicht zwangsläufig zu positiven Effekten führen. Die Abkoppelung dieser Mechanismen von ihren zivilisatorischen Grundlagen kann sehr negative Folgen haben, dennoch wurden bislang keine besseren Herrschaftssysteme als die Demokratie gefunden. Daher sollte man die demokratischen Grundstrukturen in Politik und Gesellschaft immer wieder neu einpflanzen. Zugleich müssen Werte und ethische Fragen in der Politik, aber auch die Moral der Politiker stets einen hohen Stellenwert besitzen. Dies ist absolut entscheidend und vor allem heute sehr notwendig!

Ein weiteres Problem, das ganz offensichtlich damit verbunden ist, ist die sinkende Wahlbeteiligung. Warum gehen die Menschen heute kaum noch zur Wahl? Warum möchten sie den Politikern nicht mehr ihre Stimme geben? Eben darum, weil die Bürger eigentlich nicht mehr verstehen, warum sie überhaupt derartige Aktivitäten unternehmen sollen und ferner kein Vertrauen darauf haben, dass die demokratischen Mechanismen etwas herausbilden, was für sie von Vorteil ist. Als Abgeordneter des Europäischen Parlaments muss ich leider feststellen, dass das Europäische Parlament derzeit nur sehr wenig tut, um den Menschen klarzumachen, worauf seine Arbeit bzw. die Tätigkeit anderer EU-Organe beruht und wozu diese Arbeit überhaupt dient! Ein Beispiel ist die völlig misslungene Informationskampagne bei den Europawahlen vom Juni 2009. Dieser Wahlkampf, der in Polen hauptsächlich über Wahlplakate ablief, hat die

Gesellschaften in Europa sicherlich nicht überzeugt. Eine geringe Glaubwürdigkeit besaß auch die dem Verfassungsreferendum vorausgehende öffentliche Debatte in Frankreich, die eigentlich nur dazu geführt hat, dass die Franzosen den Verfassungsvertrag letztlich ablehnten. Nebenbei bemerkt, alle haben inzwischen irgendwie vergessen, dass Frankreich und Holland den Verfassungsvertrag zurückgewiesen haben. Denn derzeit kommentiert man vor allem das misslungene Referendum in Irland. In der französischen Debatte zur Volksabstimmung war es entsetzlich mitanzusehen, dass jegliches Verständnis für grundlegende Funktionsprinzipien der Europäischen Union gefehlt hat. Denn zur „originellen“ Entdeckung der französischen Wähler, dass die EU keineswegs nur eine wenig bedeutsame Dreingabe zu ihrem Heimatland ist, gesellte sich die generelle Unzufriedenheit der Franzosen über ihre eigene Regierung. Völlig andere Motive tauchten hingegen in den Niederlanden auf und wieder andere Beweggründe entschieden über den Ausgang des Referendums in Irland. Das Europäische Parlament legte angesichts dieser Entwicklung eine große Passivität an den Tag. Diese abwartende Haltung zeigte sich leider auch unter uns Europa-Abgeordneten. Denn Politiker verhalten sich nicht immer adäquat und reagieren nicht immer auf der Grundlage klarer Konzepte. Es besteht daher die dringende Notwendigkeit, zu ganz elementaren Dingen zurückzukehren und sich den Wählern in Europa erneut zuzuwenden, um bestimmte Fragen besser zu klären. Denn sonst werden wir als Europäische Union nicht imstande sein, richtig zu funktionieren und unsere politischen Absichten zu realisieren!

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit noch auf etwas anderes lenken. Sehr oft vertreten die Gegner der Europäischen Union die Auffassung, dass innerhalb der EU eine Art Verschwörung im Gange sei. Kritiker meinen nämlich, dass der Durchschnittsbürger in Europa in Wahrheit keinen Einblick darauf hat, was in Brüssel hinter verschlossenen Türen geschieht. Die dortigen politischen Eliten würden insgeheim andauernd etwas aushecken und dies vor den Bürgern in Europa geheimhalten. Es besteht der weit verbreitete Eindruck, dass der einfache Mensch auf der Straße keinen Einfluss auf die Entscheidungen der Politik hat. Denn wen man auch immer wählen würde, die Politiker seien doch ohnehin alle gleich! Menschen mit derartigen Ansichten muss man unbedingt aus dieser

falschen Sichtweise herausführen. Erstens gibt es die sog. europäische Elite gar nicht! Es gibt lediglich eine Gruppe von europäischen Beamten mit eigenen Interessen. Es gibt hingegen keine geheimnisvolle Herrschaftselite, die nur hinter den Kulissen agiert und ihren Willen den naiven Bürgern Europas aufzwingt. In einzelnen Ländern und gesellschaftlichen Kreisen gibt es ja unterschiedliche Eliten. Zweitens gibt es keine einheitliche Konzeption über die zukünftige Gestalt der EU, die für das Handeln der Politiker richtungsweisend wäre. Daher ist zu fragen, wohin unser gemeinsames Schiff „Europa“ überhaupt schwimmt, oder ob es nur ziellos vor sich hinschlingert. Blicken wir auf das Erbe der „Gründungsväter“ des vereinigten Europas und überlegen wir, warum sie dieses Bauwerk eigentlich errichteten. Es ging darum, in solidarischer Gemeinschaft zu handeln, Verpflichtungen gegenüber anderen einzugehen und deren Lasten auf sich zu nehmen. Es ging darum, eine Antwort auf neue Herausforderungen zu geben und nach neuen Lösungen zu suchen. Eben darin bestand das Ziel, das auch heute noch gilt. Aber welche Richtung streben wir heute an? Darin liegt das Problem. Gibt es heute etwa eine fertige Konzeption darüber, was in fünf bis zehn Jahren passieren wird? Nein! Und was wird sein, wenn der Lissabonner Vertrag abgelehnt wird? Nun, dann werden wir uns überlegen, was weiter zu tun ist. Gibt es einen Plan „B“? – Nein! Gibt es vielleicht bestimmte Programme, die nur darauf warten, aus der Schublade geholt zu werden? Ja, mit Sicherheit! Aber die eine schlüssige Konzeption gibt es nicht. Was wird sein, wenn der Lissabonner Vertrag letztlich angenommen wird? Nun, dann kommen wir einen Schritt voran. Das Vertragswerk regelt u.a. auch die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der katholischen Kirche, was auch für letztere sehr vorteilhaft sein wird. Vor uns stehen ganz neue Herausforderungen, vielleicht entstehen auch ganz neue Strukturen. Wer weiß schon, was in drei oder fünf Jahren geschehen wird? Wichtig ist, dass die Europäische Union ein lebendiges Konstrukt ist und bleibt. Sie ist kein Perpetuum mobile, das automatisch weiterläuft, wenn es einmal in Gang gesetzt worden ist. Die EU ist vielmehr ein äußerst lebendiges Gebilde, das auf die Herausforderungen in der Welt reagiert und sich dabei stets anpassen muss. Die EU muss Verträge und andere Rechtsakte ständig modifizieren sowie ihre internen Handlungsmethoden, aber auch die Reaktionsweisen in Hinblick auf äußere Faktoren laufend umgestalten. Hat

einer von uns sich ein Jahr zuvor schon Gedanken darüber gemacht, was uns heute in Europa derart intensiv beschäftigt? Auch auf dieser Konferenz tauchen drängende Fragen über die Zukunft der Europäischen Union auf, z.B. ob sie die gegenwärtige Krise überhaupt überlebt. Konkret gesagt: Kann der gemeinsame Binnenmarkt in seiner derzeitigen Gestalt weiter aufrechterhalten werden? Werden sich die Interventionsmaßnahmen im Kampf gegen die Krise als erfolgreich erweisen? Das sind die Schlüsselfragen von heute. Vor diesem Hintergrund erscheint das Problem des Lissabonner Vertrages eher zweitrangig. Denn wenn dieser Vertrag in Kraft tritt, werden sicherlich neue Schwierigkeiten und Herausforderungen, aber auch neue Chancen auftauchen. Dann werden wir uns überlegen müssen, ob wir uns erweitern oder nicht – wen wir aufnehmen und wen nicht – und wie wir die Beziehungen zu Russland weiter gestalten wollen! Daher muss man den Menschen konkrete Hoffnungen geben. Denn die Tür zur Zukunft steht wirklich ganz weit offen und alles hängt davon ab, ob wir an das gemeinsame Projekt Europa glauben oder nicht. Die Zukunft der Europäischen Union hängt also von unseren persönlichen Entscheidungen ab – also davon, was wir akzeptieren und was nicht. Letztlich geht es um die Aktivität der Bürger und darum, dass diese von ihren Rechten bei der Mitgestaltung des gemeinsamen Hauses Europa auch Gebrauch machen. Wir Politiker hingegen müssen mit der Gesellschaft in einen fortwährenden Dialog treten und dabei zivilgesellschaftliche Haltungen nach Möglichkeit fördern. Denn es ist keineswegs so, dass sich die Rolle des Bürgers im Verhältnis zur nationalen Staatsgewalt bzw. der EU nur darauf beschränkt, von Zeit zu Zeit einen Stimmzettel in die Wahlurne zu werfen, während sich die weitere Tätigkeit der gewählten Politiker seinen Einflussmöglichkeiten entzieht. Das politische Programm für Europa entwerfen wir doch gemeinsam! In der nächsten Woche werde ich mit Minister Saryusz-Wolski nach Straßburg fahren und wir wissen nicht, was uns dann im Plenarsaal des Europäischen Parlaments erwarten wird. Wird Barroso für eine weitere Amtsperiode zum Präsidenten der EU-Kommission gewählt werden? Wir wissen auch nicht, was geschehen wird, falls Barroso nicht wiedergewählt werden sollte. Eine der größeren Überraschungen der polnischen Politiker, die neu zum Europäischen Parlament hinzukamen, bestand in der Erkenntnis, dass dort „wirklich abgestimmt“ wird. Gibt es also überhaupt konkrete Konzepte für

Europa? Ja! Gibt es auch unterschiedliche Ideen zu Europa? Ja, aber die eine von oben aufgezwungene Konzeption gibt es nicht. Statt dessen gibt es vielfältige Programmversionen und Maßnahmen, die von mehreren Einflussfaktoren bestimmt werden, u.a. von den Aktivitäten einzelner Interessengruppen.

Zum Abschluss meiner Überlegungen möchte ich noch auf eine andere Sache hinweisen. Ich bin ein Politiker, der sich im Europäischen Parlament und in Polen offen dazu bekennt, Christdemokrat zu sein. Dennoch herrscht die landläufige Meinung, dass es Christdemokraten in Polen gar nicht gibt. Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass es sehr wohl einige von uns Christdemokraten in meiner Heimat gibt! Ich würde sogar sagen, dass es Hunderte oder Tausende von Christdemokraten in Polen gibt, die dem christlich-demokratischen Gedankengut eng verbunden sind. Sie sind Anhänger einer politischen Partei, die ein ganz bestimmtes Weltbild hat, spezifische politische Methoden vertritt und die soziale Marktwirtschaft favorisiert. Wir Christdemokraten sind für ein gemeinsames Europa. Wir meinen, dass auf christliche – und damit supranationale – Werte gestützte Denk- und Handlungsweisen zwangsläufig zu proeuropäischen Denkkategorien führen. Dieses Denken zeugt von Aktivität, Offenheit und perspektivischer Weitsicht. Der Lissabonner Vertrag ist notwendig, um den nächsten Schritt zu tun. Aber wie wird dieser Schritt aussehen, wer weiß das schon? Das wird sich zeigen. Wir Politiker sind jedenfalls dazu da, um solidarisch zusammenzustehen, anstatt fremde Konzepte zu realisieren!

2. Herausforderungen angesichts der Krise der Wirtschafts- und Sozialordnung

Ursachen und Lösungen der Krise

Leszek Balcerowicz

Das Wort „Krise“ wird derzeit missbraucht, da es sich in den Medien gut verkaufen lässt. Daher sollte man darauf hinweisen, was dieses Wort im allgemeinen bedeutet. Für gewöhnlich ist damit ein gravierender Einbruch der Wirtschaft gemeint. In diesem Sinne trat die Krise zunächst im amerikanischen Finanzsektor auf und übertrug sich später auf andere westliche Länder – teilweise aufgrund enger Handels- und Finanzbeziehungen, teilweise infolge einer falschen Wirtschaftspolitik in einigen dieser Länder. Die Krise hat letztendlich jeden von uns erfasst, wenn auch in unterschiedlichem Grade. Doch wie entstand die Krise, die 2007 ihren Anfang nahm? Ähnlich wie in der Medizin sollte man auch in der Wirtschaftspolitik zunächst mit der Diagnose beginnen. Denn wenn die Diagnose falsch ist, ist auch die Therapie nur selten richtig. Denn ich meine, dass in den öffentlichen Debatten – auch in den Diskussionen der Politiker – zahlreiche falsche Diagnosen abgegeben werden. Ich möchte also zunächst auf falsche oder übertriebene Einschätzungen der Lage hinweisen. Haben wir es mit einer Krise des Kapitalismus zu tun? Natürlich nicht, denn Kapitalismus definieren wir über das Privateigentum oder den freien Markt. Hat das Privateigentum hier etwa versagt? Ist der Sozialismus besser? Unsinn! Bedeutet die Krise also nicht eher ein Fiasko des Neoliberalismus, wie man häufig vernehmen kann? Aber was heißt überhaupt Neoliberalismus? Dieser Ausdruck wird in der öffentlichen

Diskussion als verbaler Knüppel benutzt, er bedeutet ganz einfach etwas Übles. Das erinnert mich an die Zeit des Sozialismus, als man das Wort „bürgerlich“ unreflektiert in die Rolle eines solchen Sprachknüppels drängte. Jeder, der heute die Phrase verbreitet, dass der „Neoliberalismus versagt“ habe, kompromittiert sich in intellektueller Hinsicht, da er keine objektiven Analysen aufgreift, sondern lediglich ein bestimmtes Schimpfwort benutzt. Liegen die Hauptursachen der Krise etwa in der systemimmanenten Unzuverlässigkeit der Märkte und Finanzinstitute? Diese griffige Interpretation drängt sich geradezu auf. Denn wir haben ja gesehen, wie mächtige Finanzkonglomerate in sich zusammenbrachen und einige Finanzmärkte ihre Funktionstauglichkeit völlig verloren. Aber geht diese Deutung weit genug? Man darf die Ursachen nicht mit den Symptomen verwechseln! Die Finanzmärkte funktionieren in dem vom Fiskus geschaffenen Umfeld besser als andere Märkte. Dieses Umfeld wird von der Geldpolitik der Zentralbanken gebildet – und das sind öffentliche Einrichtungen. Die dabei geltenden Vorschriften sind mit Regelungen gleichbedeutend, die weitaus eher für Finanzmärkte als etwa in der Schuhproduktion Anwendung finden. Dabei geht es um die verschiedensten Entscheidungen von Aufsichtsräten. Denn diese bilden die Rahmenbedingungen für den Finanzsektor im Kapitalismus. Wenn diese Rahmenbedingungen in bestimmter Hinsicht fehlerhaft sind, kann zumindest das Handeln einiger Finanzmärkte von vorneherein nicht gut ausfallen. Das soll natürlich nicht heißen, dass auf den Chefetagen einiger Finanzkonglomerate nie gravierende Fehler begangen wurden. Natürlich wurden dort auch Fehler begangen! Das ist auch nicht so ohne weiteres zu entschuldigen. Aber wenn wir nach den tieferen Ursachen mit großer Breitenwirkung suchen, müssen wir die eben genannten Rahmenbedingungen in den Blick nehmen. Aus den Diskussionen der Fachleute geht eindeutig hervor, welche Aspekte bzw. Handlungsbedingungen der Finanzinstitutionen zur Krise beigetragen haben. Das, was ich Ihnen jetzt sage, entspringt nicht nur meiner eigenen Sicht der Dinge. Es ist vielmehr im offiziellen Bericht der Larosière-Gruppe enthalten, also der *High Level Group*, die von der Europäischen Union einberufen und deren Ergebnisse von der Europäischen Kommission angenommen wurden. Ich habe dieser Gruppe angehört und stimme mit ihrer Diagnose überein, die in Fachkreisen zumeist akzeptiert wird. Was sind im Spiegel dieses Berichts die Hauptursachen für die gegenwärtige

Krise? Erstens die unvorsichtige Politik der Zentralbanken in einigen Ländern, insbesondere in den USA – also zu niedrige Leitzinsen, vor allem in den Jahren nach 2003. Denn wenn die offiziellen Leitzinsen zu niedrig sind, steigt auch die Kreditnachfrage zu stark an, so dass dann auch die Wohnungs- und Grundstückspreise zu sehr in die Höhe schnellen. Denn wenn die Zentralbank der größten Volkswirtschaft der Erde – der Vereinigten Staaten von Amerika – eine solche Politik betreibt, ist zwangsläufig die ganze Welt davon betroffen, da man sich diesem Einfluss nicht entziehen kann. Nach einer gewissen Zeit schließt sich der Rest der Welt dem an... Zweitens haben Politiker in den USA sehr starken Druck auf die dortigen Finanzinstitute ausgeübt, um Menschen Kredite zu gewähren, bei denen von vorneherein klar war, dass die Kreditnehmer sie nicht zurückzahlen können. Das war purer Sozialismus à la Amerika! Drittens sind in der Zwischenzeit in vielen Ländern der Welt – insbesondere in den heute von der Krise besonders stark betroffenen Staaten – die Ausgaben der öffentlichen Haushalte zu stark angestiegen. Dies hat seinerseits zu einer übermäßig wachsenden Nachfrage und steigenden Wohnungspreisen geführt. Was jedoch zu rasch ansteigt, sinkt dann schnell wieder ab! Das betrifft nicht nur die Vereinigten Staaten, sondern auch Großbritannien, Irland und in einem gewissen Grade auch Spanien und Ungarn. Die fiskale Expansion wird gewöhnlich als soziale Wohltat gepriesen, hat aber in Wirklichkeit fatale Folgen und schadet der Gesellschaft, da sie zu wirtschaftlichen Einbrüchen führt. Daran sollte man stets erinnern! Die Haushaltslöcher entstehen nicht im luftleeren Raum, sondern resultieren aus dem schädlichen Handeln der Politiker, die in verschiedenen Gruppen der Gesellschaft an Popularität gewinnen möchten, in dem sie Gelder an diese verteilen, die ihnen gar nicht gehören. Viertens macht man in Expertenkreisen auf falsche Regulierungen als eine wesentliche Ursache der derzeitigen Krise aufmerksam (z.B. Rahmenwerk „Basel I“ zur Risikoauslagerung aus den Geschäftsbilanzen), was auch im Larosière-Bericht festgehalten wird. Man sollte also nicht neue Regulierungsinstrumente vorschlagen, solange nicht feststeht, welche der bisherigen Regulierungen für die Krise mitverantwortlich gewesen sind.

Doch wie viel von diesen Zusammenhängen dringt zu den offiziellen Begegnungen der Politiker durch? Ich fürchte, recht wenig! Auf den Gipfeln der Europä-

ischen Union oder der G20 werden häufig Lösungsvorschläge zu Randthemen gemacht, die sogar schädlich sein können, wie etwa die Regulierung der sog. *Hedge Funds*. Doch diese waren nicht Urheber der Krise, sondern eher ihre Opfer. Auch die *Equity Funds* sind dafür nicht verantwortlich. Dennoch konzentrieren sich die Politiker gerade auf diese marginalen Bereiche. Mit Sicherheit sind die an Bankmanager ausbezahlten Prämien manchmal viel zu hoch gewesen, aber sollten wir deshalb gleich dazu übergehen, die Managergehälter staatlich zu regulieren oder sollten wir uns nicht lieber mehr Gedanken über die Grundvoraussetzungen für die Tätigkeit von Finanzinstituten machen?

Aber warum ist das eigentlich so? Hochrangige Politiker treffen sich im eigenen Kreis unter dem Blitzlichtgewitter der Medien, wo es unüblich ist, sich gegenseitig einer falschen Wirtschaftspolitik zu beschuldigen. Das geziemt sich einfach nicht. Auch die Präsidenten der nationalen Zentralbanken würden sich nicht gegenseitig auf den Anklagestuhl setzen. Aber irgendetwas müssen sie kritisieren, einen bestimmten Prügelknaben müssen sie finden – da kommen *Hedge Funds* oder *Equity Funds* gerade recht! Aber das trifft nicht den Kern der Sache und dient nicht dazu, das Risiko weiterer verheerender Krisen zu verringern. Diese Überlegungen führen mich zu einem letzten Hauptpunkt, der sich in zwei Unterpunkte aufgliedert:

Erstens, welche Lösungen müsste man vor dem Hintergrund des Larosière-Berichts in die Praxis umsetzen, um das Risiko der Wiederholung einer derart tiefgreifenden Krise möglichst zu verringern (denn eine absolute Risikoeliminierung lässt sich nie erreichen!). Man könnte dies natürlich dadurch tun, indem man ein ganz anderes Risiko eingeht und die zentralistische Planwirtschaft einführt – aber das wäre wohl nicht die beste Lösung! Vielleicht noch eine Bemerkung, die ich bereits zu Anfang meiner Überlegungen hätte machen sollen: Die Übertreibungen bei der Darstellung der bisherigen Krise kommen auch daher, dass man diese mit der Weltwirtschaftskrise von Anfang der 1930er Jahre vergleicht. Der jüngste Rückgang des Bruttosozialprodukts in den Vereinigten Staaten beträgt jedoch nicht mehr als 4%. Zur Zeit der Weltwirtschaftskrise sank dieser Parameter dagegen um über 20%. Vergessen wird aber auch, dass die

Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre laut empirischen Untersuchungen eben nicht aus dem Zusammenbruch des Kapitalismus resultierte. Sie war vielmehr das Resultat einer Reihe von politischen Fehlentscheidungen der Machthaber in Washington und teilweise auch anderer Staaten. Diese Zusammenhänge sind in den Quellen gut dokumentiert. Dennoch wird die gegenwärtige Krise immer wieder gerne als Beweis dafür hergenommen, dass der Kapitalismus von innen her zusammenbreche. Daher müsse ein Erlöser auf dem weißen Pferd heranreiten, der den Namen „gesteigerter Staatsinterventionismus“ trage.

Was müsste man also tun, um das Risiko eines erneuten Einbruchs der Wirtschaft zu minimalisieren. Im Blick auf die Ergebnisse des Larosière-Berichts sind drei oder vier Einflussfaktoren zu beachten:

Erstens müssen vor allem die großen Länder der Welt größere Vorsicht in der Geldpolitik walten lassen und sich vor voreiligen Leitzinssenkungen hüten. Denn zu viel des Guten wandelt sich leicht ins Gegenteil! Dies betrifft übrigens nicht nur die Finanzmärkte allein.

Zweitens müssen unbedingt neue technische Lösungsansätze entwickelt werden, was sicherlich nicht einfach sein wird. Aber mit deren Hilfe könnte das übermäßige Kreditwachstum zusätzlich eingedämmt werden, nötig wären also *macro prudential regulations*. Daher wurde z.B. in Polen im Jahre 2006 eine Regulierung zum Wertpapierhandelsgesetz eingeführt. Derartige Maßnahmen sind für diejenigen Euro-Staaten sehr wichtig, denen die Leitzinsen zu niedrig sind. Der von der EZB festgelegte Zinssatz fiel nämlich für Spanien und Irland eindeutig zu niedrig aus. Hier sind also zusätzliche Hemmschwellen notwendig. Generell stimmen zwar alle darin überein, dass ein solcher Bedarf besteht, aber fertige technische Lösungen sind derzeit noch in weiter Sicht.

Drittens müsste eine uralte Forderung endlich erfüllt werden: Die nationale Fiskalpolitik sollte auf langfristige Stabilität ausgerichtet sein und nicht versuchen, die einheimische Wirtschaft insbesondere vor politischen Wahlen kurzfristig anzukurbeln, wie dies so häufig geschieht. Denn dadurch dreht sich die

Politik nur im Kreise: Bestimmte technische Lösungen werden für ungenügend gehalten, da man ja Gesetze verabschieden kann – und dann rückt man von diesen Gesetzesvorhaben wieder ab. Der *main stream* der öffentlichen Meinung sollte sich daher generell umorientieren und die falschen Weihnachtsmänner der Demokratie „bestrafen“, anstatt sie in Amt und Würden zu wählen. Dieser Vorschlag mag leichtes Schmunzeln bei Ihnen auslösen, aber diese Richtung kann man trotz aller Schwierigkeiten durchaus mit Erfolg einschlagen! Nur ein Beispiel: Warum verliert der amerikanische Präsident Obama derzeit so deutlich an Popularität in seiner Heimat? Weil große Teile der öffentlichen Meinung in den USA in fiskalischen Fragen konservativ eingestellt sind und sich zu Recht vor einem gewaltigen Anwachsen der Staatsverschuldung fürchten. Und dieses Schuldenwachstum wird zwangsläufig – teils zurecht – mit der Präsidentschaft Obamas assoziiert, der sich bei seinem Amtsantritt für zusätzliche Budgetausgaben stark gemacht und dem Volk versprochen hat, auf diese Weise drei Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt hat er natürlich Schwierigkeiten, die Stichhaltigkeit seiner früheren Argumentation zu beweisen – und die meisten Menschen in den USA blicken einer Steigerung der Staatsverschuldung eher ängstlich entgegen. Aber eine solche öffentliche Meinung muss man anstreben, sie ist der letzte Garant für die Vermeidung fiskaler Katastrophen. Dieses Ziel ist jedoch mit rein technischen Mitteln niemals zu erreichen. Nötig sind vielmehr die permanenten Überredungskünste maßgeblicher Kreise der öffentlichen Meinungsbildung. Darüber hinaus sollte man die diversen Steuervergünstigungen abschaffen, die das Wachstum des Konsumkreditmarkts nur künstlich beschleunigen, was z.B. in Irland und Spanien der Fall gewesen ist und bis heute auch in Polen gang und gäbe ist.

Eine weitere Frage drängt sich auf, mit der ich zum Schluss kommen möchte: Was muss getan und was muss vermieden werden, damit die sich bereits jetzt abzeichnende Befreiung von der Krise möglichst dynamisch und eben nicht in schleppendem Tempo erfolgt? Das ist ein sehr wichtiges Problem. Ich möchte an dieser Stelle nur einige wesentliche Punkte kurz skizzieren. Auf EU-Ebene sehe ich im Moment keine neuen großen Initiativen, die das Wirtschaftswachstum der Mitgliedsstaaten erheblich beschleunigen könnten. Statt

dessen sehe ich dringenden Bedarf, das zu Ende zu führen, was die EU bereits beschlossen, aber noch nicht ganz realisiert hat. Dabei geht es vor allem um den einheitlichen Binnenmarkt. Der gesamte Dienstleistungssektor wurde durch eine Richtlinie des Europäischen Parlament zuletzt stark gekürzt, obwohl gerade dieser Sektor doch so wichtig ist, da mehr als 60% der nationalen Volkswirtschaften der EU aus Dienstleistungen bestehen. Diese Kürzung erfolgte unter dem Einfluss bestimmter Interessengruppen aus den 15 reicheren EU-Ländern und betrifft hauptsächlich diejenigen Dienstleistungen, auf die sich die neu hinzugekommenen EU-Länder spezialisieren, nämlich Dienstleistungen außerhalb des Finanzsektors. Letztere haben sich in ureigenem Interesse für die Finanzdienstleistungen aus den 15 Altstaaten der EU weit geöffnet – aber was haben diese gemacht? Sie haben die Dienstleistungsrichtlinie stark gekürzt! Dieses Problem muss in nächster Zeit nochmals aufgegriffen werden, wenn die Europäische Union ihre Seriosität nicht verlieren will. Zweitens geht es auch um die Zukunft der Lissabon-Agenda. Es sei daran erinnert, dass deren erklärtes Hauptziel darin besteht, die Europäische Union weltweit zu einem äußerst dynamischen, innovativen Wirtschaftsraum umzugestalten. Dies erfordert jedoch vor allem innere Reformen in den einzelnen Mitgliedsländern. Die Vereinigten Staaten bekommen die ökonomischen Erschütterungen, die bei ihnen ja zuerst eingesetzt haben, wahrscheinlich deshalb weniger stark zu spüren als in den meisten EU-Staaten, weil die amerikanische Wirtschaft elastischer und weitaus weniger staatlich reguliert ist als in Europa. Schließlich sei auf ein kontrovers diskutiertes Problem auf EU-Ebene hingewiesen, das nicht übersehen werden darf: Die zahlreichen Initiativen zur Verhütung des Treibhauseffekts stützen sich nicht auf glaubwürdige Berechnungen. Die Europäische Union stimmte auf ihrem Umweltgipfel von 2007 der Formel „3×20 im Jahr 2020“ ohne tiefgreifendere Analysen zu. Die praktischen Folgen dieser zunächst rein politischen Willenserklärung können jedoch sehr gravierend sein – vor allem in Gestalt einer steigenden Arbeitslosigkeit. In der Debatte um die Erderwärmung werden die deklarierten Lösungsansätze oftmals wie ein *free lunch* betrachtet, d.h. als ein Paket von Lösungen, das nichts kostet und ausschließlich Vorteile einbringt. Das ist unseriös! Derartige Ansichten bezeichnen Wirtschaftswissenschaftler nämlich als „Nirvana-Ansatz“, d.h. als Annäherung an ein Ideal

ohne Berücksichtigung unvermeidlicher Zielkonflikte. Alternative Brennstoffe sind sehr teuer und bilden lediglich einen Bruchteil der gesamten Energieproduktion eines Landes. Windkraftwerke z.B. machen in den windreichen Ländern der EU höchstens 2% aller genutzten Energieträger aus (in windstillen Regionen noch weitaus weniger!). Außerdem muss man für die Erzeugung von Windenergie erheblich draufzahlen. Mehr noch, die Europäische Union einigte sich darüber hinaus auf weitere konkrete Lösungen, die einen höheren Anteil von Biokraftstoffen am gesamten Energieaufkommen erzwingen sollen. Dabei stellte sich heraus, dass europäische (ebenso wie amerikanische) Biokraftstoffe erstens sehr teuer und zweitens nach wissenschaftlichen Untersuchungen auch umweltschädlich sind. Außerdem tragen sie teilweise auch zur Steigerung der Lebensmittelpreise bei. Hat die Europäische Union ihre Beschlüsse vor dem Hintergrund dieser Tatsachen inzwischen korrigiert? Nein, das hat sie nicht getan. Daher ist zu überlegen, welche Qualität die Entscheidungsmechanismen innerhalb der EU sowohl in Bezug auf die präventive Kontrolle als auch die nachträgliche Korrektur von Fehlentscheidungen hat. Gerade in diesem Bereich sollte man viele Dinge zurechtrücken, anstatt neue, vollmundige Lösungen in die Welt zu setzen.

Auf der Ebene der einzelnen EU-Länder wird viel davon abhängen, welche Ausgangsbedingungen jeweils vor Ort herrschen, so dass ein einziges Reformpaket für alle Mitgliedsstaaten gar nicht in Frage kommt. Länder, die den Ausgaben- und Schuldensektor ihrer Staatshaushalte inzwischen stark erhöht haben, stehen vor dem Dilemma, wie sie aus dieser Sackgasse wieder herauskommen. Diese Konstellation betrifft sowohl die Vereinigten Staaten als auch Großbritannien, Irland und Spanien. Zwei Lösungswege bieten sich dabei an: erstens Steuererhöhungen, die schlecht für die Wirtschaft sind, da die Steuern ohnehin schon sehr hoch sind – und zweitens die Begrenzung des Ausgabensektors, was das Wirtschaftswachstum fördert, aber in der Regel in politischer Hinsicht weitaus schwieriger umzusetzen ist. In Abhängigkeit vom jeweils eingeschlagenen Weg wird sich die Welt schneller oder langsamer weiterentwickeln. Die zukünftige Entwicklung unterliegt also keineswegs bestimmten externen Gesetzmäßigkeiten, sondern hängt von der konkreten Wirtschaftspolitik einzelner Länder ab.

Abschließend gestatten Sie mir noch ein Wort zu Polen, denn auch wir müssen nach dem grundlegenden Wandel von 1989 ein eigenes Reformpaket in Angriff nehmen. Dabei darf es uns nicht zufriedenstellen, weitere 50 Jahre lang dem Lebensstandard der Deutschen hinterherzulaufen. Polen müsste sich vielmehr dazu aufraffen, seinen Rückstand gegenüber den Lebensverhältnissen im westlichen Nachbarland möglichst rasch aufzuholen. Auf diesem Weg bildet jedoch der fiskal aufgeblähte Staat das größte Problem. Unsere Budgetausgaben belaufen sich nämlich auf 43–44% des Bruttosozialprodukts. Der Anteil der öffentlichen Ausgaben ist bei vergleichsweise gleich hohem Einkommensniveau bei uns viel höher als etwa in Schweden. In diesem Sinne leiden die Polen (die Ungarn noch mehr, die Tschechen etwas weniger) an einer verfrühten fiskalen Eurosklerose. Um dieser düsteren Lage zu entrinnen, muss man Einfluss auf die öffentliche Meinung nehmen, damit diese nicht die falschen politischen Weihnachtsmänner auszeichnet, die der einheimischen Volkswirtschaft nur Schaden zufügen. Denn sie beschließen Gesetze, die bestimmten Interessengruppen auf kurze Sicht ausschließlich Vorteile einbringen, aber langfristig der gesamten Gesellschaft schaden. Diese Vorgehensweise wirkt sich auch negativ auf die Beschäftigung aus. Denn wenn die Steuern aufgrund der exorbitanten Haushaltsausgaben hoch sind, ist das für die Schaffung neuer Arbeitsplätze keineswegs förderlich. Daher bleibt die Beschäftigung gering und die Arbeitslosigkeit hoch, so dass abermals größere staatliche Sozialleistungen notwendig sind – ein wahrer Teufelskreis! Dies sind meines Erachtens die wichtigsten Dinge, die derzeit in Angriff genommen werden müssen. Darüber hinaus müsste man aber auch entschiedene Maßnahmen zur Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen treffen. Denn es gibt keinen Grund, weite Teile der polnischen Wirtschaft weiterhin in staatlicher Hand zu halten. Diese Konstellation schadet nämlich auch den Unternehmern, da sie aufgrund ihrer politischen Aufseher nicht in der Lage sind, mit privaten Firmen erfolgreich zu konkurrieren.

Jedes Land besitzt ein spezifisches Paket an notwendigen Veränderungen. Alle sehnen sich nach einem besseren Leben, aber nicht alle bekommen es. Warum ist das so? Weil einige Länder – wie etwa Polen – bis 1989 von einem aufgezwungenen Unrechtsregime in ihrer Aktivität gefesselt worden waren. Zum

Glück gehört diese Zeit schon seit langem der Vergangenheit an. Aber wenn sich die Marktwirtschaft in einer Demokratie nur schleppend weiterentwickelt und periodische Probleme aufweist, deutet das darauf hin, dass in der Öffentlichkeit zu wenige Vorschläge Gehör finden, deren Verwirklichung die Lebensbedingungen der Gesellschaft verbessern würden. Das ist kein Grund, die Demokratie an sich zu kritisieren, sondern ist Anlass, noch stärker als bisher geschickt an der Umorientierung der öffentlichen Meinung zu arbeiten. Gerade darin besteht wohl die moralische Verpflichtung aller meinungsbildenden Kreise im Lande. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Autorisierter Redebeitrag

Therapie – Normalisierung – Prophylaxe

Janusz Lewandowski

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise bildet ein Problem, das an vielen Orten der Welt erörtert wird. Unsere Konferenz unterscheidet sich von anderen Gesprächsforen dadurch, dass wir die Ursachen und Folgen der Krise aus dem Blickwinkel der Verantwortlichkeit des Menschen betrachten. Wir bekennen also, dass ökonomische Einbrüche – die Polen zum Glück nur in geringem Maße betreffen! – keine böse Launen der Natur oder verhängnisvolle Schicksalsschläge der Geschichte, sondern selbst verschuldete Zustände sind. Sie sind stets das Ergebnis menschlicher Fehlentscheidungen. Daher sind wir auch für die Korrektur dieser Unzulänglichkeiten verantwortlich. Angesichts der enormen Ängste, die in den Jahren 2008-2009 in Europa geweckt wurden, ist die gegenwärtige Situation ein besonderer Testfall für die Glaubwürdigkeit der politischen Eliten, die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union und die gesamte globale Wirtschaftsordnung nach 1945. Daher trifft es mich hart, dass meine supranationale Gemeinschaft – die EU – immer noch überwiegend mit sich selbst beschäftigt ist: mit dem neuen Reformvertrag, den Europäischen Parlamentswahlen und der Neubildung der Europäischen Kommission. Diese Probleme sind für die 500 Millionen Bürger unseres Kontinents ziemlich unwesentlich. Die Episode der „Selbstbeschäftigung“ sollte daher so rasch wie möglich zu Ende gehen.

Unsere Verantwortung angesichts der Krise sehe ich auf drei Ebenen: Erstens, als Fähigkeit der Krisenbeilegung und der Minimalisierung der sozioökonomischen Verluste, die vor allem außerhalb der Grenzen Polens spürbar wurden (Therapie). Zweitens, als Fähigkeit, den Ausnahmezustand der Beziehungen zwischen öffentlicher Hand und privater Wirtschaft zu beenden. Denn die derzeitige außerordentliche Lage rechtfertigt den Einsatz außerordentlicher Mittel, u.a. die Etatisierung des Wirtschafts- und Gesellschaftslebens, was bestimmte Gefahren und toxische Relikte mit sich bringt (Normalisierung). Drittens besteht die Verantwortung auch in der Fähigkeit, bestimmte Schlussfolgerungen aus der gegebenen Situation zu ziehen und die Regeln des internationalen Finanzsystems derart zu korrigieren, dass dieses System in Zukunft keine Gefahr mehr darstellt (Prophylaxe).

Heute wissen wir noch nicht, ob die seit Mitte 2009 erkennbaren Anzeichen für einen Neuaufbruch aus der Rezession wirklich einen dauerhaften Trend markieren. Leszek Balcerowicz war sicherlich auf dem diesjährigen Wirtschaftsforum im südpolnischen Krynica dabei, als Nobelpreisträger Edward Phelps seine Zuhörer mit der Ankündigung von 20 Jahren Krise und Rezession geradezu gelähmt hat. Ich meine, zu Unrecht – denn ich hege gewisse Hoffnungen. Aber heute sieht man deutlich, dass gerade der Nationalstaat die grundlegende Rolle bei der allmählichen Abflachung und Überwindung der Krisensituation sowie bei der Verhinderung panischer Gegenreaktionen der Bevölkerung gespielt hat. Diese Konstellation ist ziemlich paradox. Denn der Nationalstaat wurde an der Schwelle zum 21. Jahrhundert bislang eher als hilfloses Subjekt der Globalisierung angesehen, während internationale Korporationen die Rolle der ökonomischen Hauptakteure in der Welt übernahmen und milliardenschwere Transaktionen in Dollar, Yen oder Euro durchführten. Doch im Augenblick der Bedrohung standen die multinationalen Konzerne beim Staat plötzlich Schlange, um diverse Stimulationspakete und andere finanzielle Rettungsringe zu erhalten, die ihnen von den nationalen Regierungen Europas bereitwillig zugeworfen wurden. Diese Pakete sind natürlich an konkrete Bedingungen geknüpft. Man mag dies als eine Art Teufelspakt bezeichnen, denn der Staat stellt der Geschäftswelt bestimmte Bedingungen, die diese unbedingt einhalten muss, um

in den Genuss der Antikrisenpakete zu gelangen. Diese Abmachungen gehen aber zu Lasten der Steuerzahler. Inzwischen ist also eine Sozialisierung der Verluste eingetreten, wie man sie seit 1945 noch nie erlebt hat.

Die Europäische Union hat vor diesem Hintergrund gezeigt, dass sie von Natur aus kein Antikrisenunternehmen ist. Gemeinsame Vereinbarungen unter den 27 Mitgliedsstaaten erfolgen recht langsam, während man auf einzelstaatlicher Ebene weitaus schneller reagiert. Die jüngste Krise hat die strukturelle Schwäche der gemeinschaftlichen Handlungsinstrumente bloßgelegt. Der sog. *Economic Recovery Plan* fällt insgesamt bescheiden aus und kommt wohl in Bezug auf die Bedürfnisse der realen Wirtschaft zu spät, obwohl er wesentliche, zukunftsweisende Elemente enthält, z.B. Investitionen zur Schaffung von transnationalen Konnektoren für den Energietransport – was europaweite Solidarität im Energiesektor voraussetzt – oder die Finanzierung von Breitband-Kabel-Internet. Alle diese langfristig angelegten Maßnahmen sind aber nicht dazu geeignet, die Erscheinungsmerkmale der gegenwärtigen Krise abzuschwächen. Derzeit herrscht weiterhin Streit über die Art der Finanzierung dieses bescheidenen und zu spät entworfenen EU-Planes, der sich auf fünf Milliarden Euro beläuft. Auch 2010 drehen sich die Haushaltsstreitigkeiten um diese Hauptachse. Positiv zu vermerken ist sicherlich die Vereinbarung von Regierungsgarantien für Bankeinlagen, was die von Griechenland und Irland vom Zaun gebrochene, ungesunde Debatte letztlich unterdrückt und den Kleinsparern in der EU ein elementares Sicherheitsgefühl verschafft hat. Von Vorteil sind auch die intensive Kreditaktivität der Europäischen Investitionsbank und die seitens der EU-Institutionen, z.B. der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, gewährte Unterstützung für die am stärksten bedrohten Mitgliedsländer (Ungarn, baltische Staaten) und die unmittelbaren Nachbarregionen der EU (Balkan, Weißrussland, Ukraine). Wertvoll sind für Polen und andere ostmitteleuropäische Staaten die bürokratischen Erleichterungen bei der Nutzung von EU-Fonds, die lokale und branchengebundene Antikrisenpakete bilden, aber bestehende Haushaltslöcher nicht weiter vergrößern. Natürlich spielt sich alles unterhalb der Erwartungshorizonte der Bürger ab, die lediglich ihre eigenen Regierungen in Aktion treten sahen und nicht Brüssel.

Denn in den Augen der Menschen haben sich die Handlungsinstrumente der Europäischen Union in dieser Krise als nicht ausreichend erwiesen. Die EU ist auf diese Situation nicht vorbereitet gewesen, so wie sie auch auf den Gaskrieg zwischen Russland und der Ukraine und dessen leidvolle Konsequenzen für die Gaskunden in Industrie und Einzelhandel nicht vorbereitet gewesen ist. Gerade diese Dinge sind für die Bürger Europas viel greifbarer als etwa die Fähigkeit der Euro-Länder, auf die Agenda von G20-Gipfeln Einfluss zu nehmen. Denn derartige Fragen sind ein Test für die Glaubwürdigkeit der Eliten und die Nützlichkeit der EU-Institutionen.

Doch werfen wir nun einen Blick auf die „Aufräumarbeiten nach der Krise“. Infolge der primären Rolle nationaler Institutionen während der Krise ruht auf dem Nationalstaat die grundlegende Verantwortung für die Markierung eines eigenen Pfads zur Normalisierung. Es geht um die Beendigung des Ausnahmezustands und die Rücknahme staatlicher Sonderregulierungen und Kapitalbeschaffungsprogramme. Derzeit ist also eine *exit strategy* – ein Ausstiegsplan – von wesentlicher Bedeutung. Angesichts der Vielfalt der diversen Krisenstrategien erscheint eine enge europäische Koordination dieser auf die Eindämmung der Wachstumspakete ausgerichteten Maßnahmen eher unmöglich und nicht zweckmäßig. Derartige Maßnahmen sollten jedenfalls die nationale Spezifik der einzelnen Mitgliedsländer berücksichtigen, wobei man sich in den Hauptstädten Europas über die jeweils beabsichtigten Schritte zumindest gegenseitig informieren müsste.

Die Aufgabe der Europäischen Union besteht insgesamt in der Bekämpfung egoistischer und protektionistischer Tendenzen, die sich durch die Krise verstärkt haben. Dazu gehört auch die Wiedereinführung der vernünftigen Grundsätze für die öffentlichen Finanzen, die in den Jahren 2008-2009 besonders stark verletzt wurden. Die Erfüllung dieser Aufgabe wird die Beliebtheit der europäischen Institutionen sicherlich nicht steigern. Aber niemand kann die EU-Kommission und das Europäische Parlament ihrer unpopulären Pflicht entledigen, die nationalen Egoisten zu überwinden. Mit Genugtuung stelle ich fest, dass meine politische Heimatfraktion, die EVP, die Freiheitsrechte

des europäischen Binnenmarkts sowie die monetären und fiskalen Disziplinarmaßnahmen mitverteidigt hat, die durch die stimulierenden, kapitalintensiven Aktivitäten von Einzelstaaten aus dem Gleichgewicht gebracht wurden. Es gab einen Augenblick, in dem sich noch eine weitere Bedrohung herauskristallisierte, der man gemeinsam Herr werden musste. Sie bestand im Versuch, erneut tiefe Gräben zwischen Ost- und Westeuropa auszuheben. Insbesondere um die Jahreswende 2008/09 betrachtete man nämlich das „neue Europa“ als Quelle zusätzlicher Gefahren für den Westen, obwohl sich die Krisenerscheinungen auf beiden Seiten des früheren Eisernen Vorhangs (u.a. auch die besondere Widerstandsfähigkeit Polens) weitaus vielschichtiger darstellten. Eine derartige Sichtweise hätte den immer noch virulenten Vorurteilen nur den Weg geebnet und diese weiter verstärkt, wobei die Wahrheit über den Nutzen der historischen Vereinigung Europas im Jahre 2004 verwischt worden wäre. Zum Glück haben wir diese Gefahr wohl noch gerade rechtzeitig vermeiden können!

Lassen Sie mich abschließend auf eine dritte Dimension der gemeinsamen Verantwortung eingehen – die Prophylaxe. Dabei geht es darum, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen und bestimmte Korrekturen am derzeitigen Finanzsystem vorzunehmen, damit dieses nicht zur Quelle zukünftiger Gefahren wird. Die Prävention muss globale Ausmaße haben, denn sonst kann von Prävention keine Rede sein! Die bisherigen vollmundigen Ankündigungen der Schaffung einer neuen Finanzordnung, die dem jüngsten G20-Gipfel vorausgingen, brachten bislang nur sehr bescheidene Ergebnisse. Vor dem Hintergrund der angekündigten Bildung eines völlig neuen politischen Regulierungssystems als Ersatz für *Bretton Woods* ist es geradezu paradox, dass die einzige Institution, die zur Stärkung ihrer Investitionsmöglichkeiten wirklich mit enormem zusätzlichem Kapital versehen wurde, der IWF ist, der ja der alten Ordnung angehört! Angesichts der zahlreichen Meinungsunterschiede auf globaler Ebene werden sich neue Formen der Regulierung wohl zuerst in der Europäischen Union herauskristallisieren. Dass dies nicht ohne Widerstände geschieht, beweist der Versuch der Regulierung von *Hedge Funds* und *Private Equity Funds*, der von massiven Protesten seitens der Geschäftswelt begleitet wurde – daran wird Werner Langen in seinem Beitrag sicherlich noch erinnern! Keineswegs geringere

Kontroversen weckte das Projekt einer europäischen Finanzaufsicht, das in den Kompetenzbereich der Finanzaufsicht einzelner EU-Mitgliedsstaaten eingreift. Strittig ist ferner die Frage der Bonuszahlungen für Manager im Finanz- und Bankenwesen. All das sind Schlussfolgerungen und Beobachtungen aus der krisenhaften Vergangenheit, wobei sich zeigt, wie schwer es ist, diese in konkrete Handlungsrezepte umzuwandeln.

Die Folgen der Krise betreffen nicht nur den regulativen Bereich, sondern auch kollektive Moral und Wirtschaftsethik. Die erneute Erhebung des Staates in den Rang einer Instanz der himmlischen Vorsehung, von der die Geschicke der Wirtschaft letztlich abhängen, führt zwangsläufig zu typischen Klientelhaltungen in der Unternehmenswelt und zur Erosion des staatsbürgerlichen Ethos. Moralische Standardnormen bilden daher das ungeschriebene Fundament und Gründungskapital der marktwirtschaftlichen Ordnung, die letztendlich auf Vertrauen beruht. Allein schon der Begriff „Kredit“ stammt aus dem lateinischen *credere*, was soviel heißt wie „glauben“ oder „vertrauen“. Heute ersetzen protesenähnliche Ersatzmaßnahmen der Regierungen, z.B. Garantien für Bankeinlagen, das verlorengegangene Vertrauen der Bürger in die Finanzinstitute. Das ist ein gravierender Makel, gleichsam die Wunde, mit der die Welt aus der Krise austritt. Dies ist zugleich eine Aufgabe, die auf uns lastet. Die europäische Familie der EVP, die sich über die Bedeutung der christlichen Grundlagen des marktwirtschaftlichen Systems völlig klar ist und das moralische Ausmaß der Krise versteht, sollte bei den Versuchen der Wiedergewinnung moralischer Standards unbedingt tonangebend sein. Denn diese Standards dürfen durch keinerlei rechtlich-institutionelle Versatzstücke oder Regierungsinterventionen ausgehebelt werden.

Ein letzter Satz: Der erfolgreiche Kampf gegen die Krise und ihre ökonomischen, gesellschaftlichen und moralischen Folgen zementiert die Glaubwürdigkeit des politischen Führungsanspruchs und den tatsächlichen Nutzen der Brüsseler Institutionen. Das auf die EU gesetzte Vertrauen wirkt sich zudem positiv auf die Fähigkeit aus, auch mit anderen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts fertig zu werden, denen der einzelne Nationalstaat alleine nicht gewachsen ist.

Klimawandel, Überalterung der Bevölkerung, Immigration, Energiesicherheit und Terrorismusbekämpfung – all dies sind Probleme, die heute immer drängender werden und auf geeignete Lösungen warten. Die Verantwortung angesichts der Krisensituation steht im breiteren Kontext der Fähigkeit, den zivilisatorischen Herausforderungen gerecht zu werden, die für die 500 Millionen Bürger unseres Kontinents wirklich wesentlich sind.

Europa muss in der Krise die richtige Balance finden

Werner Langen

In der jetzigen Wirtschaftskrise liegt der Vergleich mit einem Fußballspiel nahe: In den USA stellte der Staat in den letzten Jahrzehnten lediglich den Zuschauer dar, der sich das Spiel der Wirtschaft anschaute. Im Sozialismus und Kommunismus hingegen agierte der Staat als Hauptakteur auf diesem Spielfeld. Richtig wäre es, wenn der Staat der Schiedsrichter ist. Er muss für alle Teilnehmer die Einhaltung der Regeln garantieren, damit ein faires Spiel stattfindet, und er muss ein wettbewerbsneutrales Marktgeschehen gewährleisten. Wir befinden uns jetzt in einer Phase, in der auch in Europa der Staat als Spieler aufs Spielfeld gegangen ist und dieser Zustand muss möglichst schnell zurückgeführt werden. Dies gilt vor allem, wenn man sich vor Augen führt, wie der Binnenmarkt als großes europäisches Projekt einmal gegründet wurde. Mit dem Kern der gemeinsamen europäischen Währung ist er entstanden als ein einmaliges Experiment mit einer dezentralen Verantwortung der Mitgliedsstaaten für die Haushaltspolitik und große Teile der Wirtschaftspolitik sowie einer zentralen Verantwortung für die Geld- und Währungspolitik in der EU. Dieses einmalige Experiment funktionierte in der Vergangenheit besser, als viele geglaubt hatten. Doch die EU hat sich nicht weiterentwickelt. Gerade jetzt in der Krise sind Egoismus sowie Rückzug auf den Nationalstaat als Phänomene überdeutlich geworden. In den letzten zehn Jahren konnten die nötigen Regulierungsinstrumente nicht

durchgesetzt werden. Tatsächlich birgt hier der nationale Protektionismus, der zu Beginn der Krise in Europa greifbar war, eine echte Gefahr. Die ersten „Rettungsprogramme“ waren national ausgerichtet. Mit großer Mühe ist es dann gelungen, dass Europa diese protektionistische Linie in seinen größten Nationalstaaten nicht weiter als Lösungsansatz verfolgt hat. Doch weder im Nizza-Vertrag noch im Vertrag von Lissabon sind die Instrumente ausreichend, um Europa in Zukunft als einen Global Player einzuführen und ihm politisch und wirtschaftlich stärkeres Gewicht zu verleihen.

Die Prognosen, dass es nun eine 20 Jahre lang anhaltende Rezession geben werde, sind jedoch völlig überzogen, falsch und durch nichts gerechtfertigt. Allerdings stellt uns die Welt eine Menge gewaltiger Aufgaben für die Zukunft. Bei der Überwindung der Armut zum Beispiel, bei der Herstellung der Energieversorgungssicherheit, bei Hygienefragen, beim medizinischen Fortschritt, bei der Zusammenarbeit der internationalen Staatengemeinschaft oder bei der Beseitigung von Ungleichgewichten. Die Aufgaben, die sich international stellen, nehmen nicht ab. Es gibt eine gemeinsame Verantwortung, sie anzupacken, auch um zur Friedenssicherung und zur Wohlstandsmehrung beizutragen. In dieser Hinsicht bleibt festzuhalten, dass neue internationale Konstruktionen erforderlich sind, die weit über die vorhandenen hinausgehen. Eine Untersuchung der UNO besagt, dass die Menschen ab einem Durchschnittseinkommen von pro Kopf zwischen 7000 und 8000 US-Dollar im Jahr erstmals über demokratische Rechte nachdenken. Dass sie aber erst ab einem Durchschnittseinkommen von 14.000 bis 15.000 US-Dollar pro Kopf im Jahr über Umweltfragen und gesellschaftliche Solidarität nachdenken. Beim Aufholprozess zu einem solchen Zustand besitzen die Industriestaaten, der reiche Westen vor allem, aber auch die führende Wirtschaftsmacht der Welt, die USA, die im Augenblick immerhin 23 % der Wirtschaftsleistung der Welt erbringt, eine größere Verantwortung als zuvor. In der Vergangenheit wurden lediglich drei Prozent des Einkommens gespart, stattdessen konsumierte man munter drauflos. Zuerst die Privathaushalte, dann der Staat und am Schluss beide zusammen, der Staat und die Haushalte, zu Lasten der gesamten Welt. Diese Ungleichgewichte müssen möglichst bald beseitigt werden und dazu gehört eben auch die moralische Komponente, dass

Freiheit und Verantwortung wieder mehr miteinander verbunden werden müssen. Wenn man das Beispiel der USA heranzieht, wo immer noch die Meinung herrscht, Kapitalismus nach amerikanischem Modell und Regulierung schlossen einander aus, wo 47 Millionen Menschen keinerlei mit europäischen Maßstäben vergleichbare Krankheitsabsicherungen haben, wo bis zu 10 % der jugendlichen Arbeitslosen aus der schwarzen Bevölkerung wegen Gewaltdelikten in den Gefängnissen sitzen, dann schneidet das europäische Modell, soziale Verantwortung moderat wahrzunehmen, dem Markt Regeln zu geben und den Staat auf seine eigentlichen Tätigkeiten zu reduzieren, klar besser ab.

Staatsverschuldung als Hypothek

Mit Blick auf die Zukunft hat die Frage, wie sich die Staatsverschuldung weiter entwickeln wird, eine enorme Bedeutung. Die ausufernde Verschuldung stellt eine gewaltige Hypothek für die künftigen Generationen dar. Daher muss das Thema abermals mit aller Ernsthaftigkeit angegangen werden. Im Rahmen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts ist dies versucht worden. Die unterschiedlichen Inflationsauffassungen in Europa konnten zu einem einheitlichen Konzept auf freiwilliger, koordinierender Basis zusammengeführt werden, aber durch die unterschiedlichen Versuche der Krisenbewältigung ist diese enge Abstimmung wieder völlig verloren gegangen. Hohe Inflationsraten, die bei einer Ausweitung der Staatsverschuldung, wie wir sie haben, auf mittlere Frist nicht auszuschließen sind, schaden vor allem den kleinen Leuten, den Rentenbezieher, die nicht mehr im aktiven Berufsleben stehen.

Dies war in Europa beispielsweise früher in Italien zu beobachten. Der italienische Staat befand sich nicht in der Lage, durch die regelmäßige Durchsetzung der Steuererhebung sich und seine Aufgaben zu finanzieren. Schließlich nahm die Staatsverschuldung den Bürgern das Geld indirekt wieder aus der Tasche, indem ihre Einkommen immer weniger wert wurden. Dieses System sicherte die so genannte „Scala Mobile“ ab, die Anpassung der Löhne an die Inflationsentwicklung alle drei Monate. Jeder glaubte, dass er letztendlich einen persönlichen Nutzen davontrug und alles gut ginge. Tatsächlich stellte sich heraus, dass die italienische

Wirtschaft und die italienischen Arbeitsplätze am Ende nicht mehr wettbewerbsfähig waren. In eine solche Spirale darf sich Europa nicht hineinbegeben. Deshalb sind scharfe Einschnitte notwendig. Untersuchungen, die aus früheren Krisen, etwa in Japan, vorhanden sind, zeigen ganz eindeutig, dass die Inflation dort zwar relativ gering blieb, aber gleichzeitig damit ebenso das Wirtschaftswachstum, und dass die Notenbank bei ihrer Zinspolitik überhaupt keinen Handlungsspielraum mehr besaß. Wenn der Notenbankzins bei null steht, lässt sich nichts mehr senken.

Europa ist handlungsfähig

In diesem Rahmen muss China in den Blick genommen werden. Vor allem die Klimapolitik stellt hier ein Problem dar. Es sind in diesem Politikbereich sehr ehrgeizige internationale Ziele verabredet worden, die in der Durchsetzung erhebliche Probleme bereiten. Ob sich das europäische Modell der Reglementierung und scharfen Grenzwerte weltweit durchsetzt oder doch mehr das technologieorientierte Modell der Amerikaner – das auch unter Präsident Obama dort bevorzugt wird –, das werden letztendlich in den nächsten zwei, drei Jahren wohl die Chinesen entscheiden. Es kommt darauf an, auf welche Seite der Klimapolitik sich China schlagen wird. Hinter 1,3 Milliarden Menschen steht eine ungeheure potentielle Wirtschaftskraft. Wenn die Chinesen aufgrund ihrer Geschichte, ihrer Überzeugungen, der Beispiele aus Hongkong und Taiwan heute überwiegend davon überzeugt sind, durch einen staatlich gesteuerten Wirtschaftszentralismus könne jeder Chinese reich werden, dann entsteht dort eine Dynamik einer kapitalistischen Diktatur, die im Streit um Rohstoffe, um Energieversorgungssicherheit und um die weltweite – auch politische – Führerschaft ein einiges und starkes Europa erfordert. Falls die Europäer weiter zurückfallen in einzelne nationale Strategien und ihre gesamteuropäische Verantwortung nicht stärker wahrnehmen, dann werden sie weltweit an Bedeutung verlieren und vielleicht zu einem Spielball der zukünftigen chinesischen Großmachtpolitik werden.

Die EU besitzt bisher keine Kompetenzen bei der Steuerpolitik, auch keine Kompetenzen bei der Haushaltspolitik. Aber sie ist für die Regulierung des

Binnenmarktes verantwortlich. Über dieses Mittel der Mindestregulierung hat die EU brauchbare Instrumente im Mitentscheidungsverfahren von Parlament und Rat, sofern die Regierungen an dieser Stelle nicht Blockademinderheiten organisieren, wie es bei der Finanzmarktregulierung in den vergangenen vier Jahren der Fall gewesen ist, sondern gemeinsam Verantwortung wahrnehmen. Insofern ist Europa bereits heute handlungsfähig, was den Gestaltungsspielraum bei der Setzung der Spielregeln und die Frage betrifft, welche Regeln der Schiedsrichter durchzusetzen hat. Doch nicht nur Politikversagen und Regulierungsversagen führte zur Krise, sondern insbesondere auch ein Markt, der keine festen Regeln kannte, an dem sich einzelne Marktteilnehmer frei bewegen konnten, ein Markt, der das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft verkannte. Das westeuropäische Wirtschaftsmodell (mit Ausnahme der britischen Inseln) war immer das Modell einer sozialen Marktwirtschaft und kein reiner Kapitalismus, auch keine Zentralwirtschaft. Soziale Marktwirtschaft erfordert Freiheit und Verantwortung. Aber der Bereich der Freiheit ist sowohl von der Politik als auch von verschiedenen Marktakteuren zu egoistisch ausgenutzt worden.

Leben über die Verhältnisse

Die Verantwortung kann allerdings nicht einseitig bei der Politik gesehen werden. Der Finanzmarkt besaß zum Beispiel in den USA im Jahr 2007 einen Anteil am Sozialprodukt von 7 %, aber einen Anteil an den Gewinnen von 41 %. Hier sind also große Gewinne durch Versagen der Marktstrukturen und durch mangelnde Regulierung entstanden, was nicht verantwortbar ist. Von den 30.000 Bediensteten bei Goldman Sachs haben im Jahr 2008, also mitten im Krisenjahr, 1.000 Personen jeweils mehr als eine Million US-Dollar an Boni erhalten. Diese Anreizsysteme waren völlig falsch und der Finanzmarkt konnte sich ungestüm entwickeln. Diese Zustände wurden international damit gerechtfertigt, dass sie notwendig, seien, damit das Kapital die optimale Verwendung fände und Investitionen weltweit zu vernünftigen Konditionen möglich wären. Aber die stürmische Gewinnentwicklung ist durch erhebliche Aufsichtsfehler und auch durch das radikale Ausnutzen der Freiheit am Markt gefördert worden. Sie ist nicht gedeckt durch tatsächliche Wirtschaftsgüter. Im Jahr 2007 betrug

das Gesamtvolumen der Derivate, der verschiedenen Finanzinstrumente am internationalen Finanzmarkt knapp 600 Billionen US-Dollar. Das gesamte Sozialprodukt aller 6,7 Milliarden Menschen in diesem Jahr betrug dagegen noch nicht einmal 10 % dieser Summe: nur 9,5 % des Derivatvolumens erreichte die tatsächlich erwirtschaftete Leistung nach den Kriterien des Weltsozialprodukts. Im Vergleich zum Jahr 2000 wird deutlich, wie sich dieses Verhältnis in den Jahren zwischen 2000 und 2007 durch politische Fehlentscheidungen der USA – auch der Zentralbank – durch eine Politik des billigen Geldes, durch die Tatsache, dass die USA weitgehend zu Lasten des Restes der Welt gelebt haben (beispielsweise in den Bereichen der Energieverschwendung oder der Finanzierung ihres Staatsdefizits) stetig vergrößerte. Die USA waren dabei darauf angewiesen, dass die Ölstaaten und China hohe Währungsreserven in Dollar anhäufeten. Dadurch haben die Chinesen und die Ölstaaten es ermöglicht, dass die USA über ihre Verhältnisse leben konnten.

Falsche Anreizsysteme und Blockaden

Diese Aufblähung des Finanzmarktes lässt sich durch eine Änderung der Regeln nicht sofort zurückführen, aber dennoch sind erste Anpassungen notwendig und nicht wirkungslos. Zu diesen Anpassungen gehört eine Reform der Rating-Agenturen, welche praktisch staatliche Funktionen übernommen haben. Auf ihre Beratung und Bewertung der Stabilität und Verlässlichkeit hinsichtlich der jeweiligen Finanzkraft von Unternehmen und Staaten, verließen sich alle, die Aufsichtsbehörden, die Kunden, die anderen Banken. Darüber hinaus sind Derivate und neue Finanzmarktprodukte durch das Vermischen unterschiedlicher Risiken ohne jede Eigenrisikobeteiligungen entstanden, das heißt: Leerverkäufe von Krediten und Fonds, ohne das derjenige, der dieses neue Finanzmarktinstrument erfunden hatte, am Ende auch nur annähernd ein Risiko in Kauf nehmen musste. Wenn das Produkt die Bank verlassen hatte, dann war das Risiko wie von Geisterhand verschwunden und weltweit verteilt. Es existierten einfach keine Vorschriften für diesen Handel. Zusätzlich wurden langfristige Bewertungen in kurzfristige Bewertungen umgestellt, die Bilanzierungsregeln geändert und unter dem Begriff des Fair-Value kurzfristige Buchgewinne als Dividende oder

als Boni ausgezahlt. Dies geschah ohne Rücksicht auf die spätere Haftung oder auf die langfristigen Wirkungen. Die unterschiedlichen Bilanzierungsregeln in Europa und in den USA führten zu teilweise gewaltigen Unterschieden in den Bilanzen. Solche Anreizsysteme ermöglichten die rasante Entwicklung der Finanzzentren in Europa, etwa in London und Dublin. Hier haben wir in der EU keine Kraft gefunden, notwendige Regulierungen in einer einheitlichen Finanzmarktaufsicht durchzusetzen. Vor allem Großbritannien und Irland haben die Mindestregulierung in den letzten fünf Jahren blockiert, aber auch neue Mitgliedsstaaten lieferten dabei Unterstützung. Tschechien, teilweise auch Polen, die baltischen Staaten, die skandinavischen Staaten. Es kamen also keine Mehrheiten in den europäischen Gremien für die Regulierung zusammen und der zuständige irische Binnenmarktkommissar Charly McCreevy blieb über vier Jahre hinweg untätig. Er ließ alle Initiativen abprallen. Erst unter dem massiven Druck der Krise wurde hier ein Handlungsbedarf akzeptiert.

Hierbei gilt es der Vollständigkeit halber anzumerken, dass das Thema Hedgefonds in diesem Kontext ein absolutes Nebenthema ist, das von den Sozialdemokraten und Sozialisten aufgegriffen wurde. Die Hedgefonds waren tatsächlich überwiegend selbst Opfer dieser Krise. Sie beanspruchten keine staatlichen Hilfen. Staatliche Hilfen nahmen hingegen diejenigen in Anspruch, welche die neuen Finanzmarktinstrumente extensiv nutzten, ohne sich darum zu kümmern, dass in einer sozialen Marktwirtschaft die Freiheit des Marktes mit der Verantwortung des Individuums verbunden sein muss.

Die Finanzkrise ist eine politische Krise

Ursachen der Finanzkrise

Georg Milbradt

Kern der Finanz- und Wirtschaftskrise ist nicht eine Krise des Marktes, sondern eine Krise des Staates. In den USA ist eine falsche Politik und falsche Regulierung betrieben worden. Erkennen lässt sich dies etwa daran, dass unter Präsident Bill Clinton ein Gesetz mit einem Rechtsanspruch auf Kredit verabschiedet wurde. Dieses Gesetz sieht vor, dass jeder von einer Bank Kredit bekommen muss. Wenn ihm kein Kredit gewährt wird, wird die Bank bestraft. Bemerkenswert war dabei vor allem die Möglichkeit der Beleihung von Immobilien in Höhe von 100%. Das bedeutete, jemand, der keinerlei Sicherheiten vorweisen konnte, besaß trotzdem den Anspruch, ein Haus voll finanziert zu bekommen. Eine zusätzliche persönliche Haftung war dabei nicht vorgesehen. Wenn also die Finanzierung des Hauses misslang, gab man in Amerika den Schlüssel einfach bei der Bank ab. Damit war der Kredit getilgt. Für Europäer ist das eine völlig ungläubliche Vorstellung. Auf dem Immobilienmarkt wurden hierdurch Spekulationen angereizt: Wenn die Immobilienpreise stiegen, gewann man, falls aber nicht, stieg man aus, und der Staat ersetzte am Ende das Geld.

Im Bankensektor war es ähnlich. Die Amerikaner erlaubten, dass eine Bank auf der Basis sehr geringen Eigenkapitals betrieben werden durfte. Dies bedeutete, dass die Eigentümer auch nur mit ihrem – generell sehr niedrigen – Eigenka-

pital hafteten. Hinzu kam eine Buchhaltungsregel, die es ermöglichte, nicht realisierte Gewinne über das so genannte „Fair-Value-Accounting“, also zum üblichen Markt- oder Zeitwert auszuschütten. Die Fair-Value-Bewertung kann jedoch zu erheblichen Wertschwankungen führen, die prozyklisch sind und sich deshalb auf Krisen verstärkend auswirken. Wenn bei steigenden Preisen in den Bilanzen nicht realisierte Gewinne entstanden, die ausgeschüttet wurden, ging das auf Kosten des Eigenkapitals der Bank. So konnte man also eine Bank quasi ohne eigenes Risiko betreiben. Dass die Aktionäre einer solchen Bank und auch ihre Manager an einem solchen System nur gewinnen konnten, ist klar. Doch Märkte funktionieren nicht ohne Haftung, und zwar persönliche Haftung für Verluste. Bezogen auf die Finanzwirtschaft heißt das: Es wird mehr Eigenkapital benötigt. Je mehr Eigenkapital vorhanden ist, desto langfristiger wird die Kalkulation der Aktionäre und in der Folge auch die der Manager. Diesbezüglich waren es also nicht nur die Manager, die sich falsch verhalten haben, sondern auch die Aktionäre. Sie konnten aufgrund der Quartalsbilanzen und -gewinne nach amerikanischem Recht die entsprechende Dividende kassieren. Deshalb drängten sie die Manager, eine solche Geschäftspolitik zu betreiben, da diese ja vor allem in ihrem eigenen Profitinteresse lag.

Dieser Unsinn aus Amerika wurde dann in den zentraleuropäischen Ländern, zum Beispiel in Deutschland, nachgemacht. Dort existierte zuvor, etwa bei der Buchhaltung, ein anderes System. Nicht realisierte Gewinne durften nicht ausgewiesen und nicht ausgeschüttet werden. Doch dann forderten die Banken vor einigen Jahren von der Regierung eine Änderung der deutschen Buchhaltungsregeln mit der Begründung, sie könnten aufgrund der deutschen Bilanzierungsregeln nur wenig Gewinn ausweisen, weswegen auch die Aktienbewertungen niedrig blieben und sie in Gefahr gerieten, von den gewinnstarken amerikanischen Banken aufgekauft zu werden. Durch eine Änderung der Regeln, mit der auch in Deutschland nicht realisierte Gewinne in den Bilanzen der Banken ausgewiesen werden könnten, wären sie in der Lage, eine höhere Gewinnmarge zu präsentieren, durch die dann ihre Aktienkurse steigen würden. Als Ergebnis ihrer Lobbyarbeit bekamen die Banken ein neues Recht. Die deutsche Regierung hörte auf sie und änderte ein Gesetz, welches in den 1870er

Jahren in Deutschland als Reaktion auf die damalige Gründerkrise eingeführt worden war. Offensichtlich hatten mittlerweile alle vergessen, dass eben jene Bilanzierungsregeln, die nun geändert wurden, genau solche Dinge vermeiden sollten und jetzt, nach über 130 Jahren, machte man in Deutschland denselben Fehler wie unsere Urgroßväter.

Im Rahmen der internationalen Finanzkrise waren es daher nicht die Boni und die Gier der Banker, welche die Krise auslösten, sondern ein völlig falsch konstruiertes Bankensystem, das im Grunde genommen wie ein Casino funktionierte. Mit dem Vorteil, dass bei Verlusten der Staat das Geld zurückerstattete, Gewinne aber einbehalten werden durften. Es ist somit zunächst festzuhalten, dass letztendlich nicht nur *Wallstreet* spekulierte, sondern auch „*Mainstreet*“. Diese Spekulationen besaßen darüber hinaus in Amerika auch einen politischen Hintergrund: Die amerikanische Konjunktur, die seit 1980 ständig gestiegen war, sollte weiter angetrieben und die Rückschläge, die sich durch die Krise am Neuen Markt im Jahre 2000 und durch den Anschlag in New York im Jahre 2001 ergeben hatten, kompensiert werden. Es wurde also der Versuch unternommen, gegen zu steuern und eine antizyklische Politik zu betreiben. Dies war gerade im Immobiliensektor wunderbar möglich, denn die Hausbesitzer erhielten bei steigenden Preisen die Möglichkeit, den gestiegenen Wert beleihen zu können. Es kam dementsprechend auf der Grundlage unsicherer Kredite eine richtig große Konsumwelle in Gang. Die restliche Welt ließ sich dies gefallen, da schließlich etwa ein Viertel des weltweiten Konsums in den USA getätigt wurde. Vor allem die Exportländer, insbesondere China und Deutschland, profitierten davon. Die Deutschen lieferten den Chinesen die Maschinen, damit die Chinesen den Amerikanern die Konsumgüter liefern konnten. Aber irgendjemand musste in diesem Kreislauf schließlich bezahlen, und bezahlt haben letztlich – weltwirtschaftlich betrachtet – die Länder mit Exportüberschüssen, also vor allem China, Deutschland, Russland und Saudi-Arabien. Es ist demnach natürlich kein Wunder, dass die Deutschen somit jetzt über die Finanzierungsseite der Krise mit betroffen sind. Allerdings muss man dabei stets hinzufügen (und das gilt indirekt auch für Polen), dass an der amerikanischen Misswirtschaft zuvor beträchtlich verdient wurde und ein Teil des Wirtschaftswachstums in Europa auf – direkten

oder indirekten – Güterlieferungen in die USA beruhte. Ich halte es deshalb für Heuchelei, jetzt allenthalben über eine verschlechterte Lebensqualität der Menschen zu klagen. Natürlich existiert eine Krise, was bedauerlich ist, aber es darf dabei nicht vergessen werden, dass wir an der Unsolidität, die Auslöser der Krise war, zuvor auch Gewinn machend partizipiert haben. Betrachtet man jetzt den amerikanischen Finanzsektor mit seinen Überschüssen und Ungleichgewichten im Weltmaßstab, bleibt meiner Meinung nach festzustellen: Bisher wurde in diesem Bereich nichts grundlegend verändert.

Bessere Regulierungen sind notwendig

Im Bankenwesen ist der Aspekt des Vertrauens von herausragender Bedeutung. Zu Beginn der Finanzkrise machten sich die Auswirkungen des Vertrauensverlustes gerade in dem Moment bemerkbar, als die Banken nicht mehr zahlungsfähig waren. Bei genauer Betrachtung handelte es sich dabei um eine Vertrauenskrise vor allem unter den Banken, die sich gegenseitig nicht mehr trauten, weil niemand wusste, wie viele der so genannten Toxic Assets, der „vergifteten Papiere“, deren Preise stark gefallen waren und für die es keinen funktionierenden Markt mehr gab, in den jeweiligen Bilanzen vorhanden waren. Also brachen zuerst die Finanzierungen zwischen den Banken und anschließend die Banken selbst zusammen, weil natürlich jede Bank in dem Moment bankrott ist, wenn ihre Gläubiger ihr Geld zurückverlangen. Aber wenn das Vertrauen in das Bankensystem verschwunden ist, verliert letztlich der Sparer sein Geld, denn dieser ist der Hauptanleger des Bankensystems. Gerade deshalb wird der Bankensektor besonders stark reguliert. Der Staat trägt angesichts dieser Regulierung eine besondere Verantwortung. Diesbezüglich hat er jedoch teilweise versagt, weil er seine Regulierungspflichten faktisch privatisiert hat. Der Einsatz privater Rating-Agenturen, deren Wertungen der Staat ungeprüft übernahm, ist hierfür das beste Beispiel. Wenn man sich vor Augen führt, dass die Rating-Agenturen von denjenigen bezahlt wurden, die zugleich als Emittenten der Wertpapiere agierten, kann man über die teilweise überraschend guten Rating-Ergebnisse nicht mehr verwundert sein. Banken konnten sich sogar selbst an die Rating-Agenturen wenden, um zu erfahren, wie sie ihr Geschäft strukturieren mussten,

um anschließend ein Spitzen-Rating zu bekommen. Letzten Endes verdienen die Rating-Agenturen also zweimal: Einmal an der Beratung und anschließend am Stempel für das hohe Rating. Solche Praktiken bedeuten Fehlanreize. Wenn der Staat also regulieren soll, muss er auch in der Lage sein, sich selbst über die Risiken des Marktes zu informieren und darf diese Angelegenheit nicht privatisieren. Meine Schlussfolgerung lautet daher zunächst: Die eigentlichen Ursachen der Krise müssen bekämpft werden. Oberflächliche Maßnahmen wie Banker-Boni zu beschränken oder den Staat in eine völlig neue Rolle als Bankenretter zu bringen, sind dagegen erfolglos. Der Staat muss seine Pflichtaufgaben, die er in der Vergangenheit nicht ausreichend erledigt hat, erfüllen. Wir benötigen deshalb aber nicht *mehr* Staat, sondern vielmehr ein besseres staatliches Einwirken auf die Rahmenbedingungen der Finanzmärkte.

Wie kommen wir zu einer solchen besseren staatlichen Regulierung? Wenn es in Amerika am Kreditmarkt einen in der bereits angesprochenen Form gestalteten Rechtsanspruch auf Kredit ohne Risiko gibt, so kann ich nur sagen: Diese Form von Sozialpolitik funktioniert nicht, wenn man den Menschen helfen will. Dazu müssen sie Geld aus der Staatskasse bekommen, aber nicht das Recht, von der Bank einen Kredit zu erhalten, den sie nicht zurückzahlen können und das auch noch in einem System der persönlichen Verantwortungslosigkeit. Wenn wir also Verantwortung einfordern, dann auf allen Ebenen. Der Staat sollte sich hierbei auf das konzentrieren, was er kann. Damit meine ich, die Regulierung der Märkte, so dass solche Fehlentwicklungen sich nicht wiederholen. Sozialpolitik sollte der Staat nur mit den Mitteln machen, die er speziell für dieses Politikfeld besitzt. Er darf jedoch nicht aus sozialen Motiven heraus in das prinzipiell eigenständige Marktgeschehen eingreifen. Die Schlimmsten sind in diesem Fall nicht die Spitzbuben, sondern die Gutmenschen. Diejenigen, die was Gutes wollen, deren Handlungsergebnisse aber nicht gut sind. *Gut gemeint* ist noch lange nicht *gut getan*. Schon die Bibel sagt: „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen“ (Mt 7,16) – nicht an den guten Motiven, sondern an dem, was tatsächlich als Resultat herauskommt. Die Problematik im Augenblick ist, dass manche Staaten so tun, als könnten sie die Fehler, die zur aktuellen Krise geführt haben, durch neue Regulierungen beseitigen. Die Engländer und die Ameri-

kaner denken aber nicht daran, etwas an ihrem Finanzsystem zu ändern, weil sie dieses als Wettbewerbsvorteil gegenüber den kontinentaleuropäischen Finanzsystemen ansehen. Möglicherweise wären sonst die Bankplätze in London oder New York nicht so groß geworden. Andererseits greift der Staat nun unter dem Vorwand der Krise massiv mit Konjunkturprogrammen in die Wirtschaft ein, die jedoch irgendwann auch bezahlt werden müssen: Mit Hilfen an Unternehmen, wie zum Beispiel in Deutschland an die Automobilindustrie durch die Abwrackprämie, an Unternehmen wie Opel, die nicht in Schwierigkeiten gekommen sind aufgrund der Finanzmärkte, sondern, weil sie schlechte Autos produzierten und offensichtlich am Markt vorbei operierten. Diese Maßnahmen, die im Augenblick unter der Parole gemacht werden: „Wir müssen etwas Gutes für die Menschen tun“, sind äußerst besorgniserregend, insbesondere in dem Augenblick, in dem der Aufschwung wieder einsetzt und der Staat seine Maßnahmen zurückfahren muss.

Die Politik, welche in den großen Ländern teilweise betrieben wird, ist nahezu dieselbe, die zu der Krise geführt hat. Die amerikanische Politik der Jahre 2000 bis 2004 wird als Heilmittel für die heutige Krise genutzt. Die Diskussion, die jetzt politisch als Antwort auf die Krise geführt wird, enthält Vorschläge, die eine Wiederholung der Krise nicht verhindern können, sondern ganz im Gegenteil eine Wiederholung sehr wahrscheinlich machen. Billiges Geld, sehr niedrige Zinsen, kein Risiko und jeder bekommt Geld vom Staat. Damit ist nicht Polen gemeint, sondern es sind die großen Mitgliedstaaten in Europa, die riesige Hilfsprogramme für ihre Wirtschaften aufgelegt haben. Dabei erhält auch derjenige Unterstützung, der nicht aufgrund der Krise, sondern wegen falscher Geschäftsmodelle in Schwierigkeiten gekommen ist. Deshalb wird das ganze hier eingesetzte Geld keine nachhaltige Wirkung erzielen. Es muss später aber vom Steuerzahler oder über die Inflation, dann eben von allen, bezahlt werden, da es die sowieso schon überschuldeten Staatshaushalte zusätzlich belastet. Hier liegen die eigentlichen Schwierigkeiten. Aus diesen Gründen sollten die richtigen Schlussfolgerungen gezogen werden. Man sollte sich nicht von falschen Emotionen leiten lassen. Es ist deswegen besser, wenn jemand versucht, vernünftig etwas an den Rahmenbedingungen zu verändern, als gleich die Welt

an sich verbessern zu wollen. Die Welt bleibt dem Schlechten wie dem Guten zugeneigt. Politik hat die Aufgabe, die Versuchungen zum Schlechten einzugrenzen, zu reduzieren; völlig auszuschließen sind sie nicht.

Menschenverstand und Nüchternheit

Es bleibt zu hoffen, dass die Regierungen die richtigen Schlussfolgerungen ziehen. Denn, sollten wir nicht zu einer politischen Rückführung der Lage fähig sein, ist der nächste Crash schon heute absehbar. Was aber heißt zurückführen? Es bedeutet, dass die Staatsausgaben reduziert und die Steuern und Zinsen erhöht werden müssen. Alles unpopuläre Maßnahmen, bei denen es wird heißen: „Dieses kleine schwache Pflänzlein des Aufschwungs wird jetzt von der bösen Politik zertrampelt. Wartet doch ein bisschen, bis sich die Lage gebessert hat“. Doch dann kann es schon zum nächsten Knall gekommen sein. Diese Entscheidungssituation zwischen Unterstützung der Wirtschaft und Abwarten einerseits und Rückführung der Staatsausgaben und grundlegenden Rahmenreformen andererseits hat weitaus mehr Beachtung verdient als die Diskussion über Banker-Boni, deren Beschneidung momentan fälschlicher Weise als Allheilmittel gilt. Zusätzlich redet man viel zu viel von Moral. Moral ist wichtig, aber dadurch, dass sie nur gepredigt wird, verbessert sich die Welt nicht. Stattdessen müssen die Regeln entsprechend gestaltet werden. Wenn die falschen Anreize und Versuchungen zu groß sind, hilft die Predigt nicht viel. Deswegen sollten wir uns nicht nur auf das Predigen verlegen, sondern auch darauf, die Versuchungen dieser Welt zu reduzieren, damit die Chancen für gute Taten größer werden. Die Diskussion benötigt insofern insgesamt mehr politisch-wirtschaftlichen Menschenverstand und Nüchternheit.

Bei der Frage der Währungspolitik ist davon auszugehen, dass in den USA eine gewisse Inflation in die Strategie mit einbezogen wird. Da Amerika Nettoschuldner ist, hat dies seine Vorteile. Die Beunruhigung der Chinesen diesbezüglich, die eine neue Weltwährungsordnung fordern, und die der arabischen Staaten, die im Augenblick auf einer großen Menge Dollarreserven sitzen, weisen darauf hin, dass sie die Angelegenheit genauso betrachten. Vermutlich wird man also

in den USA aufgrund der großen Schulden das Preisniveau, die Inflation, als Instrument zur Lösung der Krise nutzen. Doch die dortige Nähe der Regierung zur Notenbank ist außerordentlich gefährlich. Der politische Einfluss auf die Notenbank in Amerika wurde in letzter Zeit nicht geringer, sondern größer. Für den Euroraum bleibt daher zu hoffen, dass die Unabhängigkeit der Zentralbank bewahrt und der Zugriff der Staaten auf die Notenbank verhindert werden kann. Selbst die besten Regeln der Europäischen Notenbank werden nichts nützen, wenn alle Euroländer gemeinsam versuchen, eine Politik des leichten Geldes zu machen und insbesondere die Konsequenzen der Verschuldungspolitik der letzten Jahre weiterzuwälzen. Doch es gibt Hoffnung, dass es anders kommen wird, besonders durch die deutsche Öffentlichkeit, die ja besonders inflations-sensibel reagiert, wenn ihre Regierung einer Politik des leichten Geldes zusammen mit anderen Ländern, z.B. Frankreich oder Italien, folgen würde. Im Falle der Nicht-Euroländer besteht jedoch die Möglichkeit, durch den Wechselkurs, eine eigene, flexiblere Politik zu betreiben.

Was hingegen den Rückzug der Politik aus der Wirtschaft betrifft, stellt sich die Situation nicht so optimistisch dar. In den letzten Monaten und Jahren wurde den Bürgern eine Allmacht der Politik und des Staates vorgegaukelt. Die Gesellschaft wurde dadurch im Grunde genommen wieder mit dem Gift des Sozialismus geimpft. Es wird daher einer erheblichen politisch-publizistischen Anstrengung bedürfen, die Bevölkerung wieder in die Lage zu versetzen, eine Politik zu verstehen, die einen Rückzug des Staates vom Spielfeld der Wirtschaft zurück in die Rolle des Schiedsrichters bedeutet. Doch auch das liberale Modell der Amerikaner und Engländer wird überdacht und reformiert werden müssen. Grundsätzlich wird Marktwirtschaft nach amerikanischem Modell, ohne Risiko, ohne persönliche Haftung, so nicht weiter funktionieren. Früher oder später müssen auch die Amerikaner das einsehen und akzeptieren. Eine gewisse Begrenzung von Haftung in der Wirtschaft existiert zwar immer, denn die Zeiten von Schuld-Sklaverei und Schuldgefängnissen sind Gott sei Dank vorbei. Auch gibt es in den Wirtschaftsgesellschaften eine Haftungsbeschränkung auf das Eigenkapital. Trotzdem gibt es sehr gute Gründe, die Eigenkapitalregeln so zu verändern, dass die negativen Anreize durch zu geringe Haftungsbeschränkung verringert werden.

Deutschland sollte Verantwortung übernehmen

Die Europäische Union besitzt in der Krisenbewältigung allerdings keine Kompetenzen und sollte auch nicht so tun, als ob sie Kompetenzen hätte. Ein Teil der europäischen Politik erweckte bereits den Anschein, als könne man durch ein europäisches Konjunkturprogramm irgendetwas verbessern. Doch es ist genau umgekehrt. Das Risiko dieser Krise im finanziellen Bereich bestand im Zusammenbruch der Banken und damit im Verlust der Sparguthaben. Was die Regierungen daraufhin taten, war zunächst einmal richtig, nämlich die Sparguthaben zu garantieren. Diese Garantie galt aber erst einmal nur für die jeweilige nationale Bevölkerung. Gäbe es eine andere europäische Verfassung, eine andere europäische Zuständigkeit, auch eine andere Form von Solidarität, könnte man solche Maßnahmen auch auf der europäischen Ebene ergreifen. Doch selbst der Lissabon-Vertrag bietet meiner Meinung nach bei einer solchen Krise keine Möglichkeit, das Problem rein europäisch zu lösen. Deswegen bleibt Europa – leider – nur die Möglichkeit zu koordinieren. Dabei darf sich dennoch keiner hinter dem anderen verstecken nach dem Motto: Weil die Amerikaner nicht wollen, machen wir in Europa auch nichts. Oder: Weil die Engländer dagegen sind, um ihren Finanzplatz London zu schützen, erzählen wir unserer eigenen Bevölkerung, wir könnten leider nichts tun. Im Gegenteil, es sollten die Länder, die Verantwortung übernehmen können und wollen, diese auch übernehmen. Hieraus ergäbe sich ein positiver Anreizeffekt. Angenommen, die kontinentaleuropäischen Länder, die sich ja am ehesten einig sind, erreichten eine abgestimmte Politik, würde das auch die anderen verändern. Im Übrigen ist selbst Deutschland in diesem Bereich einflussreich genug, um den ersten Schritt zu tun. Man braucht nicht zu warten, bis alle 27 oder auch nur die fünf oder sechs Großen einverstanden sind. Deutschland sollte seine Chance nutzen, seiner Verantwortung als größte Wirtschaftsnation in Europa folgen und seinen Beitrag zur strukturellen Bewältigung der Krise leisten.

3. Herausforderungen angesichts der Krise in Kultur und Kommunikation

Aktuelle Herausforderungen angesichts der Krise in Kultur und Kommunikation

Jan Miodek

„Herausforderungen angesichts der Krise in Kultur und Kommunikation“, „sprachliche Fehler“ – all dies sind Themen, über die ich als eingefleischter Optimist nicht allzu gerne rede. Stattdessen würde ich lieber über die Kreativität des Menschen in den Bereichen Sprache und Kommunikation reden. Im Blick auf das Leitmotto der Krakauer Konferenzreihe – „Die Rolle der katholischen Kirche im europäischen Integrationsprozess“ -, in deren Rahmen auch das heutige Symposium stattfindet, würde ich gerne ein paar Gedanken zum Wortschatz des Christentums skizzieren, um aufzuzeigen, dass die christliche Terminologie einen integralen indoeuropäischen Charakter hat. Diese Terminologie – z.B. Gott, Papst, Bischof, Dekan, Domkapitular, Pfarrer, Kaplan, Hl. Messe, Evangelium, Mission usw. – ist nämlich zutiefst indoeuropäisch, d.h. griechisch-lateinisch, und gelangte durch das Althochdeutsche direkt über die altschechische Sprache nach Polen. Auf diese Weise wurde der christliche Wortschatz tief im Polnischen verwurzelt. Doch wie würde heute unsere religiöse Sprache aussehen, wenn wir damals im 10. Jahrhundert lauter Euroskeptiker gehabt hätten, die sich vor einem vereinigten christlichen Europa gefürchtet hätten? Aufgrund meiner optimistischen, wohlwollenden Grundeinstellung zur

Welt und zum vereinigten Europa habe ich keine Angst um das weitere Schicksal der polnischen Sprache. Ich befürchte also nicht, dass das Polnische eines Tages von der Landkarte Europas verschwinden wird. Aber da wir über die gegenwärtigen Herausforderungen angesichts der Krise in Kultur und Kommunikation zu reden haben, möchte auch ich eine gewisse Unruhe nicht verhehlen. Denn auch ich gehöre zu denen, die in der sog. „Medienidiotie“ – ein aus der Verschmelzung von „Medien“ und „Idiotie“ entstandener Neologismus – ein äußerst beunruhigendes Phänomen sehen.

Zum ersten Punkt meiner Überlegungen: „Instrumente, die der Existenz im öffentlichen Raum dienen. Quelle des medialen Erfolgs“. Denn ist es vielleicht nicht so, wie dies unlängst die polnische Publizistin Józefa Hennelowa in der Krakauer Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny* in Form einer Frage ausdrückte: „Was ist zu tun, um im öffentlichen Raum fortzubestehen?“ – Nun, man muss Erfolg haben! Aber genügt es wirklich, erfolgreich zu sein? Also z.B. ein interessantes Buch herauszugeben, künftige Preisträger von Schulolympiaden zu erziehen, eine gelungene Operation hinter sich zu haben oder als bekehrter Sünder einen Journalisten dazu zu bringen, das Mikrofon oder die Kamera auf diejenige Person zu halten, die der Urheber des Erfolgs ist? Man könnte eine unendliche Liste von Erfolgen erstellen, die nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen. Weitaus sicherer ist es, bestimmte Ärzte oder Krankenhäuser vor Gericht zu bringen – insbesondere dann, wenn sofort klar ist, dass Verdacht auf Korruption oder unmoralische, illegale Verbindung zu Politikern besteht. Am besten ist es jedoch, in Begleitung zahlreicher pathetischer oder beleidigender Worte richtig Krach zu schlagen. Denn je pathetischer die sprachliche Ausdrucksweise und je rücksichtsloser die erhobenen Anklagen sind, desto größer ist die Chance, dass die Aufmerksamkeit der Medien nicht erlischt, wobei die Zahl der Kommentatoren – darunter auch der Verbündeten – unweigerlich wachsen wird. Zur gleichen Zeit mögen wichtige und bedeutende Ereignisse stattfinden, aber für diese fehlt es nun sowohl an medialer Aufmerksamkeit als auch an Raum in den Fernseh- und Rundfunknachrichten (allenfalls marginale Erwähnung!). So ist das also, meine Damen und Herren! Wir haben es mit einer Hetzjagd nach Sensationen zu tun, mit Hilfe einer von Extremen überfrachteten, zunehmend

brutaleren Sprache. Ich als alter Fußballspieler und Fußballfan sehe sogar im Bereich des Sports, dass das Verb „ein Faul begehen“ aus dem Wortschatz der jungen Sportberichterstatter inzwischen fast völlig verschwunden ist. All die Tomaszewskis und Muszyńskis – die vorherige Generation hervorragender Sportjournalisten – sprachen noch stets von „Faulspielen“. In der Sprache der jüngeren Sportberichterstatter, die etwa im Alter meines Sohnes, also knapp über 30 Jahre alt sein mögen, fault ein Fußballer einen anderen nicht mehr, sondern „macht ihn kaputt“, „demoliert“ oder „massakriert“ ihn, wobei „Blut fließt“. Es gibt auch kein verlorenes Match mehr, sondern es heißt: „Polen hat Bulgarien massakriert“. So wie etwa beim Endspiel der Basketball-Europameisterschaft von 2009 in Breslau, das Polen gewann. In den Schlagzeilen der Sportpresse war dabei davon die Rede, dass die Polen die Bulgaren „erschossen“ haben. Oder: „Sie haben Blut geleck!“ Die Rezensenten moderner Musik weisen bei der Einladung zu attraktiven Konzerten vorsorglich darauf hin, dass es dort „richtig weh tun“ bzw. „Blut fließen“ werde. Unternehmen sprechen in ihren Reklamespots inzwischen nicht mehr davon, dass sie besser sind als andere, sondern drücken sich komprimierter aus: „Unsere Firma löscht ihre Konkurrenten aus!“

Wenn wir also schon beim Auslöschen sind, können wir folgenden Gedanken weiterentwickeln: „Die digitale Wirklichkeit ist die dominierende Kraft bei der Erzeugung der kommunikativen Verhaltensweisen der Gegenwart. Die sprachlichen Ausdrucksmittel werden zunehmend digitaler“. Da ich vorhin bereits Józefa Hennelowa und den *Tygodnik Powszechny* genannt habe, sei es mir an dieser Stelle gestattet, auch einen anderen Feuilletonisten dieser Krakauer Wochenzeitung zu zitieren – den bekannten polnischen Regisseur Jan Klata, der unlängst die neue Situation im Kommunikationsbereich beschrieb, die allmählich auch Eingang in die religiöse Sphäre findet: „Hier spricht Gott. Ich kann jetzt nicht ans Telefon gehen. Bitte hinterlassen Sie eine Nachricht oder rufen Sie später noch mal an. Wer weiß, vielleicht erhalten Sie dann eine Antwort!“ Dies ist eine Aktion des holländischen Künstlers Johan van der Dong, die Stellung zu einem Ritual nehmen soll. Denn van der Dong, der Schöpfer des „heißen Drahtes“ zu Gott, stellt scharfsinnig fest, dass die Menschen von

heute in ständiger Eile leben. Daher schlägt er ihnen eine neue, bessere Form des Kontakts zum Allerhöchsten vor – gleichsam ein Ritual in wasserlöslicher Form. „Das ist ein bedeutendes Kunstwerk“ – betont van der Dong abschließend. Dies kommentiert Jan Klata wie folgt: „Rein pragmatisch gesehen verkündet van der Dong einen revolutionären Fortschritt. Bisher mussten die Leute in die Kirche gehen, um zu beten. Nun ja, warum sollte jemand noch diese gigantische Telefonzelle betreten, während die ganze Welt voranschreitet? Anstatt Gott in der Kathedrale zu begegnen, kann man Ihn auch im Handy haben. Die Entfernung wird geringer und passt sich den Realien des nomadischen 21. Jahrhunderts an. Man kann ferner Zeit einsparen. Denn man kann gleichzeitig den Allerhöchsten anrufen, am Steuer eines schnelles Auto sitzen, Fast-Food-Gerichte essen und viele andere Tätigkeiten verrichten, die im Gotteshaus nicht möglich waren. Du kannst nur eine Woche lang Nachrichten hinterlassen, dann wirst Du auf den Besuch von Kathedralen, Kirchen und Basiliken angewiesen sein“.

Die Digitalisierung der uns umgebenden Welt beinhaltet zwangsläufig eine Digitalisierung der sprachlichen Ausdrucksformen. Denn immer weniger 30-, 50- oder 70-Jährige werden in Zukunft davon sprechen, dass sie sich geistig oder physisch regenerieren müssen. „Weißt Du, ich muss mich jetzt resetten“ – wird vielmehr ein Sanitäter der Bergwacht nach einer schwierigen Rettungsaktion sagen. Der Feuilletonist wird scherzhaft anmerken, dass sich ihm ein gewisser Gedanke festgesetzt habe, der sich um nichts in der Welt „deleten“ lasse. Dabei weiß er, dass er mit solchen Formulierungen großen Erfolg bei der Leserschaft haben wird, da ja jeder fünf- oder zehnjährige Knirps genau weiß, was man anstellen kann, wenn man versehentlich die Computertaste „Delete“ drückt! Als Synthese meiner bisherigen Überlegungen möchte ich einen Kommentar des bekannten polnischen Publizisten Tomasz Lis wiedergeben: „Im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten muss man jetzt vom »resetten« sprechen, da die Amerikaner gegenüber uns den Begriff »delete« gebraucht haben“. Und weil wir uns im Bereich einer eher weitmaschig verstandenen Religiosität und Kirchlichkeit befinden, sind bestimmte Schlagzeilen der heutigen katholischen Presse inzwischen unübersehbar geworden, wie z.B. „Marketing des Glaubens“, „Glaube an das Marketing“, „Gott auf der Plakatwand“, „Ein Cappuccino mit

dem Herrgott“, „Christus würde PowerPoint benutzen“ oder „Jesus mit dem Laptop unterm Arm“. All dies sind Nachrichten, die auf Symposien zum Predigtwesen der Gegenwart auftauchen. Es geht um einen Stilkonflikt zwischen Tradition und Moderne. Auf der Seite der Moderne stand einst der unvergessliche Geistliche und Theologieprofessor Włodzimierz Sedlak, der in seinem Werk „Die Technologie des Evangeliums“ u.a. vom „Gott des Kraftfahrzeugwesens, Radargeräts und der Laserstrahlen“ sprach und ferner betonte, dass Gott ihm in allen Aspekten seines modernen Lebens nahe stehe. Heute kann man auf Erstkommunionfeiern hören, wie der Pfarrer zu den Kindern spricht: „Nun ja, meine lieben Kinder, jetzt sind eure Herzchen richtig resettet geworden“. Das sind die Zeichen der Zeit! Dahinter steht der Einfluss verschiedenster Strömungen der Massenkultur auf unser alltägliches Kommunikationsverhalten. Sogar die Kirche, die *ex definitione* gegen diese stilistischen Neuheiten eigentlich sehr immun ist, lässt sich davon allmählich in den Bann ziehen. Es bleibt festzuhalten, dass die traditionelle Sprache und Kultur auch im kirchlichen Bereich immer weniger präsent sein wird und man in Zukunft kaum noch von der schönen, gesamteuropäischen Metapher sprechen kann, dass unsere Sprache, Kultur und Religion sowie unser Brauchtum von drei Hügeln abstammen: Akropolis, Kapitol und Golgota. Stattdessen geraten wir immer stärker in den Sog der englischen Sprache, die überall dominiert. Umgekehrt wird es immer weniger geflügelte Worte aus dem Griechischen, Lateinischen oder Französischen geben. Trotz der Tatsache, dass die Russen unsere Nachbarn sind und wir zwischen dem ostslawischen und deutschen Raum liegen, wird man in Polen in Zukunft immer weniger geflügelte Worte aus dem Russischen oder Deutschen gebrauchen. An diese Stelle treten immer mehr Anglizismen, die als lexikalische Lehnwörter die eine oder andere Äußerung im Polnischen sicherlich stilistisch bereichern können. Diese Entwicklung mag wohl für viele nicht sehr verwunderlich sein, aber sie ruft dennoch einen unvermeidlichen Generationenkonflikt hervor. Als ich unlängst Zuschauer einer TV-Reportage über eine Massenversammlung der katholischen Jugend in Warschau war, bemerkte ich, wie sich ein junger Priester im Alter meines Sohnes – also knapp über 30 Jahre – plötzlich seinen Zuhörern zuwandte und folgendes sagte: „Ihr müsst *full time* mit Christus und *full time* für Christus da sein“. Wäre ein solcher stilistischer Gedanke – dieses

lexikalische Lehnwort – vor 10, 20 oder 30 Jahren je vorstellbar gewesen? Wenn ich heute den gleichen 30-jährigen Priester bitten würde, mir das Vaterunser oder die Präfation zur Allerheiligsten Dreifaltigkeit auf Lateinisch vorzusingen, was ich als christlicher Laie gerade noch vermag, so würde dieser das mit Sicherheit nicht mehr können. Statt dessen spricht der junge Priester lieber davon, dass man „*full time* mit Christus und *full time* für Christus da sein“ müsse. Vor diesem Hintergrund schlage ich für unser Panel folgende Diskussionspunkte vor: „Medialer Erfolg um jeden Preis“, „Krise des Dialogs“, „Hetzjagd nach Sensationen“, „Extremalisierung und Brutalisierung der Sprache“, „Die digitale Wirklichkeit als Generator stilistischer Verhaltensweisen“, „Der Einfluss verschiedenster Felder der Massenkultur auf unser Kommunikationsverhalten“ und schließlich: „Die zunehmende Randbedeutung klassischer Quellen für die stilistische Ausdrucksweise und die Monopolisierung der englischen Sprache“.

Die Kultur angesichts der Krise und die Krise in der Kultur

Bogdan Zdrojewski

Ich bin Anhänger einer methodisch fundierten Antwort auf die Frage, die der Moderator unserer heutigen Diskussion, Prof. Franciszek Ziejka⁵, eben gestellt hat: „Haben wir es heute tatsächlich mit einer Krise der Kultur zu tun oder ist diese Krise nur Ausdruck einer anderen Form von Kultur?“ Denn es ist nützlich zu wissen, wer mich fragt und welche Begriffe er dabei gebraucht. Wie der Begriff der Kultur definiert wird und auf welchen Bereich der Anwendung finden soll. Denn anders wird die Antwort seitens der Soziologie ausfallen und andere Antworten werden Kulturwissenschaftler oder Kulturanthropologen geben. Sogar innerhalb der polnischen Kulturwissenschaft existierten lange Zeit widersprüchliche Antworten auf diese Frage. Wenn man die Kultur gemäß der Konzeption des Breslauer Kulturwissenschaftlers Prof. Pietruszka als axiomatisch-semiotisches System definiert, d.h. als System von Bedeutungsinhalten von Zeichen und Werten, so muss in Antwort auf die Äußerungen von Prof. Miodek klar gesagt werden, dass sich die Kultur weder „resetten“ noch „deleten“ lässt. Die Kultur steht überhaupt in einem ganz neutralen Verhältnis zu Phänomenen wie etwa der wirtschaftlichen Krise. Grundsätzlich bleibt festzuhalten, dass die Kultur gegenüber Politik und Wirtschaft sowie anderen

5 Ziejka ist Professor für Polonistik und amtierte von 1999 bis 2005 als Rektor der Krakauer Jagiellonen-Universität. Er ist derzeit u.a. Mitglied des polnischen PEN-Clubs.

externen Elementen absolut autonom und „unantastbar“ ist. Was den Bereich der Kulturanthropologie anbelangt, so haben sich in den letzten drei bis vier Jahrzehnten gravierende Veränderungen vollzogen. Denn noch in den 1940er und 1950er Jahren dominierten die Theorien von Ruth Benedict (1887-1948) und Margaret Mead (1901-1978).⁶ Damals hieß es, dass die Kultur sehr stark von den jeweils vorherrschenden sozialen Milieus abhängig sei. Im Zeitalter der Globalisierung hat die Ingerenz der Globalisierung in die Lebensverhältnisse von Mensch und Gesellschaft natürlich ganz bestimmte Folgen, die in Fortschritten oder Rückschritten zum Ausdruck kommen. Diese Thematik ließe sich sicherlich noch weiter vertiefen. Aber die Anthropologen haben sich inzwischen insbesondere in den USA mit den Politikern zusammengetan und sprechen heute eine ganz andere Sprache. Sie beschreiben die Phänomene völlig anders und neigen eher zu typisch soziologischen Analysen als zu klassischen anthropologischen Forschungsmethoden. Für den demnächst stattfindenden Kongress der Polnischen Kultur in Krakau wurde ein Redebeitrag vorbereitet, der den etwas provozierenden Titel trägt: „Steckt die Kultur in der Krise oder gibt es eine Krise in der Kultur?“ Für mich ist die Antwort eindeutig. Es gibt keine Krise in der Kultur, genauso wie es keine Fortentwicklung in der Kultur gibt. Man kann lediglich von einer Weiterentwicklung bestimmter kultureller Institutionen etwa auf dem Kunstmarkt reden. Man könnte auch zahlreiche Beispiele dafür anführen, bei welchen Einzelaspekten des künstlerischen Lebens rein ökonomische Faktoren auftauchen.

Am Titel unserer diesjährigen Konferenz stört mich ein bisschen das Bindewort „*und*“ – „Kultur *und* Kommunikation“. Denn für mich ist das eine gefährliche, falsche Konjunktion. Natürlich weiß auch ich, dass Geld und Technologie im Moment einen geradezu überwältigenden Einfluss auf den gesamten Bereich der Kommunikation ausüben. Das brauche ich gar nicht näher auszuführen, da allgemein bekannt ist, wie die neuen Technologien auf die Kommunikation

6 Siehe als informativen Überblick: R. Benedict, *Urformen der Kultur*, Hamburg, 4. Aufl. 1963; V. Heyer Young/ Ruth Benedict, *Beyond Relativity, Beyond Pattern. Critical Studies in the History of Anthropology*, Nebraska 2005; M. Mead, *New lives for old. Cultural transformation; manuscripts 1928-1953*, New York 2001; M. A. Molloy, *On creating a usable culture. Margaret Mead and the emergence of American cosmopolitanism*, Honolulu 2008.

eingewirkt haben – man denke nur an das Internet, die aktuelle Entwicklung bei den Mobiltelefonen, das SMS usw. Die Kommunikation hat sich inzwischen unter dem Einfluss neuer Technologien aufgrund der Notwendigkeit einer zunehmenden rhetorischen Knappheit und infolge der Globalisierung der Sprache enorm verändert. Davon hat Prof. Miodek in seinem Vortrag bereits gesprochen. Was jedoch die Kultur selbst anbelangt, so ergibt sich aus meinen Beobachtungen ganz eindeutig, dass die Krise keinen Einfluss auf die Kultur an sich haben kann. Manchmal sprechen Publizisten scherzhaft davon, dass die neuen Phänomene in der Kultur umso interessanter seien, je ärmer und unglücklicher der jeweilige Entstehungshintergrund sei. Die genialsten Gedichte seien daher infolge von Liebesleid, persönlichem Unglück, Hunger oder beschwerlichen Reisebedingungen entstanden. Ähnliches gilt übrigens für die Malerei und andere künstlerische Aktivitäten. Für mich persönlich sind jedoch innerer Reichtum, Originalität, Einmaligkeit und Individualität in der Kultur am wichtigsten. Diese Elemente sollten einem ganz besonderen Schutz unterliegen. Daher appelliere ich an alle Menschen der Kultur in Polen: Sehen wir zu, dass wir von anderen nachgeahmt werden und nicht selbst zu Nachahmern von anderen werden! Denn die höchsten Werte der Kultur sind Einmaligkeit, Originalität und Individualität. Dem kulturellen Schaffen kommt eine Schlüsselbedeutung zu. Damit dieses Schaffen sich aber entfalten kann, sind Adressaten mit entsprechender Vorbildung nötig. Daher wage ich zu behaupten, dass die gesellschaftliche Wahrnehmung der Kultur von konkreten Ausbildungssystemen in Kunst und Kultur abhängt. Aber dies sage ich als Soziologe oder Kulturanthropologe und nicht als klassischer Kulturwissenschaftler. Eine weitere Fragestellung betrifft die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Umgangssprache, die bereits Prof. Miodek angesprochen hat: Auf welche Weise gelangt der mit den neuen Technologien und der Informatik verbundene Wortschatz in unsere Alltagssprache und findet sogar Eingang in die Terminologie der Kirche? Andererseits wirkt sich die Begriffswelt kultureller Institutionen auch auf andere Bereiche aus. Sätze wie – „War das ein Kino!“ – oder – „Was für ein Kriegstheater!“ – sind bezeichnend. Derartige Einflüsse beruhen also auf Gegenseitigkeit, was nicht vergessen werden sollte.

Lassen Sie mich abschließend ein Wort zum bevorstehenden Kongress der Polnischen Kultur sagen, der am 23. September 2009 hier in Krakau beginnen wird. Denn es liegt mir sehr daran, dass während des Kongresses drei grundlegende Problembereiche angesprochen werden. Erstens ist eine generelle Bestandsaufnahme nötig, die vom *Tygodnik Powszechny* in einem jüngst erschienenen Artikel zutreffend als „Inventur der Kultur“ bezeichnet wurde. Wo stehen wir derzeit? Wie ist der Zustand der Kultur nach 20 Jahren wiedergewonnener Freiheit in Polen? Ich kann mich noch gut an die Kongresse der Jahre 1981 und 1989 erinnern, als die Kulturschaffenden noch einen einzigen Hauptfeind hatten – die Zensur. Dieser Feind wurde durch eine Entscheidung Tadeusz Mazowieckis im Jahre 1989 aus der Welt geschafft. Aber an welchem Punkt befinden wir uns jetzt? Wo liegen soziologisch verstanden die derzeitigen Hindernisse für die Weiterentwicklung der Kultur? Welche positiven und negativen Erfahrungen wurden bisher gemacht? Es geht also um eine spezifische Bestandsaufnahme. Ein weiteres Problemfeld, das auf dem Kongress in gediegener und glaubwürdiger Weise skizziert werden müsste, ist die Antwort auf die Frage, was geschützt werden muss. Was hat sich bewährt und funktioniert gut? Und was bildet einen Wert, der besondere Fürsorge und Schutz erfordert und keinen instrumentalen Veränderungen unterworfen werden darf? Die dritte Fragestellung betrifft den Bereich der anstehenden Veränderungen. Was muss verändert werden und was funktioniert schlecht? Was müsste also der speziellen Schirmherrschaft des Staates, der lokalen Selbstverwaltungen und anderen öffentlichen Einrichtungen unterliegen? All dies sind wichtige Themen auf dem diesjährigen Kongress der Polnischen Kultur. Was indessen die Frage anbelangt, ob wir derzeit eine Krise in der Kultur erleben, so sei nochmals betont: Die Frage ist schlecht gestellt und kann so nicht beantwortet werden! Konkrete Wegweisungen auf die Frage nach dem Zustand der Kultur in der Krise sind natürlich möglich, aber getrennt nach Einzelbereichen. Denn eine generelle Antwort, die Theater, Malerei, Bildungswesen usw. auf einen einzigen Nenner bringen würde, wäre falsch!

Kommunikation in Kultur und Medienwelt

Der *Homo videns* – ein zeitgemäßes Bild des denkenden Menschens?

Adam Boniecki

Als Medienmensch möchte ich über einen Abschnitt der Kultur sprechen, der untrennbar zur Kultur gehört – nämlich die Medien. Ich weiß nicht, ob wir uns wirklich in einer Krise befinden, aber wir erleben derzeit zumindest einen sehr tiefgreifenden Wandel. Dieser Wandel beruht darin, dass sich die Kommunikation bisher jahrhundertlang durch Symbole vollzogen hat. Der Mensch sieht ein Zeichen und ist imstande, dessen Bedeutung zu erfassen. Egal ob es sich dabei um einen Buchstaben oder ein Wort handelt, der Mensch vermag dessen Symbolgehalt durch eigene intellektuelle Anstrengung zu entdecken. Der Mensch ist also Mitschöpfer dieser Art von Kommunikation, die sich in einem unentwegten Austauschprozess befindet. Heute beruht Kommunikation jedoch nicht mehr auf dem gegenseitigen Austausch von Symbolen, sondern auf der Vermittlung von einzelnen Bildern. Auf diese Weise wird der *homo sapiens* allmählich zum *homo videns* – letztere Bezeichnung stammt vom bekannten italienischen Philosophen und Politikwissenschaftler Giovanni Sartori. Dadurch begibt sich der Mensch auf das Niveau des Orang-Utans, bei dem das ohne intellektuelle Mühe registrierte Gefühl etwas zu sehen automatisch das Bewusstsein erzeugt, dass das Gesehene auch tatsächlich existiert. Das was weniger Anstrengung erfordert, löscht stets diejenigen Inhalte aus, die einer größeren Anstrengung bedürfen. Eben dieser Prozess findet durch das Massen-

medium Fernsehen statt: Man gewöhnt sich an ein bestimmtes Bild – der oder das existiert wirklich, den bzw. was wir zuvor im Bild sehen konnten. Nur das Gesehene ist für uns Wirklichkeit. Umgekehrt ist all das, was es im Fernsehen nicht zu sehen gibt, nach unserem Dafürhalten gar nicht existent. Diese selektive Bewusstseinsfilterung dringt allmählich auch zum geschriebenen Wort durch, das weitervermittelt wird.

Verfolgt man die Entwicklung bedeutender Zeitungen und Zeitschriften, sieht man, dass sie in eben diese Richtung gehen: Der Text selbst wird zunehmend zu einer Art Regieanweisung und mutiert zur bloßen Unterschrift unter einem veröffentlichten Bild. Denn die Bilder sind es, die anziehend wirken. Eine Zeitschrift wird heute in Hinblick auf den *homo videns* durchgesehen, redigiert und entworfen. Dabei gilt das Prinzip, dass der Mensch – der Adressat der tradierten Botschaft – sich höchstens 90 Sekunden lang auf einen bestimmten Inhalt konzentrieren kann. Schauen Sie sich doch einmal mit der Stoppuhr in der Hand attraktive Fernsehsendungen an! Alle 90 Sekunden muss in diesen Sendungen etwas Neues passieren. Ich war einmal auf einer Theatervorstellung in Breslau, wo ein intellektuell sehr anspruchsvolles, schwieriges Stück aufgeführt wurde, das vor allem auf der Macht der Sprache beruhte. Die Vorstellung dauerte 45 Minuten. Das wäre an sich nicht zum Aushalten gewesen! Bei diesem Schauspiel zog sich eine Dame vielleicht nicht alle 90 Sekunden, aber doch mindestens im 10-Minuten-Takt nackt aus, um sich dann wieder zu bekleiden. Das hat natürlich sehr belebend auf das an sich als Drama entworfene Theaterstück gewirkt, obwohl es mit dessen Inhalt nicht viel zu tun hatte. Ich konnte den Sinn dieser Art von Dramaturgie zunächst nicht verstehen. Erst Andrzej Wajda machte mich darauf aufmerksam, dass das Stück ganz einfach darauf angelegt war, dass sich der Zuschauer unter keinen Umständen langweilen durfte. Diese Vorgehensweise bringt jedoch für die Printmedien dramatische Folgen mit sich. Dies hat die nach dem Visualitätsprinzip agierende Presse Polens während der Wirtschaftskrise sehr schmerzhaft zu spüren bekommen – 20–30% aller Redakteure haben inzwischen ihren Arbeitsplatz verloren. Warum? Weil die Einnahmen aus Reklameanzeigen stark zurückgingen und die Verkaufszahlen der Presse deutlich sanken. Was die Printmedien der Leserschaft anbieten,

ist also für diese nicht interessant genug. Die fehlende visuelle Untermauerung muss also angestückelt werden, wobei die jeweilige Zeitung oder Zeitschrift den Bedürfnissen und Erwartungen der Reklamefirmen anzupassen ist. Dabei steht zu befürchten, dass der *homo sapiens* auf dem besten Wege ist, vom *homo videns* vollends ausgelöscht zu werden. Der Leitgedanke der diesjährigen Konferenz beruht meines Erachtens gerade darin, dass sich die Kirche eben nicht auf das Niveau der visualistischen Grundprämisse verdrängen lässt und in der Glaubensverkündigung nicht meint, lediglich ältere Orang-Utans vor sich zu haben, sondern dass sie vielmehr stets an das Einsichtsvermögen des *homo sapiens* appelliert.

Die religiöse Sprache ist eine Sprache der Symbolik. Der Hl. Augustinus weist zu Recht darauf hin, dass die menschliche Rede von Gott Sein Wesen niemals auch nur annähernd richtig auszudrücken vermag. Nur der Glaube daran, dass der *homo videns* den *homo sapiens* noch nicht ganz ausradiert hat, erlaubt es den Medien, weiterhin diejenigen Posten zu besetzen, die mitunter aus ökonomischer Sicht schon lange verloren erscheinen. Dabei ist der finanzielle Aspekt nicht unwichtig. Adam Michnik bemerkte einst sehr zutreffend, dass eine Mission ohne Geld reine Utopie sei, aber Geld ohne dazugehörige Mission in bloßen Zynismus ausarte. Wir haben es derzeit wirklich mit einer ganz neuen Art der zwischenmenschlichen Kommunikation zu tun, deren Vermittlungsarten und Inhalte für die Medienwelt eine ernste Herausforderung darstellen.

In Bezug auf die zweite Frage von Prof. Franciszek Ziejka, dem Moderator unserer Diskussionsrunde, sei darauf hingewiesen, dass es derartige Verhaltenskodexe durchaus gibt. In Polen existieren drei Kodexe dieser Art, auf die ich an dieser Stelle nicht näher eingehen möchte – sie finden sich im Internet. Darin werden bestimmte ethische Grundsätze, die Achtung der Menschenwürde und der Schutz der Privatsphäre aufgegriffen. Die *political correctness* erschwert jedoch die Einflussmöglichkeiten kirchlicher Medien in hohem Maße. Denn die Kirche ist nicht auf Medienwirksamkeit aus. Den vor laufenden Kameras stehenden Geistlichen kann man spielend leicht einschätzen. Man weiß ja von vorneherein, dass er gegen die Sünde ist und über gewisse Themen gar nicht

sprechen wird. Wir haben unlängst im *Tygodnik Powszechny* einige Artikel über das Problem der Frauenpriesterschaft veröffentlicht, über das weltweit immer noch stark diskutiert wird. Daraufhin machte man mich darauf aufmerksam, dass es doch inzwischen ein päpstliches Dekret gebe, demzufolge man über dieses Thema nicht mehr diskutieren dürfe. Nun, man darf nicht, aber die Leute diskutieren trotzdem. Ein katholisches Blatt soll sich also aus der derzeitigen öffentlichen Debatte ganz heraushalten? Die Fragestellung ist jedenfalls äußerst subtil und muss sehr ernst genommen werden.

Darüber hinaus gibt es einen permanenten Konflikt, der überall auf der Welt zwischen Politik und Medien auftritt. Denn letztere schauen den Politikern in der Regel kritisch auf die Finger. Dennoch sagen diese: „Hört mal, bringt das nicht ans Tageslicht! Schreibt darüber nicht, wenn Euch das Gemeinwohl am Herzen liegt!“ Der ethische Verhaltenskodex macht es dem Journalisten jedoch zur Pflicht, ohne Angabe der Quellen über eine Sache zu berichten, wenn es sich um eine gesellschaftlich bedeutende Angelegenheit handelt. Die offensichtlich recht unterschiedliche Herangehensweise seitens der Medien und der Vertreter der Staatsgewalt ist jedoch noch halb so schlimm. Aber wenn man – so wie ich – ein ethischen Grundsätzen verpflichteter Journalist und zugleich auch Priester ist, bekommt man bei der Erfüllung einzelner Anforderungen der journalistischen Ethik vom Sekretär der Bischofskonferenz mitunter zu hören, dass man den ethischen Verhaltenskodex – aber nicht den journalistischen! – verletzt habe. Natürlich gibt es mit dem Sekretär der Bischofskonferenz da nichts zu diskutieren. Aber wenn wir schon von der gesellschaftlichen Rolle der Kirche sprechen, so besteht sie wohl darin, den echten *homo sapiens* heranzuziehen – den freien, verantwortungsbewussten Menschen, der Einfluss auf die ihn umgebende Wirklichkeit zu nehmen vermag und am öffentlichen Leben eher durch eigenes Wissen als über kirchliche Medien partizipiert. Nichtsdestotrotz sind die kirchlichen Medien überaus notwendig und wertvoll. Mögen sie uns noch lange erhalten bleiben!

Die Medien in der Krise

Herausforderungen des Struktur- und Wertewandels in den Medien

Michl Ebner

Wenn von *Kultur in der Krise* bzw. *während der Krise* gesprochen wird und in meinem Beitrag analog von *Medien in oder während der Krise* die Rede ist, so ist zu konstatieren, dass sich die Medien in Italien oder in der EU bereits seit längerer Zeit in einer Krise befinden. Sie sind betroffen von einem Strukturwandel, der – unabhängig von der Finanz- und Wirtschaftskrise – sich durch das veränderte Medienverhalten der Menschen in den letzten 10 bis 15 Jahren entwickelt hat. Wenn man bedenkt, dass in Deutschland die Tageszeitungen in den letzten 15 Jahren jedes Jahr ein Prozent an Auflage verloren haben, in Italien in den letzten 10 Jahren fast 20 Prozent der Tagesauflage verloren gegangen ist, dass im gleichen Zeitraum aber das Anschauen etwa von Fernsehsendungen oder die Nutzung des Internets exponentiell gestiegen sind, nicht nur von der Anzahl der Bevölkerung her, sondern vor allem auch in Bezug auf die Zeitdauer des Verweilens vor dem Fernseh- oder Computerbildschirm, so stellt man fest, dass man mehr und mehr übergeht von einem aktiven zu einem passiven Medienkonsum.

Wenn sich dann zu diesem veränderten Medienverhalten zudem eine wirtschaftliche Krise einstellt, die nicht nur einen Käuferschwund bei den Printmedien herbeiführt, sondern auch zu einem – in Italien bei etwa 30 % liegenden – Ver-

lust von Werbeaufkommen in den Medien führt, dann braucht man sich nicht zu wundern, dass die Medien in einer Form reagieren, mit der sie glauben, Positionen, Leser und Werbeaufkommen halten zu können. Dabei wird häufig gegen den ursprünglichen journalistischen Auftrag, wie man verantwortlichen Journalismus verstehen sollte, gehandelt. Im journalistischen Bereich wird einerseits versucht, sich der Gesellschaft und den Entwicklungen der Gesellschaft so weit wie möglich anzupassen, was eine Nivellierung nach unten bedeutet. Andererseits versucht man eine Anpassung an die Geldgeber, das heißt vor allem eine Anpassung der Mediengestaltung an die Wünsche der Werbewirtschaft. Dieser Entwicklung entsprechend werden Inhalte und Werbung zunehmend vermischt. In beiden Anpassungsfällen ist dies eine überaus bedenkliche Entwicklung, bei der die Medien sich immer mehr von der Vorstellung entfernen, für Qualität, Kultur und die Vermittlung von Werten verantwortlich zu sein.

Ich glaube, dass die Medien, vor allem die Printmedien, aufgrund eines Generationenproblems im Bereich der Leserschaft in Zukunft mit weiteren Problemen konfrontiert werden. So bestehen in Deutschland zum Beispiel die Konsumenten von überregionalen Tageszeitungen zu über 50 Prozent aus über Fünfzigjährigen. Von den Zwanzigjährigen konsumieren in Deutschland nur vier Prozent überregionale Medien regelmäßig in Form überregionaler Tageszeitungen. Das bedeutet: wir stehen hier vor einer Krise der Printmedien mit ungeahntem Ausmaß, wenn es nicht gelingt, auch die neuen jungen Generationen in die Lesergemeinschaft hineinzubringen. Die Frage, die sich hierbei stellt, ist die, ob dieses Phänomen nur abhängig von dem reinen Konsumverhalten ist oder ob dies auch ein Zeichen ganz neuer Lebensformen darstellt. In einer Gesellschaft, in der die Anzahl der Singlehaushalte stetig zunimmt und die Kinderanzahl ständig abnimmt, ist das Zeitung lesen nicht mehr ein familiäres Ereignis, sondern letztendlich zu einer Exotätigkeit geworden. Man nimmt Printmedien nur noch vereinzelt zur Hand, eventuell in öffentlichen Lokalen, aber sie sind nicht mehr integrativer Teil des familiären Lebens. Teil des familiären Lebens hingegen sind und werden immer stärker vor allem die Funkmedien, insbesondere das Fernsehen. Zu der Zeit, als in Italien ausschließlich zwei bzw. drei staatliche Fernsehanstalten existierten, besaß das Fernsehprogramm einen sehr

hohen qualitativen Standard. Mit dem Einzug der privaten Fernsehanstalten in Italien, und das hängt nicht nur mit einem bestimmten Unternehmer zusammen, sondern ist ein generelles Phänomen in Italien, ist die Qualität teilweise senkrecht abgestürzt. Wenn Sie heute zu den abendlichen Hauptsendezeiten Fernsehen konsumieren, dann haben Sie entweder Shows mit einer Vielzahl von sehr einfachen, wenn nicht zum Teil geradezu dümmlichen Fragen, einer Vielzahl von sehr hübschen, sehr gut gewachsenen, nicht unbedingt dem Durchschnitt der Bevölkerung in Italien entsprechend aussehenden und bekleideten Frauen. Sie können auch amerikanische Seifenopern anschauen. Wenn Sie auf seriöse Information zurückgreifen wollen, dann haben Sie zwar noch um 20 Uhr eine relativ gute und breit gestreute Informationsmöglichkeit, für den restlichen Teil des Tages wird Information und politische Kommunikation allerdings in die Randzonen verdrängt. Dieser Umstand wirkt sich massiv auf die italienische Tageszeitungs- und Wochenzeitungspresse aus.

Wir – und ich komme ja aus einem Medienunternehmen, das diesbezüglich eine andere Linie verfolgt – gehen nicht davon aus, dass man in unserer Tageszeitung sagt: Nur schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten. Wir glauben auch nicht, dass die Verrohung der Sprache zusätzliche Käufer und Leser einbringt, obgleich wir feststellen, dass die Verrohung der Sprache, die Anpassung an die primitiven Interessen der Bevölkerung im Sinne von „Sex and Crime“ in den Tageszeitungen in einer Form Einzug gehalten hat, die völlig unverständlich ist. Trotzdem ist bei uns kein Rückgang der Auflage erfolgt. Hinzu kommt ein drittes Phänomen: Die zunehmende Verantwortungslosigkeit der Medien gegenüber dem einzelnen Individuum und der Gesellschaft an sich. Diese drückt sich dadurch aus, dass man auch bei berichtenswerten oder kritisierbaren Situationen und Ereignissen das Maß der Zuträglichkeit und den Schutz der Würde des Menschen nicht mehr berücksichtigt. Ich glaube, dass wir in dieser Krise, die nicht nur eine Strukturkrise ist, uns selber grundsätzlich hinterfragen müssen. Wir müssen uns eine Meinung darüber bilden, ob wir eine Diskussion führen müssen über die Medien generell, über die Ethik in den Medien und die Frage der Menschenwürde. Meiner Ansicht nach ist dies ein dringendes Gebot, weil wir bisher einen Weg eingeschlagen haben, der aus meiner Sicht nicht der richtige ist.

In welchem Zustand befindet sich die Kunst in der Kultur der Gegenwart?

Stanisław Rodziński

In seinen Gesprächen mit dem christlich geprägten französischen Philosophen und Schriftsteller Jean Guitton (1901-1999) wies Papst Paul VI. – selbst ein ausgezeichneter Kunstkennner und Initiator der 1973 in den Vatikanischen Museen eröffneten Sammlung Moderner Religiöser Kunst – einmal darauf hin, dass er sich den Dienst der Kirche ohne die Teilnahme der Künstler gar nicht vorstellen könne. In diesem Zusammenhang machte Paul VI. aber auch folgende Bemerkung: „Es blutet mir das Herz, wenn ich auf einige Werke der modernen Kunst blicke. Denn ich weiß überhaupt nicht, worum es bei diesen Werken geht und was sie darstellen sollen. In welcher Sprache spricht der Künstler dabei zu mir?“⁷ Einige Jahrzehnte später erinnerte Johannes Paul II. in einem Schreiben an die Künstler (1999) an die auf den ersten Blick banale Wahrheit, dass die Kunstgeschichte nicht nur die Geschichte der Verwirklichung künstlerischer Vorhaben – also der Kunstwerke –, sondern zugleich auch die Geschichte der Menschheit sei. Dabei betonte der Papst, dass es sicherlich Kunstwerke gebe, die beim Betrachter Angst und Entsetzen auslösen. Aber wer wisse schon, ob nicht gerade diese Gefühle Ausdruck der inneren Sehnsucht nach Erlösung seien.⁸ Zu diesem Gedanken passt ein Gespräch zwischen dem englischen

7 Vgl. J. Guitton, *Dialog mit Paul VI.*, München 1978.

8 Vgl. Brief Johannes Pauls II. an die Künstler v. 4. April 1999. www.vatican.va/holy_father/john_paul_ii/letters/1999/documents/hf_jp-ii_let_23041999_artists_ge.html

Kunstkritiker David Silvester (1924-2001) und dem irischen Maler Francis Bacon (1909-1992)⁹, der ein ausgezeichneter, aber zu Lebzeiten recht umstrittener Künstler gewesen war. Silvester fragte einmal seinen Freund Bacon: „Du bist natürlich kein Christ! Du glaubst zum Beispiel nicht an die Hölle, nicht wahr?“ Daraufhin sagte Bacon: „Weißt Du was, ich könnte Dir nicht sagen, ob ich wirklich ein Christ bin. Aber an die Hölle glaube ich sehr wohl!“ – „Bist Du verrückt geworden? Du glaubst wirklich wie ein kleines Kind an die Hölle?“ Bacon antwortete: „Ja, denn vielleicht wird der Herrgott es einmal so einrichten, dass ich aus der Hölle entfliehen kann.“¹⁰ Mir scheint, die derzeitigen Probleme liegen genau an diesem Punkt! Ein Künstler erzählte mir einmal, dass man ihn eigens zum Verband für Bildende Kunst vorgeladen hatte, um ihn dafür zu rügen, dass er auf einem Bild über eine Kartoffelernte zu wenige Kartoffeln gemalt habe. Man gab ihm zu verstehen, dass er die Ergebnisse der jüngsten Kartoffelernte doch zumindest aus der Presse kennen müsse und bat ihn nachdrücklich, die Anzahl der Kartoffeln auf dem Bild unverzüglich zu erhöhen, wenn er weiter als Künstler in Polen arbeiten wolle. Diese Geschichte hat sich wirklich ereignet, das ist kein Scherz! Der betreffende Künstler hat daraufhin wirklich eine ganze Menge Kartoffeln hinzugemalt. Aus dem Ganzen ergibt sich das Problem, dass alles seine Quelle eher in einem Wertesystem und in der menschlichen Ehrlichkeit, also in der Sphäre der Ethik hat. Zustimmung, Protest und Heroismus sowie die Bereitschaft zum Disput oder der Verzicht auf gewisse Dinge zur Rettung anderer Menschen ist genau das, wovon Bacon spricht: „Vielleicht gelingt es mir ja, aus der Hölle zu entfliehen!“ Daher meine ich, dass die Krise in der Kunst eine Frage der freien Entscheidung ist, die der Künstler trifft. Es geht also um die Frage, welchen Weg man letztlich einschlägt. Dieser Weg kann sehr schwierig und unbeeindruckend sein, er kann aber auch unheimlich effektiv sein und den Künstler innerhalb weniger Monate ins globale Rampenlicht des künstlerischen Lebens führen. Aktuell bleibt das Problem der bildenden Künste und der neuen Medien, die heute zunehmend versuchen, auch andere Bereiche der Kunst für sich zu vereinnahmen. Ich habe unlängst einige Tage lang eine Aufnahmekommission für Doktoranden der Schönen Künste geleitet. Die „größere Hälfte“ der dabei eingereichten Arbeiten

9 Vgl. M. Peppiat, Francis Bacon. Anatomie eines Rätsels, Köln 2000; Francis Bacon. Die Gewalt des Faktischen, hg. v. A. Zweite, München 2006.

10 Vgl. D. Silvester, Gespräche mit Francis Bacon, München/New York 1997.

stammte eher aus dem Grenzbereich der digitalen Informatik als einer genuin künstlerischen Tätigkeit. Diese Arbeiten entsprangen eher rein technologischen Überlegungen als der inhaltlichen Reflexion über das vorgestellte Kunstwerk. Wie sagte der berühmte Komponist und Dirigent Witold Lutoslawski (1913-1994) einmal so schön: „Am schnellsten veraltet in der Kunst das, was neu ist!“ Damit ist jedoch noch ein anderes Problem verbunden – die Einführung des Menschen in die Geheimnisse des schöpferischen Prozesses, der sowohl für die Adressaten als auch die Künstler etwas überaus Faszinierendes ist. Denn darauf beruhte einst der ganze Sinn und Wert dessen, was man im Musik- und Malunterricht gemacht hat. Ich kann mich noch recht gut an einen sehr schwachen Grundschüler im Malunterricht erinnern, der mir einmal das Porträt einer älteren Frau zeigte. Daraufhin fragte ich ihn: „Krzysztof, was sind das für Arbeiten, die Du da machst?“ Er antwortete: „Das ist meine Großmutter, die vor einigen Tagen gestorben ist. Ich male jetzt ein Porträt von ihr, weil sie der einzige Mensch in meiner Familie gewesen ist, den ich geliebt habe!“ So begann also das Interesse dieses Grundschülers für die Kunst, das ihn später zu außerordentlichen internationalen Erfolgen geführt hat. Wichtiger als alles andere ist also die ethische Wahlentscheidung, die ein Künstler früher oder später treffen muss, um in den Bereich des Privaten und Persönlichen zu gelangen – und um überhaupt mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, die sich seine Kunstwerke anschauen. Manchmal malen wir ein Bild doch nur für einen bestimmten Menschen, der es sich ansehen möchte! Im Ausstellungssaal von Colmar, in dem sich der große Flügelaltar von Matthias Grünewald befindet, versammeln sich regelmäßig riesige Menschenmassen in völliger Stille. Die mit verschiedensten Filmkameras und Fotoapparaten ausgestatteten Besuchergruppen verbergen ihre Ausrüstung oftmals rasch hinter dem Rücken und blicken gebannt auf die exponierten Gemälde. Sie blicken auf Gemälde, auf denen Christus von einem Menschen gemalt wurde, der genau wusste, dass die Brüder Christi Aussätzige sein müssen. Und genau hier liegt die freie ethische Entscheidung für bestimmte Werte!

Zur Wertekrise in der Kunst kann es daher nur dann kommen, wenn die Künstler diese Krise selbst herbeiführen. Das hat mit ökonomischen Problemen oder anderen Schwierigkeiten nichts zu tun.

Sprache und christliche Verantwortung in der Mediengesellschaft

Prälat Paul Tighe

Interessanterweise bestehen im Vatikan ein Rat für Soziale Kommunikation und ein Rat für Kultur. Dort existiert also die Wahrnehmung eines Unterschiedes zwischen beiden Sachgebieten. Diesen exakt zu definieren stellt sich allerdings als manchmal sehr schwierig dar. Das Thema meines Beitrages ist „Sprache“ und die Arten von Sprache, mit denen wir heute miteinander kommunizieren können und mit deren Hilfe wir uns ausdrücken. Dabei ist nicht immer eindeutig, ob es sich hierbei um ein kulturelles Thema handelt oder um ein Gebiet, das in den Bereich der Sozialen Kommunikation fällt. Eine unserer Prioritäten des letzten Treffens des Rates für Soziale Kommunikation war die Untersuchung und Reflexion über das Thema „Neue Kommunikationstechnologien“, speziell über die neue Kultur der Kommunikation, die in Zusammenhang mit neuen Kommunikationsträgern wie dem Internet entwickelt wurde. Diese zu betrachten, zu analysieren, wie die Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Menschen zu Diskussion, Sprache und Konversation sind, ist ebenso notwendig und wichtig, wie eine Debatte über dieses Thema, die diese Entwicklung ernst nimmt für unsere Zukunft und für die Zukunft der EU.

Eine Feststellung lässt sich dabei von vorneherein treffen: Das zugängliche, abrufbare Informationsvolumen ist ebenso wie die Geschwindigkeit seiner

Verfügbarkeit, sprich seiner Abrufbarkeit, immens gestiegen. Der Zugang zu Informationen verschiedenster Art sowie das Zusammenlaufen dieser Informationen bringt die unübersichtliche Menge neuer Medien mit sich. Ich glaube, dass dies neue Plattformen der Kommunikation kreiert, die zu neuen Formen der globalen Kommunikation oder auch neuen Auseinandersetzungen führen können. Aber wir müssen vorsichtig sein, denn neben dem erhöhten Informationsfluss existiert eine Art „digitaler Spaltung der Weltgesellschaft“, indem es auch zunehmend mehr Menschen gibt, die von der verfügbaren Information ausgeschlossen werden. Menschen, denen insgesamt der Zugang zur digitalen Welt und damit gleichzeitig zu den digitalen Netzwerken versperrt ist, die somit bei jeglicher Debatte außen vor bleiben. Deren Stimme wird dort nicht wahrgenommen. Auch deren Argumente müssen jedoch einbezogen werden, brauchen eine Plattform. Wir müssen den bisher Ausgeschlossenen den Zugang in unsere „neue digitale Kommunikation“ ermöglichen.

Neben der Spaltung der digitalen Welt in arm und reich, die zu Ausgrenzungen führt, existieren auch in der so genannten entwickelten, reichen Welt digitale Klüfte. Ich denke hier an die Trennung zwischen „alt“ und „jung“, „gebildet“ und „ungebildet“. Betrachten wir öffentliche Diskussionen, so sehen wir, dass diese zunehmend im digitalen Format geführt werden. Politik passt sich den neuen Kommunikationsformen an. Daher müssen wir zwingend gewährleisten, dass es einen vollen Zugang zu diesen neuen Informationsmedien für alle Bürger gibt. Das Interessante hierbei ist: Wenn wir die oben beschriebenen Muster betrachten, vor allem den Wandel im Konsumverhalten bezüglich der Medien, können wir eine ähnliche Entwicklung auf dem irischen Zeitungsmarkt feststellen. Auch dort gibt es einen Wandel des Konsumverhaltens. In Irland lässt sich ein Anstieg der Verkaufszahlen britischer Zeitungen beobachtet, während zugleich immer weniger traditionelle irische Zeitungen verkauft werden. Grund dafür ist insbesondere der preisliche Vorteil britischer Printmedien. Diese sind oftmals billiger, aber auch qualitativ anders. Sie sind mehr vom Sensationsjournalismus geprägt als ihre irischen Konkurrenten. Auch in anderen Weltteilen kann man eine interessante Veränderung bei den Mediennutzern feststellen, besonders bei jungen Leuten. Diesen geht die Unterscheidung zwischen Medien-

Konsum und Produktion verloren. Viele Menschen konsumieren nicht mehr nur Medien, sondern schaffen immer mehr selber Information. Dieses Faktum gilt es in Zukunft zu beachten.

Positive Möglichkeiten und Gefahren

Wir können heute feststellen, dass in der neuen digitalen Medienkultur die Nutzung sozialer Netzwerke gerade für die Jugend eine besondere Bedeutung besitzt. Sie sucht dort Freundschaften und Beziehungen. Ich denke, dass hierin zum einen ein positives Signal steckt, da ich davon ausgehe, dass Beziehungen sich multiplizieren und durch diese Netzwerke immer mehr Menschen miteinander in Verbindung treten. Vor allem als Christen sollten wir hierin einen Vorteil sehen, denn für uns ist es von besonderer Bedeutung, von einer immensen Wichtigkeit für das menschliche Dasein, zwischenmenschliche Verbindungen zu schaffen und uns als Individuen in einen gesellschaftlichen Zusammenhang zu setzen. Wir können nicht existieren, ohne eine Gemeinschaft, die uns einbindet. Ich denke daher, dass dem Aufkommen neuer digitaler Netzwerke, das dem Verlangen nach Verbindung und Kommunikation entspricht, etwas Positives innewohnt, über dessen Inhalt es Nachzudenken gilt. Es besteht allerdings auch die Gefahr einer Kommunikationskrise, die durch die neue Art der Kommunikation ausgelöst werden kann. Wir müssen bei allen Diskussionen immer beachten, dass ein mehr an Informationsaustausch nicht das gleiche ist wie Kommunikation. Das Volumen des Informationsaustausches ist sehr hoch, aber ob sich hinter diesem wirklich auch wirkliche Kommunikation verbirgt, müssen wir hinterfragen. Ich glaube, dass dieses Volumen nur zu einem gewissen Teil auch eine gestiegene Kommunikation widerspiegelt. Für mich birgt das immens hohe Informationsvolumen gleichermaßen Risiken. Vor allem die Gefahr der Relativierung besteht. Es existieren zu viele Informationen, Sichtweisen, Theorien und Erklärungen, so dass eine Bewertung dieser schwer fällt und oftmals sogar einfach wegfällt und fehlt. Wir selber verlieren in diesem Wust an Informationen die Übersicht und büßen unsere Fähigkeit der Bewertung und Auswahl einzelner Informationsgehalte ein. Wir können nicht mehr recht entscheiden, was eine wertvolle, wichtige, wahre Information ist.

In diesem Zusammenhang wird zunehmend die Problematik relevant, dass oftmals die Quellen und Autoren nicht eindeutig erkennbar sind, was eine Bewertung der Information teilweise unmöglich macht. Die Möglichkeit der Anonymität unterläuft die Idee von Kompetenz und Verantwortung und führt zu der damit verbundenen Gefahr einer Fragmentierung der Gesellschaft. Eigentlich sollten gerade die neuen Medien uns die Möglichkeit bieten, über ebendiese Gefahren und unbekanntes Risiken der neuen medialen Welt zu diskutieren. Allerdings neigen wir oft dazu, nur mit denen zu kommunizieren, die ähnliche Ansichten vertreten; wir entziehen uns trotz der sich bietenden Möglichkeit der Auseinandersetzung mit den anderen. Es wird immer einfacher sich in eine eigene kleine Welt zurückzuziehen, sich den eigenen Mikrokosmos Gleichgesinnter zu bauen. In einer stark fragmentierten Mediengesellschaft besteht zudem die Gefahr, dass wir den Öffentlichkeitscharakter der Medien verlieren. Die Menschen verlieren zunehmend die Kompetenz, sich gegenseitig durch gemeinsame Beiträge zu bereichern. Die gegenwärtige digitale Kultur birgt darüber hinaus das Risiko, dass Verpflichtungen nicht mehr eingegangen werden. Dabei kann es passieren, dass durch den Einfluss der digitalen Welt, das heißt durch die zunehmende Inanspruchnahme der Menschen durch die neuen Medien, reale Verbindlichkeiten nicht mehr wahrgenommen werden. So sind etwa Kinder nicht mehr in ihre Familien eingebunden und ihre Freundschafts- und Beziehungsmuster besitzen keinen Bezug mehr zu real vorhandenen zwischenmenschlichen Beziehungen. Wir müssen uns all diesen Herausforderungen stellen. Hinzu kommt das Risiko einer Entfremdung des Menschen von sich selber. Diese Gefahr bedeutet, dass wir vergessen, zu uns selbst zu finden, dass wir keine Zeit mehr für eigene Kreativität, Selbstreflexion und innere Ruhe haben. Viele verlieren die Fähigkeit, die Medien auszuschalten, sich medial „offline“ zu stellen, um selbst vertiefend nachzudenken. Nur wenn wir in der Lage sind, eigene kritische und überlegte Gedanken zu formulieren, können wir wirklich kommunizieren. Sonst werden wir reine Informationsträger, ohne diese Informationen aktiv zu nutzen und zu verarbeiten.

Die weltweite Medienpräsenz führt dazu, dass wir von bestimmten Themen dominiert werden. Das heißt, die digitalen Medien schaffen es, Themen so

stark zu fokussieren und zu präsentieren, dass es den Anschein hat, es gäbe nur diese vereinzelt Geschehnisse auf der Welt. Dies kann ebenso positive wie negative Auswirkungen haben. Nehmen wir das Beispiel der Wahlen im Iran. Die globale Aufmerksamkeit auf die dortige Situation, bedingt durch eine hohe Informationsdichte aus dem Land selber, hat viele Menschen in Europa auf die dortigen Missstände aufmerksam gemacht. Demgegenüber steht die abrupte Beendigung der medialen Aufmerksamkeit, die durch den plötzlichen Tod Michael Jacksons verursacht wurde. Diese Nachricht scheint im Verhältnis zur vorherigen weniger relevant, jedoch ist es Teil der neuen Medienkultur, dass der Wert von Nachrichten extrem relativ und flüchtig ist. Ich will hiermit den neuen Relativismus der digitalen Medien verdeutlichen. Prinzipiell spreche ich mich gegen einen Wettbewerb der Relevanz einzelner Nachrichten aus. Problematisch wird es dann, wenn wir in unserem Informationsverhalten nur noch der gerade herrschenden Mode, den angesagten Themen hinterherlaufen und die anderen vergessen. In diesem Zusammenhang müssen wir die Möglichkeiten einer globalen Debatte nutzen, die sich uns eröffnen.

Ethik in den Medien

Die Problematik der Ethik in den Medien ist ein hochsensibler Bereich des Journalismus. Wir können nicht von außen unsere Wertvorstellung einfach in die Medien tragen, sondern müssen die Wertvorstellungen vielmehr von innen heraus in den Medien selbst durch persönliches Engagement entwickeln. Dennoch heißt dies nicht, dass es einen zwangsläufigen Werteverfall in den Medien geben wird. Ich denke an die zahlreichen Journalisten, die in Krisengebieten ihr Leben auf das Spiel setzten, um allen eine Stimme zu geben, um Gerechtigkeit zu fordern und Ungerechtigkeit anzuprangern. Daher vertrete ich die Ansicht, dass sich innerhalb der Journalisten solche Werte durchsetzen werden, die wir als „gut“ bezeichnen können. Denn kaum etwas ist wirkungsmächtiger als ein gutes Vorbild. Ich denke, dass sich vor allem die christlichen Journalisten dessen bewusst sind, dass sie die Möglichkeit besitzen, hier Einfluss zu nehmen. Sie können ein Werteangebot machen, eine Alternative bieten zum reinen Sensationsjournalismus. Dabei findet ein Wandel nicht von heute auf morgen statt,

vielmehr müssen wir versuchen, in kleinen Schritten qua „best practice“, durch vorbildliche Praxis eine christliche Medienethik zu fördern. Wenn dabei Menschen in die Lage versetzt werden, eine eigene ethische Entscheidung zu treffen, ist dies ein Wert an sich.

Gerade die Kirchen sind in der Pflicht hier einzuwirken. Durch die Debatte, ob sich Kirche überhaupt an einem solchen öffentlichen Diskurs beteiligen darf, soll oder muss, ist für alle deutlich geworden, dass es unser genuiner Auftrag ist, eine solche öffentliche Debatte anzuführen. Es liegt in unserem Auftrag, auf einen Dialog zu insistieren, eine Debatte zu befeuern, die dafür eintritt, andere Meinungen zu respektieren und jedem eine Stimme zu verleihen, der hierfür eintritt. Der Britische Rabbi Jonathan Sacks hatte mit seiner Feststellung wohl Recht, als er sagte, dass wir alle einer Zweisprachigkeit bedürften. Zum einen benötigen wir eine Muttersprache, das heißt die Sprache unserer Gemeinschaft, und zum anderen eine Sprache, die uns befähigt in den öffentlichen Diskurs einzutreten und unsere Ideen zu formulieren. Wir müssen in die Lage versetzt werden, uns selbst auszudrücken. Als Katholiken besitzen wir hierbei einen Vorteil, da unser theologisches Fundament oftmals auf einer logischen und naturrechtlichen Tradition fußt und unsere Weltanschauung damit auf soliden Argumenten basiert. Zudem gibt uns unser Zeugnis von Jesus Christus und unserem Glauben eine Selbstsicherheit, die vor allem durch das uns innewohnende Bild vom Menschen gegeben ist. Wer seinen Platz in der Welt beschreiben kann, sich über die Gründe seiner Existenz nicht im Unklaren ist, der kann auch viel selbstsicherer an globalen Debatten teilnehmen und seine Standpunkte vertreten. Unser Glauben gibt uns Sicherheit. Zudem helfen uns die Worte Jesu dabei, die Herzen der Menschen zu erreichen. All das lässt uns voller Selbstvertrauen eintreten in die weltumspannende Kommunikation.

Abschließend möchte ich auf die europäische Ebene eingehen. Auch die Kirche muss in Bezug auf Europa in eine Diskussion eintreten. Ihre Rolle liegt darin, unterschiedliche Initiativen im Feld der Kommunikation der EU sowie ihrer Entwicklung aufzugreifen. Durch die EU wird ein Forum geschaffen, das von uns mit Inhalt gefüllt werden muss. Die europäische Zukunft mitgestalten

heißt, an der Wertediskussion teilzunehmen. Es bedeutet, unsere Kernwerte zu verteidigen. Als Beispiele möchte ich an dieser Stelle etwa die Debatte um den Schutz ungeborenen Lebens anführen oder über die Menschenwürde und deren Schutz, vor allem in Bezug auf Fremde und Schutzsuchende. Wir als Kirche können hier unsere humane Sichtweise beitragen und für die Menschen sprechen, die selbst keine Stimme haben. Und auch hier gilt, wir müssen unsere Beteiligung an der öffentlichen Debatte nicht rechtfertigen, sondern sind im Gegenteil selbstverständlich dazu aufgerufen, an ihr teilzunehmen. Es ist unser Recht und sogar unsere Pflicht, die Diskussion mit anzustoßen und zu führen, indem wir eine Sprache der Würde des Menschen in Offenheit für andere finden. Anstatt zu versuchen, unsere Einmischung oder unser Recht auf Einmischung zu begründen, sollten wir uns einfach einmischen, unseren Beitrag leisten und die Debatten mit gestalten.

Eines der großen Dinge, die ich in meinem eigenen Land, in Irland bemerke, ist die Art und Weise, wie Schauspieler und Autoren durch das Nutzen der englischen Sprache in der Lage waren, unsere Kultur zu bereichern. Ich möchte Francis Bacon erwähnen, der als englischer Künstler bekannt ist, doch ursprünglich in Irland geboren wurde. Daran lässt sich zeigen, dass Kreativität, neue Ideen und Erneuerung von Kultur möglich sind, obwohl man sich einer fremden Sprache oder Tradition bedient. Dies sollte unseren eigenen Anstrengungen ein Beispiel sein.

4. Resümee

Die Rückkehr der Geschichte

Eine Bewährungsprobe

für Politik und Christentum

Jarosław Gowin

Es ist sicherlich unmöglich, in zehn Minuten den ganzen Reichtum aller Einzelaspekte zusammenzufassen, die im Laufe der diesjährigen Konferenz aufgegriffen wurden. Daher beschränke ich mich im Folgenden auf einige wenige Hauptpunkte, die mir als Politiker und Christ am wichtigsten erschienen. Was vielleicht am meisten ins Auge fiel, war der Tonfall unserer Diskussionsrunden. Wir unterhielten uns eingehend über die derzeitige Krise, verfielen dabei aber nicht in Nörgelei und Pessimismus. Eine zweifelnde, pessimistische Grundeinstellung wäre für Christen auch völlig unangemessen. Wir erachteten die Krise vielmehr als positive Chance und Herausforderung, aber zugleich als Prüfstein, ob wir zu einer christlichen Beschreibung der Wirklichkeit fähig sind. Einer christlichen Beschreibung der Wirklichkeit, d.h. einer feinsinnigen Diagnose der gegenwärtigen Bedrohungen und realistischen Formen der Krisenbekämpfung. Denn gerade in Krisenzeiten kann die Wahrheit des christlichen Menschenbildes, wonach der Mensch ein freies, schöpferisches, verantwortungsbegabtes und solidarisches Wesen ist, ihre tiefste Bestätigung finden. Ein wesentlicher Aspekt unserer zweitägigen Debatten war auch diesmal die Reflexion über die christliche Verantwortung für die konkrete Gestalt der europäischen Einigung. Während der gestrigen Redebeiträge wurde vielfach hervorgehoben, dass der europäische Integrationsprozess mit dem christlichen Personalismus in Einklang steht.

Kennzeichnend für diesen Personalismus sind die Achtung der Menschenwürde und die unermüdliche Bereitschaft zum Dialog. Es wurde wiederholt davon gesprochen, dass die Integration die Voraussetzung für Frieden und Wachstum ist und Europa zugleich zu einem wichtigen Bezugspunkt in unserer multipolaren Welt macht. Aber gleichzeitig sind gewisse Anzeichen einer Krise innerhalb der Europäischen Union unübersehbar. Ein solches Krisenphänomen bilden vor allem die Schwierigkeiten bei der Ratifizierung des Lissabonner Vertrages. Die von unserer Konferenz ausgehende Botschaft beinhaltet wohl eine klare Unterstützung des Reformvertrages. Aber andererseits sind auch bestimmte Ängste und Befürchtungen ernstzunehmen: Eilt die institutionelle Integration, also die Integration der Einzelstaaten und politischen Eliten der sich in den Herzen der europäischen Bürger vollziehenden Integration nicht zu sehr voraus? Bedroht der Integrationsprozess nicht die kulturelle Vielfalt Europas und gefährdet zugleich die Identität einzelner Nationen? Gerade wir Anhänger der europäischen Integration sollten uns diesen Befürchtungen mit besonderer Aufmerksamkeit zuwenden und sie in überzeugender Weise zerstreuen. Wir brauchen nämlich wirkliche Integration und nicht „Gleichschaltung“! Vor diesem Hintergrund wurde auch an die Haltung und Lehre Johannes Pauls II. erinnert, der stets mit großem Nachdruck betonte, dass die Europäische Union ja einen spezifischen historischen Vorläufer hat. Dieser Vorläufer ist das jagiellonische Polen, das aus zahlreichen Völkern, Kulturen und Religionen bestand, aber zugleich eine untrennbare geistig-politische Einheit bildete. An etwas ganz Ähnliches dachte wohl auch der große deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker, wenn er von Europa als einem Großraum des ökumenischen Pluralismus sprach, also einer harmonischen Familie vielfältiger geistiger Haltungen. Europa müsse also wie eine pluralistische Symphonie sein, in der die besondere Rolle des Christen darin besteht, für die geistige Dimension der europäischen Integration zu sorgen.

Wir haben heute viel über ein weiteres Krisenmerkmal der Europäischen Union gehört, nämlich die mangelnde Fähigkeit zur Einleitung wirksamer Gegenmaßnahmen zur Eindämmung der Wirtschaftskrise. Die Teilnehmer des ökonomischen Panels haben einhellig betont, dass die EU bisher keine geeigneten Handlungsinstrumente für das Krisenmanagement entwickelt habe und oft-

mals Lösungsansätze zur Überwindung der Krise vertrete, die letztere auf lange Sicht nur vertiefen würden. Ich denke dabei vor allem an protektionistische, staatsinterventionistische und etatistische Haltungen. Derartige ideologische Vorgaben können die bestehenden wirtschaftlichen Probleme nicht lösen. Mehr noch, sie stehen in klarem Widerspruch zur christlichen Solidarität. Denn durch die Subventionierung unrentabler Industriebranchen verschulden wir uns auf Kosten unserer Kinder und Kindeskinde. Im Laufe der diesjährigen Konferenz wurde vor egoistischen Grundeinstellungen wiederholt gewarnt. Mir scheint, dass die derzeit am weitesten verbreitete und schädlichste Form des Egoismus in Europa – und eigentlich der ganzen westlichen Welt – der Egoismus der heutigen Generation gegenüber zukünftigen Generationen ist. Das, was wir heute über das Thema Wirtschaftskrise und die Möglichkeiten ihrer Überwindung zu hören bekamen, war eine deutliche Lektion in Sachen Realismus – und zwar eines wertegebundenen Realismus, der von jeglichen Moralisierungen frei ist. Wie sagte ein Teilnehmer des ökonomischen Panels – „Wir brauchen nicht fromme Moralpredigten, sondern klare Regeln!“ Insbesondere Besonnenheit und Nüchternheit sind also nötig, um die Schiefelage im internationalen Finanzsystem vorsichtig zu korrigieren. Umsicht und Behutsamkeit erfordert auch die Neudefinierung der Rolle des Staates, der lediglich Schiedsrichter, aber keinesfalls Akteur sein darf. In ökonomischen Fragen, aber auch bei der Analyse der Ursachen und Formen des derzeitigen Krisenmanagements sollte man meines Erachtens zur grundlegenden Botschaft der Enzyklika *Centesimus annus* von 1991 zurückkehren.¹¹ Denn ihr zur Folge steht die freie Marktwirtschaft in Einklang mit der christlichen Konzeption des Menschen als freiem, schöpferischem, verantwortungsbegabtem und solidarischem Wesen. In der Wirtschaft gibt es nichts Besseres und Christlicheres als den freien Markt!

Natürlich hat auch der freie Markt seine Grenzen. Eine dieser Grenzen ziehen die Bereiche Kultur und Kommunikation, wovon heute schon die Rede gewesen ist. Ich habe bereits an die dringende Notwendigkeit erinnert, eine christliche Beschreibung der modernen Welt vorzunehmen. Die christliche Lesart der Wirklichkeit muss unter Vermittlung von Kultur und Medien zur europäischen

¹¹ Vgl. *Centesimus annus* – www.vatican.va/edocs/DEU0071/_INDEX.HTM

und globalen Öffentlichkeit durchdringen. Auf unserer Konferenz wurde vielfach davon gesprochen, dass letztere beiden Bereiche – also die Kommunikation im weitesten Sinne – selbst von einer Krise betroffen sind. Gemeint ist eine Krise des Wortes und des Dialogs, aber auch eine Krise des Wahrheitsbegriffs an sich. Der freie Markt, der den Rahmen der Wirtschaft überschreitet und mit seinen spezifischen Regeln die Sphären von Kultur, Kommunikation und Medienwelt durchdringt, zerstört die Freiräume der öffentlichen Debatte – durch die Kommerzialisierung der Medien und die zunehmende Verflachung bzw. Brutalisierung der vermittelten Inhalte. Ein anschauliches Beispiel für diese negativen Phänomene ist die Boulevardpresse. Denn gerade die Klatschblätter untergraben sämtliche soziale Autoritäten und stellen zugleich die Autorität an sich prinzipiell in Frage. Aber ohne gewisse Autoritäten und Hierarchien fehlt der Gesellschaft ihr innerer Zusammenhalt. Andererseits haben wir es mit einer Krise der seriösen Medien zu tun, die insbesondere den Bereich der Presse befallen hat. Auch das ist eine sehr gefährliche Erscheinung. Denn gerade die seriösen Medien sollen doch die Funktion einer vierten Staatsgewalt ausüben, die den Politikern sorgfältig auf die Finger schaut! Es besteht also das Risiko, dass die zunehmende Schwächung der seriösen Medien unsere Fähigkeit zur realen Kontrolle der Regierenden vermindert. Die Aufgabe eines Christen besteht nicht in ständiger Nörgelei. Die Aufgabe des Christen liegt vielmehr darin, realistische Lösungen für die drängenden Probleme in Kultur und Medienwelt zu finden. Man muss die Kategorie der Wahrheit und die Elitenkultur grundsätzlich schützen, sollte dabei aber den Bildungsbereich nicht ausklammern, der heute gar nicht eigens angesprochen wurde. Gerade diese Thematik wäre eine gesonderte Debatte im Rahmen dieser Konferenzreihe wert!

Wenn ich in einem einzigen Satz ein Resümee ziehen müsste über das, was wir in diesen zwei Tagen gehört haben, würde ich sagen, dass die klassische Historie trotz des von Fukuyama angekündigten Endes der Geschichte zurückkehrt ist. Infolge der gegenwärtigen Krise ist auch die Politik im klassischen Sinne zurückgekehrt, nämlich als Mission zur Lösung schwieriger Probleme durch oftmals unpopuläre Maßnahmen, die gegen den *main stream* unserer Zeit gerichtet sind. Dort, wo Geschichte und wahre Politik zurückgekehrt sind,

ist auch der Ort für den Christen. Dort ist der Ort für christliches Engagement, das sich mit wichtigeren und schwierigeren Dingen befasst, wofür mitunter eine heroische Einstellung erforderlich ist. Wir befinden uns derzeit in einer Zeit der Prüfung. Jede Epoche ist eigentlich eine Zeit der Prüfung, aber die von Krisen befallenen Epochen bilden Zeiten der besonders schweren Prüfung. Aber gerade diese Zeit der schweren Prüfung ist eine gute Zeit für den Christen, da sie Wahrheiten bestätigt, denen wir zu dienen versuchen. Hoffentlich gelingt es uns, diesen Wahrheiten gerecht zu werden!

Polen ist in der Europäischen Union angekommen

Horst Langes

Zum Ende unserer Konferenz, der neunten, die wir gemeinsam – die Konrad-Adenauer Stiftung, die Luxemburger Robert-Schumann-Stiftung und die Päpstliche Akademie für Theologie in Krakau – veranstaltet haben, möchte ich, der ich zusammen mit Bischof Tadeusz Pieronek einer der Erfinder dieser Tagung bin und an allen bisherigen Konferenzen teilgenommen habe, zunächst Dank sagen: Dank an die Veranstalter und die vielen Helfer, Dank an die Referenten, die unserer Einladung gefolgt sind, und nicht zuletzt Dank an Sie, die Konferenzteilnehmer, für Ihr Kommen und Mitdiskutieren. Weiter will ich an dieser Stelle drei Bemerkungen anfügen:

Auf der diesjährigen Konferenz wurde so intensiv diskutiert, dass wir einiges doch festhalten sollten, weil es grundsätzliche Bedeutung besitzt. Ich erinnere an die Bedeutung des so genannten „Kirchenartikels“ Nummer 17 im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union von 2008, der den Kirchen erstmals auch auf europäischer Ebene einen sicheren Rechtsstatus einräumt. Dort heißt es in Absatz 1: „Die Union achtet den Status, den Kirchen und religiöse Vereinigungen oder Gemeinschaften in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen, und beeinträchtigt ihn nicht.“ Und in Absatz 3 steht: „Die Union pflegt mit diesen Kirchen und Gemeinschaften in Anerkennung

ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog.“ Ich kann Ihnen erzählen, was sich in den vergangenen 15 Jahren auf der europäisch-politischen Ebene ereignet hat in Bezug auf Kirche. Salopp formuliert: Beim Amsterdamer-Vertrag 1997 war es so, dass der Ministerrat, der die Regierungen repräsentiert, zusammen saß und über alles Mögliche diskutierte. Dann wurde mein Freund, Bundeskanzler Helmut Kohl, herausgerufen, weil man einen Mittelmeerplan entworfen hatte, mit dem es aber nicht recht voranging. In der Abwesenheit Kohls hat der übrig gebliebene Ministerrat beschlossen, die Kirchen auf gleicher Ebene wie Sportvereine und Feuerwehren in einem Protokoll dem Vertrag anzuhängen. Das war vor 12 Jahren. Jetzt hingegen haben wir im Lissabon-Vertrag eine klare Festlegung zu Bedeutung und Einfluss der Kirchen in Europa. Es ist Unsinn, wenn immer noch diskutiert wird, ob und welche Gesetze, die das kulturelle und normative Leben eines Landes prägen (z.B. die „Homo-Ehe“), anderen Ländern aufgezwungen werden könnten. Denn auch im Lissabonner-Vertrag bleiben diese Gesetze den nationalen Parlamenten vorbehalten. Europa besitzt hier keine Entscheidungsgewalt. Selbst wenn das Europäische Parlament beschließen würde: „Wir wollen über dieses oder jenes Thema sprechen“ und anschließend mit Mehrheit irgendeinen Beschluss fasste, dieser Beschluss wäre irrelevant. Wir sollten also nicht über Dinge diskutieren, die keine Bedeutung besitzen. Wir sollten stattdessen besser über Fragen diskutieren, die wichtig für die Entwicklung Europas sind.

Für mich war es irritierend, dass es die Auffassung gibt, der Begriff „sozial“ im Rahmen der „Sozialen Marktwirtschaft“ sei nur so ein Häkchen, das man dranhängt. Für mich ist die Soziale Marktwirtschaft ein klares Konzept der katholischen Soziallehre, das auch die evangelische Sozialethik übernommen hat und das dann von Prof. Ludwig Erhard, dem westdeutschen Wirtschaftsminister, nach dem Zweiten Weltkrieg in die deutsche Wirtschaftspolitik übertragen wurde. Ich betone dies, da nur das Wort „sozial“ die Marktwirtschaft gesellschaftlich verträglich macht. Ich stimme darin mit anderen überein, die sagen, dass Marktwirtschaft an sich nur ein Wirtschaftsprinzip ist, das für sich genommen überhaupt nichts über das Verhältnis zu den Menschen in dieser Wirtschaft aussagt. Insofern müssen wir auch hier politisch eingreifen und

dieses Beziehungsgeflecht definieren. Dies vermag der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft auszudrücken.

Ich möchte schließlich noch eine Anekdote anfügen: Vor fast 20 Jahren bin ich hier in Krakau gewesen und habe mit verschiedenen Politikern und anderen, die sich gesellschaftlich engagierten, diskutiert. Viele haben sich damals zu Parteien zusammengeschlossen, die jeweils nur sehr kurzen Bestand hatten. So kam es, dass ich bei zwei aufeinander folgenden Treffen mit völlig unterschiedlichen Parteien im Dialog stand. Daher war es für mich nicht so einfach, mit den ständig wechselnden Parteien und ihren Vertretern über bestimmte Themen und Probleme zu diskutieren. Aber es war immer klar, nachdem zudem der Heilige Vater Johannes Paul II. gesagt hatte, dass dieses Europa durch uns unterstützt werden müsse und wir nicht Radio Maria die Meinungsführerschaft überlassen sollten, dass der Beitritt Polens in die Europäische Gemeinschaft natürlich auch in Polen Resonanz fand. Interessanterweise kam es aber in Polen parteiübergreifend zu der negativen Annahme, dass, wenn Polen nach Europa ginge, alle gemeinsam sehr aufpassen müssten, dass dabei für Polen nichts Schlimmes geschehe. Heute ist das nur noch eine historische Reminiszenz. Als Historiker erinnerte mich dies damals aber an die Polen in Deutschland während der Kaiserzeit nach 1871. Für die insgesamt etwa drei Millionen deutschen Staatsbürger mit polnischer Muttersprache bildete damals die polnische Fraktion im Reichstag eine Interessenvertretung. Der Schwerpunkt der Wähler lebte in den von Preußen besetzten polnischen Gebieten, in den Provinzen Posen, Westpreußen und Oberschlesien. Die Fraktion wandte sich insbesondere gegen die antipolnische Politik und die Germanisierungsversuche im Kaiserreich, wobei zunächst der adelige Großgrundbesitz und die katholische Geistlichkeit in der polnischen Gruppe dominierten. Der in Gnesen residierende deutschstämmige Erzbischof Julius Dinder (1886 bis 1890) wollte den Priestern damals verbieten, im Reichstag zu sitzen. Daraufhin haben die polnischen Priester dem Erzbischof geantwortet: Jawohl, Exzellenz, wir werden nicht mehr im Deutschen Reichstag *sitzen*. Fortan *standen* sie nur noch im Reichstag gemeinsam, wie ein Block. Ähnlich war anscheinend die Vorstellung, die bei vielen in Polen mit Blick auf den Einzug in das Europaparlament herrschte: Dann müsse man fest

als polnische Gruppe zusammenstehen. Heute hat sich dieses Bild zum Glück verändert. Der polnische Europaabgeordnete und frühere Premierminister Jerzy Buzek, der als protestantischer Christ häufig in den vergangenen Jahren an dieser Konferenz teilgenommen hat, ist zum Parlamentspräsidenten gewählt worden, ein Christdemokrat; und es ist ganz klar, dass die polnischen Abgeordneten heute in den verschiedenen Fraktionen ihre Rollen spielen, in den Fraktionen mit ihren unterschiedlichen politischen Profilen arbeiten. Dies zeigt uns, dass Polen in der Europäischen Union angekommen ist.

Schlusswort

Jan Dyduch

Der Leitgedanke der nun zu Ende gehenden Krakauer Konferenz lautet: „Christliche Verantwortung angesichts der Krisen“. Im Vergleich zu dieser bereits seit neun Jahren abgehaltenen Konferenzreihe ist Polen erst seit fünf Jahren Mitglied der Europäischen Union. Die diesjährige Konferenz sollte auch an dieses kleine Jubiläum erinnern. Seit der Konferenz von 2008 hat sich die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise bedeutend verschärft. Denn seit fast einem Jahr bildet die Krise das Hauptthema in den Medien. Die Krise hat natürlich gravierende Auswirkungen auf Politik, Gesellschaft und Kultur, was insbesondere auch die Medienberichterstattung selbst betrifft. In diesen Bereichen gilt das Prinzip der wechselseitigen Abhängigkeit. Daher ist das Thema der diesjährigen Konferenz so drängend und aktuell. In den Beiträgen der Referenten und Diskussionsteilnehmer wurde mit Recht und völlig zutreffend auf die vielfältige Krisensituation in ihren zahlreichen Einzelaspekten hingewiesen. Dabei bezog man sich nicht nur auf das sich vereinende Europa, sondern auch auf die globalen Konstellationen. Die vielschichtige Krise hat sicherlich großen Einfluss auf den europäischen Einigungsprozess und erschwert den Weg zur Einheit des Kontinents. Aber die Versuche der Überwindung der Krise können zugleich zur Dynamisierung des Integrationsprozesses beitragen.

Auf bestimmte Arten der Krisenbeilegung weist die katholische Soziallehre hin, die den Christen zum konkreten Handeln verpflichtet. Das Programm für ein derartiges Handeln kann man den päpstlichen Sozialzyklen der letzten Jahrzehnte entnehmen, insbesondere aus der Feder Johannes Pauls II. und neuerdings auch Papst Benedikts XVI. Ich möchte mich an dieser Stelle nur auf dessen jüngste Enzyklika *Caritas in veritate* vom 29. Juni 2009 berufen, denn die darin aufgegriffene Problematik steht mit der Thematik der diesjährigen Konferenz wohl völlig in Einklang.

Ich möchte dabei nur auf einen Grundaspekt hinweisen: Krisen entstehen nicht von selbst, sie werden vielmehr von der Sündhaftigkeit des Menschen und der moralischen Unordnung verursacht. Krisen haben also ethische Wurzeln. Daher kann sich das politische, gesellschaftliche, ökonomische und kulturelle Leben nur dann erneuern, wenn sich auch der einzelne Mensch immer wieder erneuert und weiterentwickelt, um sich nicht aus dem moralischen Gleichgewicht werfen zu lassen. Benedikt XVI. drückt dies so aus: „Der Mensch entwickelt sich, wenn er im Geist wächst, wenn seine Seele sich selbst und die Wahrheiten erkennt, die Gott ihr keimhaft eingepägt hat, wenn er mit sich selbst und seinem Schöpfer redet.“ (*Caritas in veritate*, Nr. 76)

Vor diesem Hintergrund ist die zu Ende gehende 9. internationale Konferenz in Krakau ein herausragendes Ereignis für unsere Päpstliche Universität und unsere Stadt. Darüber hinaus trägt sie aber auch zur Vertiefung und weiteren Ausbreitung des Europabewusstseins bei. Daher möchte ich allen Teilnehmern, Organisatoren und Mitorganisatoren meinen herzlichen Dank aussprechen: auf Seiten der Organisatoren der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen, der Robert-Schuman-Stiftung in Luxemburg und der Päpstlichen Universität Johannes Paul II. in Krakau – und auf Seiten der Mitorganisatoren der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, dem Gleiwitzer Verlag *Wokół nas* und der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft COMECE in Brüssel. Nochmals herzlichen Dank an alle, besonders an die Herren Rafał Budnik und Michał Góra. Ich hoffe, dass wir uns in einem Jahr wieder begegnen!

Konferenzprogramm

11.09.2009 – Freitag

- 11.00 Uhr Begrüßung der Teilnehmer und Eröffnung der Konferenz
Bischof Prof. Tadeusz Pieronek,
Vorsitzender des Konferenzkomitees
Kardinal Dr. Stanislaw Dziwisz, Erzbischof von Krakau
Stephan Raabe, Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen
- 11.00 Uhr Einführungsreden
Donald Tusk, Premierminister von Polen (*eingeladen*)
Jan Figel, EU-Kommissar für Bildung, Kultur und Jugend, Slowakei
Othmar Karas, stellv. Fraktionsvorsitzender der EVP
(Christdemokraten) im Europäischen Parlament, Österreich
- 12.15 Uhr Diskussion
Moderation: **Dr. Jacek Saryusz-Wolski**, Vorsitzender der PO/
PSL-Gruppe der EVP (Christdemokraten) im EP
- 13.00 Uhr **20 JAHRE NEUES EUROPA**
Jacques Santer,
Vorsitzender der Robert-Schuman-Stiftung Luxemburg
im Gespräch mit **Präsident a.D. Lech Wałęsa**

15.00 Uhr Podium 1

POLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN IN EUROPA

Einführungsreferat

Prälat Dr. Bernhard Felmberg, Bevollmächtigter des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union

Mikolaj Dowgielewicz, Staatssekretär, Amt des Komitees für UKIE

Dr. Jan Olbrycht, Mitglied des Europäischen Parlamentes, EVP (Christdemokraten)

Prof. Gerald Pillay, Vizekanzler und Rektor der Liverpool Hope University

Moderation: **Pfarrer Prof. Piotr Mazurkiewicz**, Generalsekretär der Kommission der Europäischen Bischofskonferenzen

COMECE

18.00 Uhr Besichtigung des Salzbergwerkes Wieliczka

19.00 Uhr Messe in der Kapelle der Heiligen Kinga, Salzbergwerk Wieliczka
Homilie **Kardynal Stanisław Rylko**, Präsident des Päpstlichen Rates für die Laien, Vatikan

12.09.2009 – Samstag

09.00 Uhr Podium 2 Herausforderungen angesichts der Krise der Wirtschafts- und Sozialordnung

Einführungsreferate:

Dr. Janusz Lewandowski, Mitglied des Europäischen Parlamentes, EVP (Christdemokraten), Privatisierungsminister a.D., Polen

Prof. Leszek Balcerowicz, Präsident der Polnischen Nationalbank a.D., Vizepremier und Finanzminister a.D.

Othmar Karas, stellv. Fraktionsvorsitzender der EVP
(Christdemokraten) im Europäischen Parlament, Österreich

Dr. Werner Langen, Mitglied des Europäischen Parlamentes,
Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe der EVP (Christdemokraten),
Deutschland

Prof. Dr. Georg Milbradt, Ministerpräsident von Sachsen a.D.,
Politiker, Finanzwissenschaftler

Moderation: **Prof. Krzysztof Rybiński**, Ernst&Young,
Vizepräsident der Polnischen Nationalbank a.D.

11.30 Uhr Podium 3 Herausforderungen angesichts der Krise in der Kultur
und Kommunikation

Einführungsreferat:

Prof. Jan Miodek, Breslauer Universität

Pfarrer Adam Boniecki, Chefredakteur der katholischen
Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“, Krakau

Michl Ebner, ehem. Mitglied des Europäischen Parlamentes,
Präsident der Handelskammer Bozen, Italien

Prof. Stanislaw Rodziński, ehem. Rektor der Akademie der
Schönen Künste

Prälat Paul Tighe, Sekretär des Päpstlichen Rates für die sozialen
Kommunikationsmittel

Bogdan Zdrojewski, Minister für Kultur und Nationales Erbe, Polen

Moderation: **Prof. Franciszek Ziejka**, ehem. Rektor der
Jagiellonen Universität in Krakau

13.15 Uhr **POLEN 5 JAHRE IN DER EUROPÄISCHEN UNION**

Günter Verheugen, Vizepräsident der Europäischen Kommission,
Kommissar für Unternehmen und Industrie, Deutschland

13.30 Uhr Zusammenfassung der Konferenzen

Dr. Jarosław Gowin, Abgeordneter des Sejms, PO,
Rektor der Europäischen Tischner-Hochschule in Krakau

13.50 Uhr Abschluss der Konferenz

Horst Langes, Ehrenvorsitzender der Robert-Schuman-Stiftung in
Luxemburg

Prof. Jan Dyduch, Rektor der Päpstlichen Universität Johannes
Paul II. (ehem. PAT) in Krakau

Autorenverzeichnis

Prof. Leszek Balcerowicz, polnischer Vizepremier und Finanzminister a.D., ehemaliger Präsident der polnischen Nationalbank, Aufsichtsratsvorsitzender des Brüsseler *Think Tanks BRUEGEL*

Adam Boniecki, Mitglied der Ordensgemeinschaft der Marianer, Chefredakteur des *Tygodnik Powszechny*

Mikołaj Dowgiewicz, Staatssekretär im Außenministerium, Bevollmächtigter der Regierung für die Vorbereitungen der polnischen Ratspräsidentschaft

Prof. Jan Dyduch, Rektor der Päpstlichen Universität Johannes Paul II. (ehem. PAT) in Krakau

Kardinal Dr. Stanisław Dziwisz, Mitglied des Rates der polnischen Bischofskonferenz und Kanzler an der Päpstlichen Universität Johannes Paul II.

Michl Ebner, 1994 bis 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments, Präsident der Handelskammer Bozen und Direktor der Athesia Druck- und Verlagsgruppe

Prälat Dr. Bernhard Felmborg, Bevollmächtigter der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei Bundestag, Bundesregierung und Europäischer Union

Ján Figel', Slowakischer Politiker, ehemaliges Mitglied der Europäischen Kommission, Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung und Kultur a.D.

Dr. Jarosław Gowin, Rektor der Europäischen Tischner Hochschule in Krakau, Fraktionsmitglied der Bürgerplattform, Mitglied des Parteivorstands, Vorsitzender der Sejm-Arbeitsgruppe für bio-ethische Fragen

Othmar Karas, österreichischer Politiker, ehem. Generalsekretär der ÖVP, Europaabgeordneter, Vizepräsident und Schatzmeister der EVP-Fraktion, Obmann des ÖVP-Europaklubs, Vizepräsident der Robert-Schuman-Stiftung

Dr. Werner Langen, Mitglied des Europäischen Parlaments, Mitglied im EVP-Fraktions- und Parteivorstand, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des EP

Horst Langes, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, ehemaliger Honorarkonsul des Großherzogtums Luxemburg in Trier, Ehrenvorsitzender der Robert-Schuman-Stiftung

Dr. Janusz Lewandowski, Ökonom und liberaler Politiker, Mitglied des EU-Parlaments, derzeit Kommissar für das Ressort Finanzplanung und Haushalt

Prof. Dr. Georg Milbradt, Politiker, Ministerpräsident des Freistaats Sachsen a.D.

Prof. Jan Miodek, Sprachwissenschaftler, Direktor des Instituts für polnische Philologie an der Universität Breslau

Dr. Jan Olbrycht, MdEP, ehemaliger Marschall der Woiwodschaft Schlesien, Mitglied des Nationalrats für Regionalpolitik und Mitglied des Weltrats der United Cities and Local Governments, Stellvertretender Vorsitzender des Komitees für Regionale Entwicklung im EP

Bischof Prof. Tadeusz Pieronek, ehemaliger Generalsekretär der polnischen Bischofskonferenz, Vorsitzender des Organisationskomitees der Internationalen Krakauer Kirchenkonferenz, ehem. Rektor der Päpstlichen Universität Johannes Paul II. in Krakau

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Politiker, Präsident des Europäischen Parlaments a.D., Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Stephan Raabe, Leiter des Auslandsbüros der KAS in Polen

Prof. Stanislaw Rodziński, Maler und Essayist, ehemaliges Mitglied des Kulturrates unter Ministerpräsident Jan Olszewski, ehemaliger Rektor der Akademie der Schönen Künste in Krakau

Jacques Santer, ehemaliger Vorsitzender der Europäischen Volkspartei, Präsident der Europäischen Kommission a.D., Vorsitzender der Robert-Schuman-Stiftung in Luxemburg

Dr. Jacek Saryusz-Wolski, MdEP, Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, Vorsitzender der polnischen Delegation in der EVP-Fraktion, Mitglied des EVP-Vorstandes

Prälat Paul Tighe, ehemaliger Direktor des Büros für öffentliche Angelegenheiten der Erzdiözese Dublin mit besonderer Verantwortung für den Bereich Kommunikation, seit 2007 Sekretär des Päpstlichen Rates für die sozialen Kommunikationsmittel im Vatikan

Donald Tusk, polnischer Politiker, Vorsitzender der Bürgerplattform, Premierminister der Republik Polen

Günter Verheugen, EU-Kommissar a.D. zuständig für die EU-Erweiterung, ehemaliger Vizepräsident der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Industrie und Unternehmenspolitik a.D.

Lech Wałęsa, polnischer Politiker und Friedensnobelpreisträger, ehemaliger Vorsitzender der Solidarność-Bewegung, Präsident der Republik Polen, a.D.

Bogdan Zdrojewski, Sejmabgeordneter, ehemaliger Fraktionsvorsitzender der Bürgerplattform, Kulturminister, vom deutschen Bundespräsidenten erhielt er das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse